



73. Sitzung

Mittwoch, den 30.01.2019

Mainz
in der Steinhalle des Landesmuseums

Mitteilungen des Präsidenten	4609	Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau: . . .	4633
AKTUELLE DEBATTE	4609	<i>Die Aktuelle Debatte wird dreigeteilt.</i>	4634
30.000 Erzieherinnen, Eltern und Träger protestieren: Ausstehende Novelle des Kindertagesstättengesetzes führt zu massiver Verunsicherung und drohendem Qualitätsverlust auf Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 17/8221 –	4609	<i>Jeweils Aussprache gemäß § 101 der Geschäftsordnung des Landtags.</i>	4634
Abg. Simone Huth-Haage, CDU:	4609, 4616	Vom Landtag vorzunehmende Wahlen:	
Abg. Bettina Brück, SPD:	4610, 4616	a) Wahl eines ordentlichen berufsrichterlichen und eines stellvertretenden berufsrichterlichen Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz	
Abg. Michael Frisch, AfD:	4611, 4617	Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags	
Abg. Helga Lerch, FDP:	4613, 4618	– Drucksache 17/7763 –	4634
Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung:	4614	<i>Vgl. Plenarprotokoll 17/74.</i>	4634
Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	4614, 4618	b) Wahl eines ordentlichen Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz	
Landeselternbeirat schlägt Alarm: Real- schule plus auf ganzer Linie gescheitert? auf Antrag der Fraktion der AfD – Drucksache 17/8208 –	4619	Wahlvorschlag des Ältestenrats des Landtags – Drucksache 17/8224 –	4634
Abg. Michael Frisch, AfD:	4619, 4626	<i>Vgl. Plenarprotokoll 17/74.</i>	4634
Abg. Giordina Kazungu-Haß, SPD:	4620, 4626	c) Wahl einer schriftführenden Abgeordneten	
Abg. Anke Beilstein, CDU:	4621, 4627	Wahlvorschlag der Fraktion der AfD	
Abg. Helga Lerch, FDP:	4623, 4628	– Drucksache 17/8179 –	4635
Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung:	4624	<i>Einstimmige Annahme des Wahlvorschlags.</i>	4635
Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	4624	Demokratie macht Schule: Rheinland-Pfalz stärkt Demokratiebildung, Erinnerungskultur und europäisches Miteinander	
Rheinland-Pfalz auf der Überholspur – Re- kordinvestitionen im Bundesfernstraßen- bau auf Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 17/8219 –	4628	Regierungserklärung von Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig	4635
Abg. Steven Wink, FDP:	4628, 4634	Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung:	4635
Abg. Benedikt Oster, SPD:	4629	Abg. Christian Baldauf, CDU:	4640
Abg. Gabriele Wieland, CDU:	4630	Abg. Bettina Brück, SPD:	4644
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:	4631	Abg. Joachim Paul, AfD:	4647
Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	4632	Abg. Martin Louis Schmidt, AfD:	4651, 4653
		Abg. Helga Lerch, FDP:	4653, 4655

Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

4656

Abg. Martin Brandl, CDU:

4659

* * *

Präsidium:

Präsident Hendrik Hering, Vizepräsidentin Astrid Schmitt.

Anwesenheit Regierungstisch:

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin; Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten, Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung, Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport, Herbert Mertin, Minister der Justiz, Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur; Clemens Hoch, Staatssekretär.

Entschuldigt:

Vizepräsident Hans-Josef Bracht; Abg. Katharina Binz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Abg. Gabriele Bublies-Leifert, AfD, Abg. Iris Nieland, AfD, Abg. Christine Schneider, CDU; Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen; Heike Raab, Staatssekretärin, Dr. Alexander Wilhelm, Staatssekretär.

**73. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 30.01.2019**

(Beifall der CDU)

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr

Präsident Hendrik Hering:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie zur 73. Plenarsitzung begrüßen. Schriftführende Abgeordnete sind die Kollegen Rommelfanger und Schnieder. Herr Kollege Rommelfanger wird die Redeliste führen.

Entschuldigt fehlen heute Vizepräsident Hans-Josef Bracht, die Abgeordneten Katharina Binz, Gabriele Bublies-Leifert, Iris Nieland und Christine Schneider. Seitens der Landesregierung sind Staatsministerin Doris Ahnen, Staatssekretärin Heike Raab und Staatssekretär Dr. Alexander Wilhelm entschuldigt.

Wir dürfen einer Kollegin und zwei Kollegen nachträglich zum Geburtstag gratulieren. Frau Schneid hatte am 27. Dezember ihren 55. Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Herr Fuhr ist am 5. Januar 50 Jahre alt geworden. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Herr Zehfuß ist am 11. Januar 60 Jahre alt geworden. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Werte Kolleginnen und Kollegen, es gibt offensichtlich keine Widersprüche gegen die Tagesordnung. Dann gilt die Tagesordnung für die beiden Plenartage als festgesetzt.

Wir beginnen mit **Punkt 1** der Tagesordnung mit dem ersten Thema:

AKTUELLE DEBATTE

**30.000 Erzieherinnen, Eltern und Träger protestieren:
Ausstehende Novelle des
Kindertagesstättengesetzes führt zu massiver
Verunsicherung und drohendem Qualitätsverlust**
auf Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache [17/8221](#) –

Für die CDU-Fraktion hat Frau Kollegin Huth-Haage das Wort.

Abg. Simone Huth-Haage, CDU:

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach der gescheiterten Reform bei den kleinen Grundschulen hat sich nun Ministerin Hubig an die Kindertagesstätten herangewagt. Frau Ministerin Hubig, bevor aber dem Landtag der Gesetzentwurf überhaupt offiziell vorgelegt wurde, haben Sie das Desaster bei den Grundschulen noch getoppt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu dieser Bewertung muss man kommen, wenn man allein nur die Stellungnahmen der Träger, die Kommentare der Presse oder der Verbände anschaut.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) überreichte Ihrem Haus vor wenigen Tagen 30.000 Protestunterschriften von Erzieherinnen und Eltern. Die Zeitungen schrieben dementsprechend, etwa die RHEINPFALZ am 26. August vergangenen Jahres: Freie Träger fürchten um die Unabhängigkeit. – Erzieher fürchten, kleine Kitas werden gefährdet und befürchten eine Finanzierungsfalle. „Scharfe Kritik am neuen Kita-Gesetz“, titelt die Rhein-Zeitung. Die RHEINPFALZ vom 17. September schreibt: Rückschritt statt Zukunft. – Im dazugehörigen Kommentar heißt es, dass der Gesetzentwurf aus der Sicht der Praktiker hinter das Erreichte zurückfällt und er ein Schlag in das Gesicht der Verantwortlichen vor Ort ist.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Meine Damen und Herren, in vielen weiteren Stellungnahmen aller Verbände und Träger ist von Bestürzung und klarer Ablehnung die Rede.

Ich könnte die Redezeit problemlos füllen, indem ich Ihnen weitere Zitate aus Zeitungsartikeln und Kommentaren vortrage.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN: Au ja, das hätten wir
gern!)

Frau Hubig, ich glaube nicht, dass sich all diese Eltern, die Erzieher, die Verbände und die Träger irren. Wenn eine Ablehnung so einhellig ist wie in diesem Fall, kann dieser Gesetzentwurf nicht gut sein.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Frau Ministerin, Sie hatten viel Zeit, um einen guten Gesetzentwurf zu erarbeiten. Sie hatten auch seit dem Herbst vergangenen Jahres viel Zeit, auf die gerechtfertigte Kritik einzugehen und eine Verbesserung vorzulegen, sodass wir heute im Parlament über einen Entwurf beraten könnten. Die Zeit drängt. Jede weitere Woche wächst die Unsicherheit vor Ort.

(Beifall der CDU)

Was sind die Kernprobleme Ihres Gesetzentwurfs? Sie sind angetreten, um die Kita-Finanzierung transparenter zu gestalten, aber das Gegenteil wurde erreicht. Freie Träger haben kaum mehr Finanzierungssicherheit. Alles scheint zur Disposition zu stehen. Die Grundzuweisung für die allermeisten Kitas wird sich verschlechtern. Gleichzeitig wird es unsichere Budgets geben, die jederzeit wieder abgeschmolzen werden können. Wichtige Kern- und Pflichtaufgaben werden nach dem Motto „Nach Kassenlage“ ermöglicht oder auch nicht. Also, Integration, Inklusion, Sprachförderung, Schulvorbereitung oder auch die wichtigen Lern- und Spielstufen, all das ohne feste, ohne berechenbare und bedarfsdeckende Zuweisungen. Frau

Ministerin, das kann so nicht bleiben.

(Beifall der CDU)

Kindertagesstätten dürfen Personal nur noch für besetzte Plätze einsetzen, mit einer minimalen Freigrenze von 8 %. Das hat zur Folge, dass die Träger viel häufiger als heute mit befristeten Teilzeitstellen hantieren müssen, um gegebenenfalls Überkapazitäten abzubauen. Das ist arbeitsrechtlich, aber auch pädagogisch eine Katastrophe.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Wir begrüßen ausdrücklich – das ist so das Bonbon für die Eltern, was wir richtig und wichtig finden –, dass Sie sagen, der Betreuungsanspruch über den Vormittag – sieben Stunden mit Mittagessen – ist gut, aber wir wissen, auch das ist nicht mit Mitteln und Personal hinterlegt.

Wenn Kinder Anspruch auf ein Mittagessen samt Mittagsruhe haben, brauchen eben viele Kindertagesstätten entsprechende Ruheräume. Über Mittag ist die Betreuung deutlich personalintensiver.

In Ihrem Gesetzentwurf steht nichts von einem Investitionsprogramm, um die Kitas fit zu machen. In Ihrem Gesetzentwurf steht nichts von zusätzlichen Personalressourcen. Das ist eine Rosstäuscherei, die Ihnen, wie in den Stellungnahmen zu Beginn aufgezeigt, niemand mehr abnimmt.

(Beifall der CDU und des Abg. Michael Frisch, AfD)

Meine Damen und Herren, dies tun nicht einmal die Abgeordneten der Regierungsfractionen, die fast ausnahmslos bei jeder Diskussionsveranstaltung den Erzieherinnen vor Ort versprechen, die Einwände mit nach Mainz zu nehmen und ein Einsehen der Kritik vor Ort suggerieren.

Frau Ministerin, die Kitas habe in den letzten Jahren unglaublich viel geleistet. Sie haben viele Aufgaben gestemmt, wie frühkindliche Betreuung, Herausforderungen der Integration, Sprachförderung, Ausweitung der Kita-Zeiten. Sie sind am Rand der Belastung. Da gibt es keine Luft mehr nach oben. Es wäre gut gewesen, wenn Sie sich bei der Vorbereitung dieses Gesetzes mit Pädagogen beraten und nicht nur Haushaltsrechner benutzt hätten.

(Beifall der CDU und des Abg. Martin Louis Schmidt, AfD)

Wir hatten gestern eine Veranstaltung mit dem künftigen Oberbürgermeister von Worms, auf der auch viele Erzieherinnen anwesend waren.

(Abg. Martin Brandl, CDU: Guter Mann!)

Ich kann Ihnen sagen, eine hat mir etwas mit auf den Weg gegeben, das ich Ihnen heute mitgeben möchte. Sie sagte: Wir verstehen, dass es um Finanzen geht. Wir verstehen, dass es um technische Dinge geht, wie Personalschlüssel und Betreuungsquoten. Wir verstehen das. – Frau Ministerin, Sie bat mich aber, Ihnen mitzugeben, wir hier und Sie sollen auch verstehen, dass es letztendlich um nicht weniger geht als um die Zukunft unserer Kinder.

Danke.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Präsident Hendrik Hering:

Wir dürfen Gäste im Landtag begrüßen, und zwar politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger aus dem Kreis Bad Dürkheim. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im Hause)

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Brück das Wort.

Abg. Bettina Brück, SPD:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Rheinland-Pfalz steht bundesweit für sehr gute Bildung von Anfang an. Bei uns wird Kindern von Anfang an qualitativ hochwertige Bildung und Betreuung ermöglicht, beitragsfrei von der Kita bis zur Hochschule. Wir haben Maßstäbe gesetzt, und das wird auch so bleiben.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Die Landesregierung hat vor einem halben Jahr den ersten Referentenentwurf eines neuen Kita-Zukunftsgesetzes vorgestellt, um die heute schon guten Rahmenbedingungen weiter zu verbessern.

Wir waren bundesweit das erste Land, das 1991 ein Kita-Gesetz beschlossen hat. Wir waren das erste Land mit einem Rechtsanspruch auf einen gebührenfreien Kita-Platz. Wir haben den Ausbau der Plätze für Kinder unter drei Jahren massiv vorangetrieben. Wir haben Sprachförderung eingeführt. Wir haben für Kitas in besonderen sozialräumlichen Bereichen Maßnahmen ergriffen, dabei den Personalschlüssel nicht aus den Augen verloren und diesen verbessert.

Um die gute Qualität weiter voranzutreiben und unsere engagierten Erzieherinnen und Erzieher zu unterstützen, bedarf es jetzt einer grundlegenden rechtlichen Überarbeitung des Kita-Gesetzes.

Dabei hat Ministerin Hubig klar und deutlich gemacht, dass mehr Geld ins System kommen soll: 62 Millionen Euro jedes Jahr für die frühkindliche Bildung,

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Sie wissen genau, dass das nicht stimmt! Falsch gerechnet!)

zusätzlich – on top – zu den rund 700 Millionen Euro, die jetzt schon im System sind. Das ist gut angelegtes Geld für unsere Kinder; denn um sie geht es. Es geht um qualitativ hochwertige Bildung und Betreuung.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu hat Ministerin Hubig einen Vorschlag vorgelegt, der seit dem Sommer in einem sehr breiten und beispielge-

benden Anhörungs- und Beteiligungsprozess von allen Gruppen, die mit der Kita zu tun haben, diskutiert wird.

Liebe Kollegin Huth-Haage, die Abgeordneten unserer Fraktion haben sehr, sehr viele Kitas besucht, mit Erzieherinnen und Erziehern gesprochen, mit Eltern, mit Trägern, mit Jugendämtern.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Da kommt dann so ein Murks raus? Wärt Ihr besser nicht hingegangen!)

Wir haben sehr viele gut besuchte öffentliche Veranstaltungen durchgeführt, um die Rückmeldungen zu dem Gesetzentwurf zu diskutieren. Ministerin Hubig und Staatssekretär Beckmann waren auf fast allen Veranstaltungen als Diskussionspartner dabei. Überdies haben sie eine Reihe von eigenen Informationsveranstaltungen gemacht, um die geplanten Neuerungen mit allen Betroffenen zu besprechen und Anregungen und Rückmeldungen aufzunehmen.

Ich möchte nur eine Rückmeldung – die ist im Internet zu lesen – von gestern Abend wiedergeben. Das war eine Veranstaltung des Kollegen Manfred Geis in der evangelischen Kita Bockenheim. Der Förderverein schreibt auf Facebook: Was für ein gelungener Abend! –

(Zurufe von CDU und AfD)

Es findet derzeit eine sehr, sehr breite Bürgerbeteiligung statt.

(Glocke des Präsidenten)

Die Wahrnehmung ist also sehr unterschiedlich.

(Zurufe von CDU und AfD)

Wir nehmen dies sehr ernst. Ministerin Hubig hat klar erklärt, dass alle Rückmeldungen sorgfältig ausgewertet werden und im weiteren Verfahren geprüft wird, welche Anregungen eingearbeitet und welche Kritikpunkte abgearbeitet werden können. Dafür ist die Bürgerbeteiligung da. Dazu braucht es keiner Aufforderung von der CDU-Fraktion.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Panikmache oder Verunsicherung, egal von welcher Stelle, ist in diesem Prozess vollkommen unangemessen, vielmehr geht es um eine sachbezogene Debatte, die notwendig ist. Es liegt noch gar kein Gesetz für die parlamentarische Beratung vor. Es gibt nur einen Referentenentwurf.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ach so!)

Wenn die Landesregierung jetzt einen grundlegenden Systemwechsel in der Personalbemessung im Kita-Bereich vorgeschlagen hat – weg von der Bemessung über ein komplexes Gruppensystem hin zu einem unbürokratischen, transparenten und platzbezogenen System –, dann ist doch klar,

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

dass das auch Fragen aufwirft, die derzeit bearbeitet und

beantwortet werden. Das ist ein ganz normaler Vorgang.

Die Ministerin hat auch klargestellt, dass das Land den Kommunen, deren ureigenste Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung die Kita-Politik ist, so viel Geld zur Verfügung stellen wird, dass sich keine Kita durch die Systemumstellung verschlechtern muss. Vielerorts wird nämlich nur die Hälfte der Fakten genannt.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Unruhe bei der CDU)

Alles andere erschließt sich auch schon rein rechnerisch nicht. Wenn nämlich 62 Millionen Euro mehr ins System gegeben werden, kann unten nicht weniger herauskommen.

(Unruhe bei der CDU)

Ich bin mir sicher, dass das geplante Gesetz das modernste Gesetz bundesweit werden und für Verbesserungen für alle betroffenen Gruppen – für die Kinder, die Eltern, die Erzieherinnen und Erzieher, die Träger, die Jugendämter – sorgen wird. Es wird für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet sein.

Wir wollen nicht einfach irgendetwas nur anders machen, sondern wir wollen echte Verbesserungen schaffen. Wir wären doch – ich sage es einmal so deutlich – mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn wir ein Gesetz auf den Weg bringen würden, das Verschlechterungen bringt. Das kann doch gar nicht in unserem Interesse sein.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Es ist doch sonnenklar, dass es nach einem breiten Anhörungs- und Beteiligungsprozess im Vorfeld noch Veränderungen geben wird, bevor das Gesetz in die parlamentarische Beratung kommt. Dann haben wir sicher noch ausreichend Zeit zum Diskutieren.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So sieht es aus!)

Präsident Hendrik Hering:

Für die AfD-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Frisch.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Im Gegensatz zur CDU werden wir auch keine Gebühren einführen!)

Abg. Michael Frisch, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Beitragsfrei, gerecht und gut“, mit diesen Worten beschrieb die Landesregierung ihr geplantes Kita-Zukunftsgesetz noch im Sommer vergangenen Jahres. Mehr Geld, mehr Personal, weniger Bürokratie, kurzum bessere Qualität auf allen Ebenen, so lautete das vollmundige Versprechen.

Seitdem sind nicht nur die Temperaturen draußen zunehmend frostiger geworden, sondern auch die Reaktionen, die Ministerin Hubig auf ihren Gesetzentwurf erhält. Selten hat sich auf derart breiter Front eine so einhellige Kritik gegen ein Vorhaben dieser Landesregierung formuliert.

Bedenken kommen inzwischen von allen Seiten: von Experten, Eltern, Erzieherinnen und Trägern, und diese Bedenken sind nur allzu berechtigt.

Auch uns haben in den letzten Monaten zahlreiche Zuschriften Betroffener erreicht. Die darin geäußerten Befürchtungen lassen sich auf einen gemeinsamen Nenner bringen: Die Kita-Novelle, so der Tenor, werde entgegen aller Beteuerungen der Landesregierung für eine spürbare Verschlechterung der Betreuungsqualität sorgen, weil sie sich weder an den Bedürfnissen der Kinder noch an den Erfordernissen der Praxis orientiere. – Wir nehmen diese Sorgen sehr ernst.

(Beifall der AfD)

Schon heute entspricht die Fachkraft-Kind-Relation in vielen rheinland-pfälzischen Kitas, vor allem im U3-Bereich, bei Weitem nicht dem Verhältnis, das Kinderärzte und Psychologen für eine gesunde Kindesentwicklung fordern. Auch die Bertelsmann Stiftung monierte fehlende Fachkräfte in Kindergärten und Krippen.

Wäre es der Landesregierung wirklich ernst mit dem Kindeswohl, müsste es das oberste Ziel der Ministerin sein, den aktuellen Betreuungsschlüssel durch Personalaufstockung zu verbessern; stattdessen gelingt ihr nicht einmal die Absicherung des Status quo. Im Gegenteil, mit der Einführung neuer Altersgruppen verschlechtert sich ausgerechnet die Betreuungssituation der Kleinsten. Zweijährige sollen bei der Personalbemessung mit Sechsjährigen gleichgesetzt werden. Dabei benötigen diese Kinder deutlich mehr Aufmerksamkeit und Zuwendung. Vor allem aber benötigen sie eine sichere Bindung, um später einmal zu stabilen Persönlichkeiten zu werden.

(Beifall der AfD)

Nur mit einer sicheren Bindung können sich Kinder ihrer Umwelt zuwenden, sie entdecken und sich aktiv die Welt aneignen, wie es Professorin Renate Zimmer vom Niedersächsischen Institut für Frühkindliche Entwicklung formuliert. Dies zu negieren, ist eine pädagogische Bankrotterklärung und bedroht den Erfolg der Erziehungsarbeit in unseren Kitas.

(Beifall der AfD)

Zeigt sich allein darin schon die Realitäts- und Praxisferne des vorliegenden Entwurfs, so erhärtet sich dieser Eindruck noch beim Blick auf das neue System zur Personalberechnung. Bot das bisherige Gruppenprinzip den Einrichtungsträgern eine gewisse Flexibilität und Planungssicherheit, sollen künftig nur noch die exakte Anzahl der Plätze und deren Auslastung von Bedeutung sein. Zahlreiche Rechenmodelle belegen, dass hierdurch Stellenstreichungen notwendig werden, was die angesprochene Fachkraft-Kind-Relation weiter verschlechtern wird. So rechnet beispielsweise die Stadt Landau mit 44, der Kreis

Bad Dürkheim sogar mit 144 wegfallenden Stellen.

Darüber hinaus soll es eine vollständige Personalkosten-erstattung nur dann geben, wenn mindestens 92 % der vorgehaltenen Plätze im zurückliegenden Abrechnungsjahr auch tatsächlich belegt waren. Damit drohen Kita-Trägern, die unter diesem Wert bleiben, im Nachhinein erhebliche Finanzierungslücken. Das betrifft vor allem kleine Einrichtungen im ländlichen Raum, denen auf diese Weise jede Planungssicherheit verloren geht.

Die Folgen lassen sich leicht abschätzen: befristete Arbeitsverträge und Teilzeitstellen. Das aber schadet nicht nur den betroffenen Erzieherinnen und den Kindern, sondern mindert insgesamt die Attraktivität des Erzieherberufs und wird kaum dazu beitragen, den allseits beklagten Fachkräftemangel zu beheben.

Als wäre das alles noch nicht genug, lässt man die Träger auch bei den zu erwartenden Investitionen finanziell im Regen stehen. Eine durchgehende siebenstündige Betreuung inklusive Mittagessen ist sicher für viele Familien hilfreich; aber sie braucht geeignete Räumlichkeiten, die den Einrichtungen häufig nicht zur Verfügung stehen. Wieder einmal verteilt die Landesregierung Wohltaten zulasten anderer.

(Beifall der AfD)

Meine Damen und Herren, euphemistische Gesetzestitel erfreuen sich zurzeit großer Beliebtheit. Fast könnte man den Eindruck haben, je schlechter ein Gesetz, desto schöner der Name;

(Heiterkeit bei der AfD)

denn bei genauerer Betrachtung entpuppt sich vieles als Etikettenschwindel. Auf Ihre Kita-Novelle, Frau Ministerin, trifft dies definitiv zu. Sie ist weder gerecht noch gut und am allerwenigsten zukunftsweisend.

(Beifall der AfD)

Sie würde nicht zu einer flächendeckend besseren Kinderbetreuung führen, sondern den ohnehin schon unzureichenden Qualitätsstandard weiter verschlechtern, und sie würde nicht zuletzt die Träger mit unkalkulierbaren Risiken und Kosten belasten.

Unsere Kinder und die Mitarbeiter in den Kitas verdienen bestmögliche Rahmenbedingungen.

(Glocke des Präsidenten)

Wir brauchen hochwertige Einrichtungen und keine „Verwahranstalten mit Suppenküche“, wie es im Schreiben einer Kita-Leiterin heißt.

In der jetzt vorliegenden Form ist dieses Gesetz kein Zukunfts-, sondern ein Rückschrittsgesetz. Die AfD-Fraktion fordert die Ministerin deshalb auf,

(Glocke des Präsidenten)

ihren nebulösen Ankündigungen endlich konkrete und sinnvolle Nachbesserungen folgen zu lassen.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

Präsident Hendrik Hering:

Für die FDP-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Lerch.

Abg. Helga Lerch, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man sich den föderalen Flickenteppich in Sachen frühkindlicher Bildung in der Bundesrepublik Deutschland anschaut, so kann man eigentlich nur den Kopf schütteln und bei objektiver Betrachtung zu dem Ergebnis kommen, dass Rheinland-Pfalz eine positive Ausnahmesituation darstellt, eine Ausnahmesituation deshalb, weil wir bereits den Weg gewagt und ihn gegangen sind, kostenfreie Bildung ab dem dritten Lebensjahr einzuführen. Das neue Gesetz, die neue Novelle, die uns vorliegt, geht sogar noch einen Schritt weiter und sagt, dass auch die Zweijährigen kostenfrei gestellt werden sollen.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in frühen Jahren wird der Grundstein für Bildung und Chancengleichheit gelegt. Wenn wir das in der Kita für Bildung, Erziehung und Betreuung – das ist die Trias, um die es geht – erreichen, sind wir auf dem richtigen Weg.

Meine Damen und Herren, Frau Huth-Haage sprach davon, dass Frau Ministerin Hubig sich herangewagt habe an die Novelle. – Frau Hubig erfüllt den Koalitionsvertrag, Punkt.

Weiterhin war vonseiten der CDU von „Bestürzung“ die Rede. Meine Damen und Herren, meine Aufgabe als Vertreterin der Legislative ist es, genau hinzuschauen, was mich erreicht und was ich aus dem Land erfahre bezüglich dieses Gesetzes. Genau das habe ich getan. Ich darf noch einmal sagen, wir reden über ungelegte Eier. Es geht um einen Referentenentwurf, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Ich habe, genau wie Sie wahrscheinlich auch, einen ganzen Aktenordner von Rückmeldungen unterschiedlichster Art erhalten.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Und wie viele davon waren positiv?)

Aber es gehört auch zu meiner Aufgabe als Vertreterin der Legislative, diese genau auszuwerten im Hinblick auf das, was an Fakten dort geschildert wird.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Auf jeden Fall mal bis zur Kommunalwahl!)

Die Auswertung brachte einige interessante Ergebnisse. Ich darf noch dazu sagen, ich war beim Institut für Bildung, Erziehung und Betreuung in der Kindheit (IBEB) in Koblenz, um mir dort abschließend ein Bild zu machen,

nachdem ich die Auswertung vorgenommen hatte.

In den Auswertungen wurden mehrfach Kritikpunkte genannt: keine altersspezifische Differenzierung. – Wir haben über die Zweijährigen gesprochen. Die Nachmittagsbetreuung von sieben Stunden inklusive Mittagessen wurde von den Elternverbänden als sehr positiv wahrgenommen, aber aufseiten des Personals als Mehrbelastung und Verdichtung der Arbeit interpretiert. Vonseiten der Kommunen wurde die Notwendigkeit der baulichen Erweiterungen thematisiert, weil man bei einer Erwartung, dass die Kinder länger in der Kita bleiben, Schlafräume und Essensräume für das Mittagessen braucht usw.

Ich gehe davon aus – aber das ist nicht meine Aufgabe als Legislative –, dass das Ministerium mit den entsprechenden Verbänden, Gemeinden und Kreisen Gespräche geführt hat, um diese Fragen zu klären.

Es wurde auch gesagt, dass die Leitungsdeputate zu gering seien und – das war eine Gewerkschaftsthematik dazu – durch die Personalbemessung die Arbeitsplatzsicherheit infrage gestellt wird, wenn pro Kopf berechnet wird und nicht mehr nach Gruppen, weil sich dieser Faktor ja auch ständig ändern kann.

(Abg. Simone Huth-Haage, CDU: Das ist alles nicht neu! Das sagen wir schon seit Jahrzehnten!)

Die besondere Interessenlage der freien Träger möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal betonen; denn sie stellen über die Hälfte unserer Kita-Träger dar. Sie fordern eine angemessene Beteiligung und die Einnahmeausfälle, und sie befürchten einen Verdrängungswettbewerb.

Meine Damen und Herren, das Interesse von uns allen muss sein, dass wir die Trägervielfalt erhalten. Das, was wir im Bildungssystem anstreben – viele Schulen, um für das Kind die richtige und geeignete Schule zu finden –, muss auch für die Kita gelten. Wir brauchen eine Trägervielfalt, die es den Eltern ermöglicht, dort Schwerpunkte zu setzen, wo sie es für richtig halten.

Meine Damen und Herren, ich war im Gegensatz zu allen anderen Rednern, die bisher am Mikrofon waren, in Trier dabei, als die 30.624 Unterschriften übergeben wurden, und ich habe mir diese Diskussion sehr genau angeschaut. Sie war sachlich, sie war an der Sache orientiert. Mit ein Grund, weshalb ich dort hingefahren bin, war, dass ich dort die Gelegenheit hatte, von der Exekutive zu erfahren, was sie vorhat. Sie hat vor, verschiedene Veränderungen vorzunehmen, aber das wird Ihnen die Exekutive selbst sagen.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht nun Herr Abgeordneter Köbler.

Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich vorweg sagen, die Kinder sind das Wichtigste, was wir haben. Für die Bildung unserer Kinder können wir gar nicht genug tun. Deswegen ist es gut, dass wir genau über diese Fragen diskutieren und um den besten Weg ringen.

Meine Damen und Herren, auch meine drei Kinder sind gerade alle durch die Kita hindurchgegangen. Lassen Sie mich vorneweg ganz klar sagen, die Arbeit, die in den Kindertagesstätten geleistet wird, insbesondere von den Erzieherinnen und Erziehern, ist eine sehr wichtige und ganz hervorragende Arbeit. Ich glaube, dafür können wir gar nicht dankbar genug sein. Ich schließe ausdrücklich auch das mit ein, was die Kommunen machen, was die freien Träger machen, und auch, was das Land schon seit Jahren tut, aber insbesondere die Erzieherinnen und Erzieher. Davor ziehe ich wirklich meinen Hut!

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Wir haben die Diskussion über die Frage geführt, wie wir in Rheinland-Pfalz die Arbeit in den Kindertagesstätten noch weiter verbessern und auch zukunftsfähig machen können. Ich habe mir gedacht, die Elternperspektive ist das eine, aber die politische Perspektive ist sowieso noch einmal etwas ganz anderes. Daher habe ich vor knapp zwei Wochen in einer Kita in Mainz hospitiert und konnte mir einen ganzen Vormittag lang anschauen, wie dort die Arbeit vor Ort geleistet wird und wie alles läuft. Ich glaube, das sind sehr wichtige Eindrücke.

Wir müssen alle gemeinsam feststellen, unser Kindertagesstättengesetz in Rheinland-Pfalz stammt aus dem Jahr 1991. Was seitdem alles passiert ist, vermag man gar nicht aufzuzählen; aber eines ist ganz sicher: Die Realität in unseren Kindertagesstätten und in der frühkindlichen Bildung ist zum Glück nicht mehr die gleiche wie 1991. Wir sind bereits viel weiter. Deswegen ist es seit Jahren überfällig – nun wird es angepackt, und dazu gehört auch viel Mut –, das Kindertagesstättengesetz in Rheinland-Pfalz nicht nur ein bisschen zu verändern, sondern grundlegend zu reformieren. Frau Huth-Haage, das steht eigentlich auch in allen Stellungnahmen – das haben Sie nicht zitiert –, dass es im Grundsatz begrüßt wird,

(Abg. Simone Huth-Haage, CDU: Doch, selbstverständlich habe ich das zitiert!)

dass das Kindertagesstättengesetz endlich an die Realität und an die Herausforderungen der Zukunft in Rheinland-Pfalz angepasst wird. Das steht im Gesetzentwurf.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Das tut der vorliegende Entwurf eben nicht!)

Meine Damen und Herren, 62 Millionen Euro mehr für Personal ist schon ein Wort. Das ist nicht nichts. Auch der Ausbau der Gebührenfreiheit für alle Zweijährigen ist ein ganz wichtiger Punkt.

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie wollten vor einigen Jahren noch die Elterngebühren wieder einführen,

und wir gehen jetzt noch einen Schritt weiter und weiten die Gebührenfreiheit auf die Zweijährigen aus. Wir wissen auch, wir haben im Schnitt in Rheinland-Pfalz im Bundesverhältnis gute Personalschlüssel.

Aber was wir auch haben, sind große Disparitäten im Land. Dieses Gesetz gibt den Eltern, den Kindern, aber auch den Erziehern eine Grundlage für eine Mindestausstattung, die bedeutet, dass diejenigen, die bisher personell schlecht ausgestattet worden sind, in der Zukunft besser ausgestattet werden.

Worüber wir reden müssen, sind die Stellungnahmen von den Gewerkschaften und den Erziehern. Es ist doch klar, natürlich kann man immer noch bessere Personalschlüssel machen, und das ist auch sehr nachvollziehbar. Das habe ich bei der Hospitation erlebt, aber so alt sind meine Kinder jetzt auch noch nicht. Natürlich erfordert ein zweijähriges Kind einen anderen Betreuungsaufwand als ein sechsjähriges Kind, und es wird darüber zu reden sein, wie wir das im weiteren Prozess ausgestalten. Aber dies gehört zur Demokratie dazu, gerade nach zweieinhalb Jahrzehnten. Es ist doch klar, dass bei einem solchen Thema Diskussionen geführt werden, man sich den Argumenten stellt und an der einen oder anderen Stelle auch noch weitere Dinge verbessert.

Frau Huth-Haage, mein Lieblingsthema ist das Thema „8 % Planungssicherheit“. Ich kann gut verstehen, dass dies auch vonseiten der Träger der öffentlichen Jugendhilfe natürlich zunächst einmal zu Unsicherheiten führt.

Aber das ist nicht nur eine Erfindung der Politik gewesen, sondern es gab dazu einen Bericht vom Rechnungshof. Immer wenn der Rechnungshof kritische Berichte abgibt, klatschen die Gleichen, die auch bei Ihnen geklatscht haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Ich bin im weiteren Verfahren gespannt, auf welche Seite Sie sich schlagen. Ich glaube, wir müssen schauen, dass wir das so pragmatisch handhaben, dass nicht das, was befürchtet wird, passiert, dass Planungssicherheit fehlt und Erzieherinnen vielleicht befristet eingestellt werden. Das ist nicht die Intention. Das wollen wir nicht. Ich glaube, wir werden dafür sorgen, dass Planungssicherheit für die Träger, die Erzieherinnen und Erzieher und vor allem für die Kinder und Eltern vorhanden ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und FDP)

Präsident Hendrik Hering:

Für die Landesregierung hat Staatsministerin Dr. Hubig das Wort.

Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Rheinland-Pfalz steht im Kita-Bereich in der Spitzengruppe

der Länder. Das gilt für den Ausbau, die Personalquoten, die Gebührenfreiheit und die Qualität.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Das ist so und wird auch künftig so bleiben. Das wird nach der Novelle so bleiben. Sie können sicher sein, dass wir hier dem Landtag keinen Gesetzentwurf vorlegen werden, der an dieser guten Qualität, der Gebührenfreiheit, den Dingen, die gut in unseren Kitas gemacht werden, etwas zum Schlechten verändern.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN –
Zurufe der Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD, und
Martin Haller, SPD)

Wo stehen wir jetzt? Wir haben einen Referentenentwurf vorgelegt. Wir diskutieren in diesem Parlament gerade über einen Referentenentwurf, den wir nach zweieinhalb Jahrzehnten vorgelegt haben. In zweieinhalb Jahrzehnten ist nichts passiert, und zwar aus guten Gründen, nämlich weil es eine schwierige Aufgabe ist.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Das ist aber
schlecht!)

Man tut sich immer leicht, darüber zu reden, wie schnell man die Dinge auf die Spur setzen kann, wenn man sie nicht selber tun muss. Wenn man einen solchen Gesetzentwurf für 2.600 Kitas, für viele Menschen in diesem Land, für ganz unterschiedliche Lebensverhältnisse, die wir haben, für ganz unterschiedliche Verhältnisse in den Kitas, die wir haben, erarbeitet, dann wird man sehen, dass das nicht einfach ist. Es sind unterschiedliche Beteiligte mit ganz unterschiedlichen Aufgaben und Interessen, die von diesem Gesetzentwurf berührt sind.

Wir haben diesen Gesetzentwurf vorgelegt. Wir haben gesagt, uns ist der Dialog wichtig. Wir wollen nach 27 Jahren nicht sagen, wir machen das hoppladihopp und schnell, dann ist es gut. Wir sind in den Dialog mit den Erzieherinnen und Erziehern in diesem Land getreten.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

– Ja, Sie können die Schultern zucken und sagen, das ist ein Entwurf. Natürlich haben wir einen Entwurf. Darüber reden wir mit den Menschen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Das hätten
Sie vorher machen müssen!)

Das haben wir getan. Gestern hat die letzte Veranstaltung stattgefunden. Ich kann Ihnen sagen, es war eine gute und richtige Veranstaltung.

Wenn einer von Ihnen zu einer dieser Veranstaltungen gegangen wäre, dann wäre es so gekommen, dass Sie nicht Dinge behaupten, die nicht zutreffend sind,

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN –
Zurufe der Abg. Simone Huth-Haage, CDU,
und Dr. Jan Bollinger, AfD)

nämlich dass es auf einmal mehr Befristungen gibt.

Natürlich wird es keine Befristungen geben. Wir haben ein System gewählt, das Dauer und klare Planungssicherheit verspricht sowie für die Kitas eine sehr gute Personalversorgung sichern und gewährleisten wird. Wir haben gesagt, dazu geben wir 62 Millionen Euro mehr in das System. Wir investieren das zusätzlich allein in Personal. Das ist nicht irgendwie für den Ausbau, sondern dieses Geld wird zusätzlich in die Kitas gehen.

Wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, das interessiert uns aber nicht, wir schauen nur auf den einen Teil, aber der andere interessiert uns nicht, dann halte ich das für unredlich;

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist es!)

denn Sie sollten gerade Ihren Jugendamtsleiter in Landau, der Ihnen gut bekannt ist, bitten, die Zahlen richtig zu berechnen oder dann zu korrigieren, wenn er selbst sagt, die Zahlen waren bezüglich fehlender Stellen nicht richtig berechnet.

Ich komme noch einmal zurück. Der Gesetzentwurf, den wir vorgelegt haben, ist ein Referentenentwurf. Wir sind im Dialog. Wir erfahren, anders als es hier zum Teil behauptet wird, viel Zustimmung für diesen Gesetzentwurf. Was gefordert wird, ist mehr Geld und mehr Personal. Das hören wir laut. Es gibt wenige Punkte, die immer wieder in den 25 Veranstaltungen, die der Staatssekretär und ich im ganzen Land gemacht haben, angemerkt werden. Diese Punkte nehmen wir ernst. Dazu gehört die Frage der Personalisierung von Zweijährigen. Dazu gehören die Fragen, wie der Rechtsanspruch ausgestaltet ist, wie mittags die Personalisierung in den Kitas ist. Dazu gehören noch drei bis fünf andere Punkte. An diesen Punkten arbeiten wir.

Wir werden natürlich einen veränderten Gesetzentwurf diesem Parlament und erst dem Ministerrat vorlegen, in dem diese Punkte bearbeitet und aufgenommen sind.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Das sage ich in allen Veranstaltungen. Das sagt der Staatssekretär in allen Veranstaltungen. Das ist allen bekannt, die uns zuhören.

Meine Damen und Herren, klar ist aber auch, dass wir, wenn wir diesem Parlament einen Gesetzentwurf vorlegen, nicht allen Maximalforderungen entsprechen können, die sich über 27 Jahre angesammelt haben. Ich finde, das gehört zur Ehrlichkeit dazu; denn ich finde, Ehrlichkeit ist ein wichtiges Pfund in der Politik.

Ich möchte genau wie Sie und wir alle, dass jedes Kind in Rheinland-Pfalz in einer Kita ist, die gut personalisiert ist, in einer Kita ist, in der sich das Kind wohlfühlt, in einer Kita ist, in der das Kind die frühkindliche Bildung bekommt, die es braucht. Ich möchte auch, dass die Erzieherinnen und Erzieher, die hervorragende Arbeit in Rheinland-Pfalz leisten, gute Arbeitsbedingungen haben. Ich bin überzeugt

davon, dass wir das mit dem Gesetzentwurf, den wir diesem Parlament bald vorlegen werden, erreichen werden.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kollegin Huth-Haage.

Abg. Simone Huth-Haage, CDU:

Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Ich will nur eines sagen: Die CDU-Fraktion fordert seit Jahren, dass ein neues Kita-Gesetz vorgelegt wird.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Jetzt so zu tun, als müsse man schon zufrieden sein, dass jetzt endlich einmal etwas geschieht, ist uns – mit Verlaub – zu wenig.

(Beifall bei der CDU –
Abg. Martin Haller, SPD: Sie streiten seit
Jahren darüber, ob Sie Gebühren haben
wollen oder nicht!)

Seit Jahren bemängeln wir hier die schwierigen Rahmenbedingungen. Seit Jahren erklären wir, wie die Situation in den Kitas vor Ort ist. Dann kann man doch mit dieser Vorlage nicht zufrieden sein.

(Zurufe von der SPD)

Was Sie hier angeboten haben, ist doch in jedem Punkt unsäglich.

(Beifall bei der CDU –
Abg. Martin Haller, SPD: Das ist eine
Unverschämtheit! –
Weitere Zurufe von der SPD)

Sie sagten eben, die haben nicht richtig gerechnet – das kam auch aus Ihrer Ecke –, die Jugendamtsleiter können das nicht, die können das alle nicht.

(Abg. Martin Haller, SPD: Nein, ein ganz
spezieller! –
Glocke des Präsidenten)

Die können das alle nicht. Das betrifft nicht nur Landau und Bad Dürkheim. Es betrifft auch alle anderen Jugendämter.

(Zuruf der Abg. Kathrin Anklam-Trapp,
SPD –
Glocke des Präsidenten)

Schauen Sie sich die Modellrechnungen an. Die Grundfinanzierung wird in nahezu allen Kitas weniger. Die Betreuungssituation wird sich in nahezu allen Kitas verschlechtern. Es ist arrogant und unglaublich falsch, was Sie hier sagen, und dass Sie den Menschen vor Ort unterstellen, sie würden falsch rechnen.

(Beifall bei der CDU –
Abg. Martin Haller, SPD: Reine
Panikmache, was Sie hier machen! –
Weitere Zurufe von der SPD)

So können Sie mit den Verantwortlichen vor Ort nicht umgehen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Köbler, ich sage nur, wenn Sie die schlechte Ausstattung in den städtischen Kitas bemängeln, dann lassen Sie uns daran etwas ändern, aber das kann nicht zulasten der Kitas auf dem Land geschehen.

(Beifall bei der CDU –
Zuruf des Abg. Jochen Hartloff, SPD)

Ich will noch etwas zu den 62 Millionen Euro sagen.

(Zuruf der Ministerpräsidentin Malu Dreyer)

Schauen Sie sich doch einmal die Modellrechnungen der Jugendämter an.

(Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Wir
kennen die alle!)

Das hat offensichtlich niemand getan. Die 62 Millionen Euro, die Sie jetzt abfeiern, sind Gelder, die für neue Aufgaben benötigt werden. Das ist absolut notwendig, aber nicht ausreichend. Das ist mir ein Anliegen.

Sie waren auch auf Veranstaltungen. Frau Kollegin Brück und ich waren zusammen beim PARITÄTISCHEN. Uns wurde dargelegt, wie schwierig die Situation ist und dass man um die Trägervielfalt in Rheinland-Pfalz fürchte.

(Glocke des Präsidenten)

Die erwägen sogar, eine Klage zu erheben.

(Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer,
SPD)

Frau Ministerin, dieser Gesetzentwurf muss rasch und zügig grundsätzlich überarbeitet werden. Wir wünschen Ihnen dafür mehr Glück und mehr Fortune, als Sie bei der Vorlage hatten.

(Beifall bei der CDU –
Abg. Martin Haller, SPD: Was kostet es, ist
doch die entscheidende Frage! –
Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer, SPD)

Präsident Hendrik Hering:

Für die SPD-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Brück.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Die
Gebührenfraktion hat geredet!)

Abg. Bettina Brück, SPD:

Liebe Frau Kollegin Huth-Haage, ich glaube, Sie müssen sich entscheiden. Entweder sagen Sie, es liegt ein Gesetzentwurf vor, oder es liegt gar kein Gesetz vor.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Peinliche Wortzauberei! –
Zurufe der Abg. Michael Billen und Christian Baldauf, CDU)

Irgendwo sind Ihre Diskussion und Ihre Grundlage etwas undurchsichtig in diesem Punkt.

Sie referieren Punkte eines Referentenentwurfs, fordern die Überarbeitung, dabei ist es ein ganz normales Vorgehen, dass Referentenentwürfe bearbeitet werden. Das ist doch ganz klar. Dafür wird das gemacht. Dafür gibt es Anhörungs- und Beteiligungsverfahren.

Wenn Sie sagen, die CDU-Fraktion fordert etwas, sage ich Ihnen, was die CDU-Fraktion in den letzten Jahren gefordert hat: Kita-Gebühren hat sie gefordert.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So sieht es aus!)

Das Betreuungsgeld hat sie gefordert. Das ist nicht die Kita, die wir uns in Rheinland-Pfalz vorstellen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Peinlich!)

Wir werden bei der Beitragsfreiheit bleiben. Jetzt wird sie auf alle Kinder für zwei Jahre ausgeweitet. Das ist richtig so.

(Abg. Simon Huth-Haage, CDU: Qualität wird gefordert!)

Ich denke, insofern sind wir auf dem richtigen Weg. Die Eltern wissen das und vertrauen der Landesregierung, dass sie im Kitabereich gut arbeitet.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Das wissen die nicht, das sehen die anders! –
Zuruf der Abg. Simone Huth-Haage, CDU)

Deswegen wird weiter diskutiert und werden weitere Verbesserungsmöglichkeiten zu dem heute bestehenden Gesetz gemacht werden.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ich sage Ihnen gleich, was der Rainer Brüderle dazu sagt! –
Zurufe von der SPD: Oh! –
Glocke des Präsidenten)

– Können Sie gerne sagen, aber ehrlich gesagt glaube ich nicht, dass er über Expertise in frühkindlicher Bildung verfügt.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie die Modellrechnungen ansprechen, dann sage ich, wir kennen die Modellrechnungen auch. Ja, da sind wesentliche Komponenten weggelassen worden. Das kann man natürlich so machen, aber ob das seriös ist, müssen die, die die Modellrechnungen gemacht haben, selbst diskutieren und selbst fragen.

(Abg. Simone Huth-Haage, CDU: Alle Jugendämter!)

Wir werden auf jeden Fall einen Gesetzentwurf nachher in diesem Parlament beraten, wenn die Anhörung ausgewertet ist, der wesentliche Partizipationsmöglichkeiten der Eltern verbessert, der die Beitragsfreiheit – ich möchte es noch einmal erwähnen – beibehält und ausweitet,

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Wie willst Du die Beitragsfreiheit ausweiten?)

den Einstieg in Kita-Sozialarbeit bieten und erstmals gesetzlich festgeschriebene Leitungszeiten ausweisen wird.

Es gibt noch viele andere Punkte; über die können wir uns dann unterhalten, wenn der Gesetzentwurf vorliegt.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Frisch.

Abg. Michael Frisch, AfD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben in der Vergangenheit immer wieder betont, dass wir uns eine größere Wertschätzung familiärer Erziehungsarbeit wünschen. Aber wir haben uns auch zur Notwendigkeit einer öffentlichen Kindertagesbetreuung bekannt. Nur müssen wir diese Betreuung dann so machen, dass sie den Bedürfnissen unserer Kinder genügt. Diesem Anspruch wird der vorliegende Entwurf in keiner Weise gerecht. Weder die mittelbare pädagogische Arbeit, deren Anteil etwa von den kirchlichen Trägern auf über 25 % geschätzt wird, noch die in der Praxis auftretenden Ausfallzeiten oder der Mehraufwand für zusätzliche Aufgaben wie die Übermittagsbetreuung finden Berücksichtigung. Die Zeitkontingente für Leitungsaufgaben sind zu gering bemessen.

Inklusion und Sprachförderung sind zwar politisch erwünscht, werden aber nicht mehr eigens honoriert, sondern sind einfach eingepreist.

Frau Ministerin, so wird das nichts mit einer Qualitätsverbesserung, eine Verbesserung, die nach dem rasanten quantitativen Ausbau der Kinderbetreuung in den letzten Jahren dringend erforderlich wäre. Deshalb fordern wir als AfD-Fraktion die Landesregierung noch einmal auf, die geplante Massenabfertigung und enorme Arbeitsverdichtung, wie es in einem Leserbrief einer Erzieherin am 17. November 2018 in der RHEINPFALZ heißt, zu stoppen und im Sinne unserer Kinder und der vielen engagierten Mitarbeiter in Kindergarten und Kitas ein wirklich zukunftsweisendes Gesetz vorzulegen.

(Beifall der AfD)

Dabei werden wir genau hinschauen, inwieweit Sie die Kritik aufgreifen, die hier sehr ausdrücklich formuliert worden ist, und insbesondere beim Betreuungsschlüssel Besse-

rungen erreichen, die letzten Endes auch zu einer höheren Qualität der Kindertagesbetreuung führen werden.

Herr Köbler, ich sage noch ein Wort zu Ihnen. Wenn Sie es loben, dass eine Veränderung stattgefunden hat, dann ist das zunächst einmal ein formaler Vorgang und noch kein Wert an sich. Man kann etwas auch verschlimmbessern. Genau diesen Eindruck haben wir. Es wäre auch nicht das erste Mal, dass der Landesregierung so etwas gelingt.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

Präsident Hendrik Hering:

Für die FDP-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Lerch.

Abg. Helga Lerch, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Ministerin hat klar zum Ausdruck gebracht, dass Überarbeitungen stattfinden werden. Verschieben wir doch die Diskussion bis zu dem Zeitpunkt, an dem uns ein Entwurf vorliegt, über den wir dann seriös beraten können.

Aber noch mal zur Sache: Wir stehen in einem Spannungsfeld, Kinder auf der einen Seite, die qualitativ erzogen werden und Bildungselemente mitbekommen sollen. Wir haben auf der anderen Seite die Eltern, die in einem gesellschaftspolitischen Spannungsfeld stehen. Sie sind in der Regel berufstätig.

Herr Baldauf, Sie haben eben einen Zwischenruf gemacht: Wie kann man denn die Beitragsfreiheit noch mehr ausweiten? – Ja, es gibt eine Stellungnahme, und zwar die von den Alleinerziehenden. Diese haben gefordert, die Beitragsfreiheit schon ab den Einjährigen zu machen und die Betreuungszeit komplett auf einen ganzen Arbeitstag auszuweiten. Auch das gibt es als Forderung.

In diesem Spannungsfeld bewegt sich der Referentenentwurf. Wir haben auf der anderen Seite noch die Erzieher, deren Berufsstand wir doch attraktiv gestalten wollen; denn wir wissen, es ist ein anspruchsvoller Beruf und darüber hinaus ein Beruf, in dem wir Mangel haben. Wir müssen mehr Erzieherinnen und Erzieher für die Zukunft bekommen, wenn wir die Standards halten wollen.

Und dann haben wir da noch die kommunalen Spitzenverbände, die eingebunden werden müssen, weil sie letztendlich die Träger sind.

Meine Damen und Herren, wir haben 41 Jugendamtsbezirke in Rheinland-Pfalz. Sie sind die Mittelebene zwischen dem Ministerium und dem jeweiligen Träger. Hier muss es unseres Erachtens noch Klarheit geben, wie die Mittel, die vom Ministerium kommen, detailliert an die Jugendamtsbezirke weitergegeben werden und diese dann einen Schlüssel haben, wie sie zum Beispiel das Sozialraumbudget weiterverteilen, und klare Kriterien. Auch das erwarten wir von einem

(Glocke des Präsidenten)

erweiterten Entwurf.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP und bei SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abgeordnete Köbler.

Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Huth-Haage, Sie haben eben gesagt, alle Jugendämter hätten diese Berechnung angestellt und Kritik am Gesetzentwurf geübt.

(Zurufe von der SPD: Das stimmt nicht!)

Das stimmt nicht. Das Jugendamt in meiner Stadt, in Mainz, zum Beispiel, hat das Gesetz als eine hervorragende Grundlage beschrieben, vor allem mit Blick auf Finanzierungstransparenz und Verwaltungsvereinfachung.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ja,
richtig!)

Meine Damen und Herren, man muss vielleicht noch einmal daran erinnern, dass aus gutem Grund nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch für die Kindertagesstätten die Träger der örtlichen Jugendhilfe verantwortlich sind.

Ich komme zum Thema des Mittagessenangebots und der Ganztagsöffnung. Unter dem heutigen Finanzierungssystem schafft es die Mehrzahl der Träger der Jugendhilfe, der Kommunen, ein durchgehendes Angebot mit den jetzigen Mitteln darzustellen. Ein Teil schafft das nicht. So. Und jetzt – auch das haben Sie nicht gesagt – sage ich, wer explizit die Richtung dieses Gesetzentwurfs begrüßt, sind die Eltern in diesem Land, weil nämlich neben der Gebührenfreiheit für die Eltern endlich der Rechtsanspruch konkretisiert wird. Danach bemisst sich auch die Frage und die Verantwortung des Trägers der Jugendhilfe, nicht nach Landeszuweisung oder sonst irgendetwas, sondern nach dem Rechtsanspruch der Eltern.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Es muss
trotzdem bezahlt werden! –
Zuruf der Abg. Simone Huth-Haage, CDU)

Danach sind Kitaplätze vorzuhalten, und danach sind auch Erzieherinnen und Erzieher einzustellen. Das sollten wir in der Diskussion nicht vergessen.

Dass wir natürlich hören, man muss in dem Veränderungsprozess an manchen Stellen mit Sicherheit schauen, dass man das auch hinbekommt – ich denke insbesondere auch daran, wie man das noch einmal mit baulichen Maßnahmen entsprechend flankiert –, ist völlig klar.

Aber ich sage auch aus Perspektive der Eltern, wenn wir eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben, wenn wir frühkindliche Bildung stärken wollen, dann muss es auch möglich sein, dass, wenn der Bedarf da ist, Eltern ihr Kind

nicht um kurz vor zwölf abholen und erst um kurz nach zwei wieder bringen dürfen, sondern dass

(Glocke des Präsidenten)

die Eltern die Verlässlichkeit an unseren Kitas brauchen, dass das Kind auch über Mittag ein gutes Angebot bekommt. Da wollen wir hin.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und bei der FDP)

Präsident Hendrik Hering:

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Damit ist das erste Thema der Aktuellen Debatte beendet.

Wir kommen zum zweiten Thema der

AKTUELLEN DEBATTE

Landeselternbeirat schlägt Alarm: Realschule plus auf ganzer Linie gescheitert? auf Antrag der Fraktion der AfD – Drucksache 17/8208 –

Gibt es Wortmeldungen? – Herr Frisch für die AfD-Fraktion.

Abg. Michael Frisch, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Note Mangelhaft“, so beurteilt der rheinland-pfälzische Landeselternbeirat (LEB) in einer Pressemitteilung vom 17. Dezember 2018 anlässlich des 10. Jahrestags der Einführung der Realschule plus die Situation dieser Schulform in unserem Land.

In der Notenbegründung des Beirats, der über 700.000 Eltern repräsentiert, heißt es unter anderem, das Land habe keine Maßnahmen gegen die zunehmenden Probleme der lange Zeit bewährten Hauptschule ergriffen und das sich anbahnende Desaster durch deren vollständige Beseitigung ohne Anhörung von Lehrern, Eltern und Schülern besiegelt. Gleichzeitig habe man mit der Realschule auch eine zweite, bis dahin sehr geschätzte Schulart in der vagen Hoffnung zu Grabe getragen, durch eine bloße Zusammenlegung beider Schularten zur Realschule plus könne man alles verbessern.

Doch welcher Mensch, so die Elternvertretung wörtlich, „käme auf die Idee anzunehmen, bei der Zusammenlegung einer Regionalligamannschaft mit einer Kreisklassemannschaft zu einer ‚Regionalligamannschaft plus‘

(Unruhe bei der SPD)

könnten plötzlich alle Kreisklassenspieler wie durch ein Wunder Regionalliganiveau erreichen“.

(Beifall der AfD –
Zuruf von der SPD)

Nur wenige Tage später sprangen mehrere Lehrkräfte den Eltern zur Seite. In einem Gespräch mit dem Pfälzischen

Merkur beklagten schulleitungserfahrene Lehrer aus der Realschule plus das Aus eines gut funktionierenden Realschulsystems und kritisierten zahlreiche Missstände in der neuen Struktur.

Schaut man sich die Anmeldezahlen an, zeigt sich eine klare Abstimmung mit den Füßen:

(Abg. Joachim Paul, AfD: Genau!)

Seit 2009 ist die Zahl der Schüler an den Realschulen im Land um mehr als 42.000, oder ein Drittel, gesunken.

All das, meine Damen und Herren, ist eine schallende Ohrfeige für die Landesregierung und insbesondere die SPD, deren Ministerinnen seit Langem die Bildungspolitik verantworten. Daran ändert auch die reflexartige Reaktion der SPD-Fraktion nichts, deren bildungspolitische Sprecherin einmal mehr textbausteinartig von einem „Schlechtreden“ der bestmöglichen aller Schullandschaften warnte und die Stellungnahme des LEB in der üblichen Ignoranz als „markige Worte“ abtat.

Dabei hatte die Ministerpräsidentin noch vor zwei Jahren den Landeselternbeirat als „unabhängigen Partner des Bildungsministeriums“ gelobt

(Abg. Joachim Paul, AfD: Ja, aber nur,
solange er spurt! –
Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Nein,
nicht grundsätzlich!)

und dessen Arbeit als „wichtig und wertvoll“ bezeichnet.

Wir dagegen nehmen die Kritik der Eltern sehr ernst. Wenn ihre Vertreter von einem „Desaster auf allen Ebenen“ sprechen und Lehrer sich um die Zukunft ihrer Schulart sorgen, besteht dringender Diskussions- und Handlungsbedarf. Genau deshalb haben wir dieses Thema heute zur Aktuellen Debatte gemacht.

(Beifall der AfD)

Auch wir halten die Abschaffung der Hauptschule für einen gravierenden Fehler.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Genau!)

Schon 2007, kurz nachdem die Pläne bekannt geworden waren, warnten Experten wie der Vorsitzende des Deutschen Lehrerverbands, Josef Kraus, vor den Folgen.

Bayern ist einen anderen Weg gegangen als Rheinland-Pfalz. Die Hauptschule, in Mittelschule umbenannt, blieb erhalten – zum Segen der bayerischen Wirtschaft. Berttram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, sieht die Hauptschule als einen „zentralen Pfeiler zur Nachwuchssicherung und als einen guten Einstieg in die duale Ausbildung“.

Dagegen ist die ungebremste Akademisierung und die damit einhergehende fortschreitende Schwächung der beruflichen Bildung das größte Hindernis für die Sicherung der Fachkräfte. Nicht umsonst klagen HWK und IHK zunehmend über Fehlentwicklungen in der Bildungspolitik. Professor Julian Nida-Rümelin, Philosoph und ehemaliger

Staatsminister, warnt gar vor dem „Tod des dualen Systems“.

Dabei ist die duale Ausbildung ein ausgesprochener Exportschlager und die unbestrittene Basis des beispiellosen deutschen Wirtschaftserfolgs.

(Beifall der AfD)

Was ist zu tun? Wir benötigen dringend eine praxisorientierte Bildungseinrichtung. Um den Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden, reicht es jedoch nicht aus, die früher existierende Hauptschule wiederzubeleben. Erforderlich ist vielmehr eine Schulform, die den Kindern und Jugendlichen gerecht wird, die ihre Stärken im handwerklichen Bereich haben.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Genau!)

Berufliche Praxis und eine solide Grundbildung insbesondere in Deutsch und Mathematik sollten an einer solchen Schule im Vordergrund stehen.

(Zuruf der Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig)

Wir denken hier in Richtung einer Werkschule oder, mit Einschränkungen, an die Werkrealschule, wie sie vor einigen Jahren in Baden-Württemberg eingeführt wurde.

Wenn die Bildungsministerin denjenigen, die jetzt Kritik üben, vorwirft, sie würden damit die Eltern verunsichern, macht sie es sich wieder einmal zu einfach. Die von Eltern, Lehrern und Wirtschaft einmütig aufgezeigten Probleme sind gewaltig. Sie müssen angegangen werden, und deshalb muss sich die Landesregierung in dieser Frage bewegen.

Die AfD-Fraktion wird dazu schon bald konkrete Vorschläge unterbreiten und noch in diesem Jahr einen dementisprechenden Antrag ins Plenum einbringen.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

Präsident Hendrik Hering:

Für die SPD-Fraktion spricht die Abgeordnete Kazungu-Haß.

Abg. Giorgina Kazungu-Haß, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Kampagne nennt man das wohl, was in den letzten Tagen über die Realschulen plus gekommen ist. Wenn man Ihren Ausführungen zuhören darf, erkennt man ganz schnell, dass der Pfad der Fakten, das Ziel der konstruktiven Kritik für ein wenig Polemik, für Ihre Five Minutes of Fame, verlassen wird. Das wird so vielen – so vielen – nicht gerecht:

(Beifall der SPD und vereinzelt bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

den Eltern, die sich für die Realschule plus entschieden

haben und deren Kinder nun mit Freude diese Schule besuchen, die diese Generalabrechnung entsetzt, ja sogar beschämt; den Eltern, die eine eigenständige Entscheidung treffen wollen und die sich nun nicht mehr sicher sind, ob sie ihr Kind überhaupt an einer Realschule plus anmelden dürfen – denn das muss man einmal gesagt haben: Sie machen das alles im Umfeld der Anmeldungen zur Realschule plus –; den Lehrerinnen und Lehrern, die sich tagtäglich um guten Unterricht und den Erfolg der Schülerinnen und Schüler in der Realschule plus kümmern.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Die beschweren sich doch selbst!)

Und Sie werden – das ist zutiefst ungerecht – den Schülerinnen und Schülern nicht gerecht, die demnächst als Schulabgängerinnen und Schulabgänger befürchten müssen, dass diese Art der völlig überzogenen Polemik zur Realschule plus ihre Abschlüsse entwertet und die Chance auf einen Arbeitsplatz schmälert. Das ist Ihre Schuld, Ihre Verantwortung!

(Beifall der SPD und bei der FDP – Zurufe von der AfD – Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Das ist bizarr!)

Das ist nicht mein Begriff von einer verantwortungsvollen Bildungspolitik, aber offensichtlich Ihrer.

Zum Zeitpunkt des Beginns der Schulstrukturreform war ich Lehrerin an einer Realschule.

(Abg. Simone Huth-Haage, CDU: Mein Gott!)

Ja, das war vor allem für uns Kolleginnen und Kollegen damals eine Nachricht, die erst einmal mehr Fragen als Antworten parat hatte. Zur Wahrheit gehört auch,

(Unruhe im Hause – Glocke des Präsidenten)

dass das Feld der Kritikerinnen und Kritiker in den Kollegien deutlich kleiner geworden ist. Aber ja, es stimmt auch, es stehen nach wie vor einige der Realschule plus kritisch gegenüber.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Viele! Die Mehrheit!)

Denen schenken Sie allerdings einseitig Gehör.

Viel größer ist die Gruppe der Kolleginnen und Kollegen, die mit viel Sachverstand, Professionalität, aber auch mit Herzblut für ihre Schule gearbeitet haben, und sie haben Konzepte entwickelt, die die Realschulen plus zu Schulen der Zukunft gemacht haben,

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Die machen ihre Arbeit so gut sie können, trotz der schlechten Rahmenbedingungen, die Sie verantworten!)

mit einem breiten Angebot von berufsbezogenen Fächern, einer intensiven Berufsorientierung oder zum Beispiel auch dem Praxistag und im MINT-Bereich einer besonderen För-

derung von leistungsstarken Schülerinnen und Schülern.

Eine große Herausforderung war der verstärkte Zuzug von Geflüchteten, das ist richtig. Hier haben die Realschulen plus in den letzten Jahren die Hauptlast getragen. Allerdings haben sich auch andere Schularten daran beteiligt. In manchen Kommunen wurde das sehr, sehr gut moderiert. Es hätte dem einen oder anderen Realschule plus-Standort gutgetan, wenn das überall genauso gewesen wäre, aber das ist ein anderes Feld.

(Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

In der Woche der Realschulen plus wurde im ganzen Land sichtbar gemacht, wie gut diese Schulen aufgestellt sind. Bläserklassen haben die Gäste begrüßt, Technikprojekte wurden durchgeführt, und Demokratieerziehung wurde erlebbar gemacht. Ich bin stolz auf diese Arbeit in unserem Land, und als Mutter habe ich ganz persönlich sehr gute Erfahrung mit der Realschule plus gemacht.

(Beifall der SPD und bei FDP und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von der SPD: Ich auch!)

In diesem Doppelhaushalt investieren wir Geld in die Digitalisierung der Schulen. Ganz praktisch bedeutet das, dass die Kolleginnen und Kollegen mehr Unterstützung bekommen, ihren Job zu machen, und nicht mehr selbst Kabel verlegen müssen. Das Land unterstützt die Kommunen bei der Einstellung von Schulsozialarbeitern, und zwar massiv, und es werden nach und nach didaktische Koordinatoren in die Schulleitungen berufen,

(Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

um die Fortführung der Konzeptentwicklung zu tätigen. Das sind ganz aktuelle Maßnahmen aus diesem jetzt laufenden Haushalt.

Die Hauptschule, die Sie hier wieder fordern, hat der Souverän selbst nicht mehr gewollt – das ist doch die Wahrheit –, nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern in der gesamten Bundesrepublik. Die Realschule plus in integrierter und kooperativer Form war die Antwort. Sie bietet den Schülerinnen und Schülern eine größere Durchlässigkeit; denn das war gewünscht.

(Abg. Dr. Timo Böhme, AfD: Zu welchem
Preis? Das ist die Frage!)

Zur Ehrlichkeit gehört doch – offensichtlich fehlt Ihnen da die Sachkenntnis –, an ganz vielen Hauptschulen konnte man schon damals, schon vor 10, vor 15, vor 20 Jahren auch den Realschulabschluss machen. Es kamen nämlich Realschullehrer und haben diesen Abschluss abgenommen.

(Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

Es sind also tatsächlich nur zwei zusammengekommen, die schon längst gemeinsame Sache gemacht haben.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So sieht
es aus!)

Es ist nämlich eine Geschichte, eine Mär, das ist nicht das, was tatsächlich der Zustand damals, im Jahr 2008 war, den Sie hier beschreiben, ein reines dreigliedriges Schulsystem. Das ist eine Fantasie der AfD.

(Beifall der SPD)

Die Kritik nehmen wir ernst, und ich habe eben ja auch beschrieben, welche aktuellen Antworten die Ampelkoalition hierauf gegeben hat. Aber was nicht geht, ist, dass hier eine Schulart systematisch kaputtgeredet wird, weil man den Zustand der 70er-Jahre wiederherstellen will, weil man einfach viel zu viel Angst vor Veränderung hat, viel zu viel Angst vor der Zukunft!

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Martin Haller, SPD: So sieht es aus,
Giorgina!)

Präsident Hendrik Hering:

Für die CDU-Fraktion spricht die Abgeordnete Beilstein.

Abg. Anke Beilstein, CDU:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Landesregierung hat einen großen Hang zu Euphemismen.

(Beifall bei der CDU)

Im Erfinden wohlklingender Titel und Schlagworte ist sie wirklich spitze. In der Debatte eben hatten wir schon so eine „Wohlfühlvokabel“: Aus der „Kita-Novelle“ wird demnächst das „Kita-Zukunftsgesetz“. Genauso ging es auch vor 10 Jahren im Schulbereich. Damals wurden Haupt- und Realschule zusammengelegt, und es entstand eine „Realschule plus“. Worin liegt aber genau das Plus? Unter Plus versteht man gemeinhin etwas Positives. Doch die Eltern haben längst erkannt, dass diese kreative Wortgestaltung mit ihren Erwartungshaltungen nicht kompatibel ist.

(Beifall bei der CDU)

So wundert es nicht, dass die Landeselternvertretung zu dem zehnjährigen Jubiläum kräftig Wasser in den Wein gießt: Das „plus“ habe Hoffnungen geweckt, aber bereits kurz nach der Einführung der Realschule plus seien die Eltern aufgebracht und erbost gewesen. Man fühle sich enttäuscht und im Stich gelassen.

(Abg. Michael Frisch, AfD: So ist es!)

Der LEB hat von Beginn an exakt die Problemfelder benannt, insbesondere zu wenige Fördermöglichkeiten. Er hat moniert, dass die individuelle Förderung nicht ohne eine entsprechende personelle und finanzielle Ausstattung möglich sei.

Was hat sich geändert? Nichts. Heute, 10 Jahre später, stellt sie das Zeugnis aus: Mangelhaft. Nun darf man zu Recht fragen: Wer ist denn Empfänger des Zeugnisses? Nach Meinung der CDU ganz sicher nicht die Lehrerinnen und Lehrer der Realschule plus. Die machen wirklich einen

top Job.

(Beifall der CDU und der AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Empfänger sind in der Politik zu suchen, und die haben auch prompt reagiert. Frau Brück geht die Eltern an, die Eltern, die die Realität erleben, und macht ihnen den Vorwurf des Schlechtedens. Sie lässt verlauten, das sei „kontraproduktiv“ und führe zu „Verunsicherung“.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Kritik unerwünscht! –
Abg. Joachim Paul, AfD: Störfaktor Kritik!)

In das gleiche Horn stößt die Bildungsministerin, die den Eltern vorwirft, ein falsches Bild zu zeichnen, das andere Eltern von einer Entscheidung bei der richtigen Schulwahl für ihre Kinder abhält. Gerade eben haben wir erlebt, auch Frau Kazungu-Haß lässt sich nicht abhalten und stimmt in dieses gleiche Aufjaulen ein.

(Beifall der Abg. Gabriele Wieland, CDU,
und der AfD)

Da kann ich nur sagen, liebe Frau Brück, liebe Frau Ministerin, liebe Frau Hubig, das hat doch eines deutlich gemacht: Sie nehmen die Sorgen der Eltern schlicht und ergreifend nicht ernst.

(Beifall der CDU und der AfD –
Zuruf der Abg. Giorgina Kazungu-Haß,
SPD)

Ganz im Gegenteil. Frau Brück geht sogar noch weiter und bezeichnet die Äußerungen der Eltern als „überzogen“ und versteigt sich zu der Aussage: „Markige Worte (...) helfen (...) nicht weiter.“

(Abg. Bettina Brück, SPD: Ja, so ist es!)

– Nun ja, Sie sagen: So ist es. Ich sage Ihnen, Frau Brück, schönzureden und die Augen vor Problemen zu verschließen, hilft ganz gewiss auch nicht weiter.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Martin
Louis Schmidt, AfD)

Helfen würden hier nur Taten und ein beherztes politisches Agieren, indem diese Landesregierung den Realschulen plus endlich mehr Lehrer und Ressourcen zur Verfügung stellt, damit diese die große Herausforderung überhaupt stemmen kann.

(Beifall des Abg. Martin Brandl, CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines hat sich doch bewahrheitet: Das Ausradieren der Hauptschulen

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Jetzt aber! Oje!)

hat nicht die Schülerklientel – nämlich eine Schülerklientel, die schlicht und ergreifend mehr Unterstützung braucht – automatisch verbessert, abgeschafft oder gar verschwinden lassen. Diese Schüler brauchen eine intensivere Betreuung, und die Realschule plus wird diesen Herausforde-

rungen aktuell mit dem, was sie von der Landesregierung erhält, einfach nicht gerecht.

(Abg. Jens Guth, SPD: Das stimmt doch gar nicht! –
Zuruf der Ministerpräsidentin Malu Dreyer –
Zurufe von der SPD)

In diesen Jahren sind zwar die Zahlen der Schülerinnen und Schüler angestiegen. Aber wir glauben, das hat weniger mit einer gestiegenen Akzeptanz zu tun, sondern ist ganz im Gegenteil eigentlich ein Hinweis darauf, dass demnächst noch mehr Ressourcen erforderlich sind, um das zu bewältigen; denn gerade Migrantenkinder

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Die sind schuld?)

bringen noch einmal ein höheres Sich-kümmern für die Lehrerinnen und Lehrer mit sich.

(Abg. Bettina Brück, SPD: Was ist das für ein Weltbild!)

Ich sage Ihnen, Lehrerinnen und Lehrer können sehr viel. Sie engagieren sich viel. Aber irgendwo gibt es eine Grenze des Faktischen.

(Beifall bei CDU und AfD –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sie haben ihnen gerade aber ein schlechtes Zeugnis ausgestellt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sehe die Realschule plus – das sehen meine Kolleginnen und Kollegen in der CDU-Fraktion genauso – ganz sicherlich nicht als in ganzer Linie gescheitert an. Ich halte insofern die AfD-Überschrift für diese Aktuelle Debatte für absolut nicht in Ordnung.

(Beifall der Abg. Christian Baldauf und
Martin Brandl, CDU –
Abg. Joachim Paul, AfD: Wir haben doch ein Fragezeichen gesetzt!)

– Lieber Herr Paul, da hilft auch das Fragezeichen am Satzende nichts; denn die damit in die Welt gesetzte rhetorische Frage drückt auch eine Haltung zu dieser Schule aus, nämlich Ihre Haltung, und die teilen wir nicht.

(Beifall bei der CDU –
Zurufe von der AfD –
Glocke des Präsidenten)

Wir sehen ganz klar: Wir brauchen die Realschule plus. Sie bietet viel Praxisorientierung. Sie bietet

(Glocke des Präsidenten)

viele Möglichkeiten, bis hin zum Fachabitur. Aber dafür braucht sie die entsprechenden Rahmenbedingungen.

(Beifall der CDU)

Präsident Hendrik Hering:

Für die FDP-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Lerch.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Wenn Sie sagen, dass wir die Realschule plus brauchen, dürfen Sie aber Begriffe wie „Ausradieren der Hauptschule“ nicht benutzen, Frau Beilstein! –

Abg. Anke Beilstein, CDU: Wieso das denn nicht? –

Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Das finde ich nicht in Ordnung! „Ausradieren der Hauptschule“ ist nicht in Ordnung! – Glocke des Präsidenten)

– Jetzt hat Frau Kollegin Lerch das Wort.

Abg. Helga Lerch, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Realschule plus auf ganzer Linie gescheitert?“ – immerhin steht am Ende dieses Satzes ein Fragezeichen. Das ist auch mehr als angebracht.

Was hat sich in den letzten Tagen hochgeschaukelt? Ausgelöst durch einen Presseartikel im Trierischen Volksfreund werden in der Pressemeldung Elternvertreter wiedergegeben, die behaupten, die Realschule plus bringe die „Kinder nicht voran“. Es wird weiter von der gleichen Zeitung die Frage gestellt: „Ist die vor zehn Jahren eingeführte Schulform ein Desaster auf allen Ebenen?“

Im Koalitionsvertrag der Ampel wird die Stärkung der Realschule plus nach vorne gebracht, und es wird ihr viel Platz eingeräumt. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass die Realschule plus eine tragende Säule unseres durchlässigen Bildungssystems ist.

(Beifall der Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP)

Meine Damen und Herren, die Realschule plus ist eine Schulart mit hoher Durchlässigkeit und Aufstiegsorientierung und alles andere als eine Sackgasse.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den Schülerinnen und Schüler, die eine Realschule plus besuchen, stehen alle – ich betone: alle – Wege offen. Durch den Praxistag in der 9. Klasse verlassen Schülerinnen und Schüler mit Berufsreife die Schule in der Regel mit einem Arbeitsvertrag in der Tasche. In der 10. Klasse bieten sich Übergänge zur Fachoberschule oder zum Gymnasium an. Auch der Übergang zu berufsbildenden Schulen ist möglich, bis hin zu einem dualen Studium; das alles ohne Zeitverlust zu einem Gleichaltrigen, der ein Gymnasium besucht.

Allerdings – das muss ich einräumen – wissen viele Eltern und Schüler nicht umfassend genug, was die Realschule plus an Bildungsmöglichkeiten bietet. Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag eine breite Informationskampagne festgelegt, die nun schon mehrfach mit Erfolg stattgefunden hat. Es gibt Filmmaterial, das in den Grundschulen bereitgestellt wird, und zahlreiche Broschüren.

Nachdem zu Beginn der Wahlperiode bereits 48 didaktische Koordinatoren eingestellt worden sind, wird dies nun

ausgebaut, sodass alle Realschulen plus unabhängig von ihrer Größe diese erweiterte personelle Möglichkeit erhalten. Schulentwicklungsschritte, die sich aus dem Umgang mit Heterogenität und Inklusion ergeben, sind in den Händen der didaktischen Koordinatoren sehr gut aufgehoben.

Damit das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ umgesetzt wird, konnten die ehemaligen Hauptschullehrer mit der Wechselprüfung in die entsprechende Gehaltsklasse aufsteigen. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen und wird weitergeführt.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, den nächsten Satz, den ich jetzt sage, sage ich sehr deutlich: Das Argument der vielen Kinder mit Migrationshintergrund gegen einen Schultyp zu verwenden, ist absolut untragbar.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zudem wurde ein Einstellungskorridor von 20 % für DaZ-Lehrkräfte (Deutsch als Zweitsprache), die Deutsch unterrichten, eingeführt, um den Deutschunterricht für jene Schülerinnen und Schüler sicherzustellen.

Meine Damen und Herren, wenn man einer gesamten Schulart vorwirft, sie sei ein Desaster, erweist man ihr damit einen Bärendienst. Dies gilt für alle Lehrerinnen und Lehrer, die Tag für Tag eine engagierte Arbeit machen. Dies gilt für die Eltern, die vertrauensvoll ihr Kind an einer Realschule plus angemeldet haben. Die pauschalisierte Hetze basiert auf keinem Fundament.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die 184 Realschulen plus in unserem Bundesland bieten zudem unterschiedliche Angebote als kooperative und als integrative Bildungsgänge. Es liegt also an den Eltern, für welchen Bildungsgang sie sich entscheiden. Genau das ist der richtige Weg: Wir wollen die Vielfalt im Bildungssystem, damit man die Schule findet, die für das Kind die beste Wahl ist.

(Zuruf des Abg. Michael Frisch, AfD)

Alles andere in der zweiten Runde.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich zunächst Schülerinnen und Schüler des Hilda-Gymnasiums Koblenz des Leistungskurses Sozialkunde der 10. Jahrgangsstufe. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Des Weiteren begrüße ich freiwillige Helferinnen und Helfer der 1250-Jahr-Feier Lamsheim. Seien Sie herzlich

willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Köbler das Wort.

Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ein Fußballvergleich gemacht worden. Das fordert mich natürlich heraus.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Lass stecken! Mainzer sollten da nicht mitreden!)

Es ist gesagt worden, wenn man Kreisklassenspieler mit Regionalligaspielern zusammen in einer Mannschaft trainieren lässt, werden die einen nicht besser und die anderen vielleicht schlechter.

(Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer, SPD)

Ich muss sagen – ich habe auch lange Zeit Fußball gespielt –: Das stimmt nicht; das ist nicht wahr. Ich habe ein bisschen höher als Kreisklasse gespielt, aber nur ein bisschen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Jetzt bist Du bei uns!)

Es kamen dann auch Spieler, die hatten schon Erfahrung in höheren Ligen gesammelt, durchaus in der Regionalliga oder sogar schon in der Bundesliga. Natürlich hat man unfassbar davon profitiert, wenn man einen Spieler mit dieser Leistungsstärke in der Mannschaft hatte.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Deshalb bist Du heute Landtagsabgeordneter!)

Auch die Spieler mit einer höheren Leistungsfähigkeit haben davon profitiert, dass sie im Prinzip schon ein bisschen Führungs- und Traineraufgaben mit übernommen haben.

(Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

Das heißt, wenn man das Bild schon anwendet, dann sollte man es auch richtig anwenden. Oder wie man sagt: Wer vom Fußball keine Ahnung hat, der soll zu Fußball schweigen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Genauso ist es auch im Bildungsbereich. Wir brauchen mehr längeres gemeinsames Lernen und nicht weniger, meine Damen und Herren. Die Eltern haben seinerzeit darüber abgestimmt: An den Hauptschulen wurde nicht mehr angemeldet.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Jeder geht auf das Gymnasium!)

Mich wundert nicht, dass eine Partei, die immer wieder gerne in die Vergangenheit zurück will, jetzt wieder sozusagen den Rollback in die Hauptschule fordert. Das wird uns nicht in die Zukunft bringen.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Habt Ihr wieder nicht zugehört? Setzen, sechs!)

Im Gegenteil: Wir wissen doch heute schon – es wundert mich, dass Sie, die immer sagen, man müsste eigentlich mehr für die Realschule plus machen, das nicht zur Kenntnis nehmen –, dass am Ende der Sekundarstufe I die oberen 10 % der Schülerinnen und Schüler der Realschule plus leistungsstärker sind als das untere Fünftel der Schüler des Gymnasiums.

(Zuruf des Abg. Dr. Timo Böhme, AfD)

Das ist die Realität. Das heißt, dieses Denken in Schubladen funktioniert in der Realität überhaupt nicht.

Jetzt ist gerade ein Zeitpunkt – das kann ich Ihnen aus eigener Anschauung sagen –, an dem die Kinder in der 4. Klasse eine Schulwahlentscheidung treffen müssen. Das ist für die Eltern, aber auch für die Kinder eine ganz, ganz wichtige Entscheidung. Das ist eine der ersten großen Lebensentscheidungen. Glauben Sie nicht, dass diese irgendwie verantwortungslos getroffen wird. Nein, ganz im Gegenteil.

Das ist auch für die Schulen eine ganz wichtige Zeit. Ich sage Ihnen eines: Wer eine Schulart wie die Realschule plus kaputtmachen will, der beantragt genau zu dieser Zeit eine solche Aktuelle Debatte, meine Damen und Herren.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Präsident Hendrik Hering:

Für die Landesregierung spricht Frau Staatsministerin Dr. Hubig.

Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich kann da anknüpfen, wo der Abgeordnete Köbler aufgehört hat.

(Abg. Uwe Junge, AfD: Das ist schon klar!)

Mit Ihrer Aktuellen Debatte zur Realschule plus stellen Sie diese Schulart kurz vor dem Anmeldetermin für die weiterführenden Schulen infrage.

(Zurufe von der AfD)

Für eine Fraktion, die immer dafür eintritt und eintreten will, dass sie für Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung ist, finde ich es schon sehr bemerkenswert, dass Sie die Schulart, die für den Anschluss in beruflicher Bildung steht, hier schlechtmachen und schlechtreden.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN –

Abg. Michael Frisch, AfD: Reden Sie doch
mal mit der Wirtschaft! –

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Es ist Aufgabe
der Politik, die Probleme aufzugreifen!)

– Herr Abgeordneter Frisch, ich rede nicht nur mit der Wirtschaft, sondern ich rede übrigens auch mit Eltern und Schulleiterinnen und Schulleitern, auch von den Realschulen plus. Da höre ich ganz andere Dinge als die, die Sie hier versuchen zu vermitteln.

Was mehr als 7.000 Lehrerinnen und Lehrer an unseren Realschulen plus jeden Tag an hervorragender Arbeit leisten, damit sie die Schule für Chancengleichheit

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– ja, das ist echt einen Applaus wert –, Durchlässigkeit und Aufstiegsorientierung ist, das reden Sie schlecht.

(Zurufe von der AfD)

Wenn man die Realschule plus vor Ort erlebt – ich war in den letzten zwei Jahren in über 30 Realschulen plus –, dann weiß man, welche hervorragende Arbeit dort geleistet wird und was die Schülerinnen und Schüler dort vermittelt bekommen. Die Realschule plus ist eine tragende Säule in unserem Bildungssystem. Sie ist nichts mehr und nichts weniger. Sie wird das bleiben. Sie ist eine Schule der Region, die mit ihrem Praxisbezug gerade im ländlichen Raum den Fachkräftebedarf unserer Betriebe sichert und mit individueller Förderung zu höheren Abschlüssen führt.

Die Realschulen plus mit ihren Fachoberschulen stehen für Aufstieg durch Bildung, für einen einzigartigen Wahlpflichtbereich, der Fähigkeiten und Neigungen mit den aktuellen Themen und Bedürfnissen unserer Gesellschaft zusammenbringt. Sie stehen für eine Verbindung von Theorie und Praxis, die Chancen eröffnet für das Leben nach der Schule.

Die Realschulen plus vermitteln Bildung, Werte und Chancen. Wenn Sie die Schulen vor Ort erleben, dann wissen Sie, dass bei Digitalisierung, Berufsorientierung und MINT gerade die Realschulen plus besonders weit sind.

Im vergangenen Jahr haben Hunderte Eltern mehr als noch im Jahr zuvor ihr Kind an einer Realschule plus angemeldet. Sie sollten vielleicht, wenn Sie hier Zahlen verbreiten, deren Richtigkeit vorher prüfen und einmal überlegen, warum es insgesamt zurückgehende Schülerzahlen gibt, nämlich weil es weniger Schülerinnen und Schüler gibt und es eine neue Schulform gibt, die IGS.

(Abg. Martin Haller, SPD: Hauptsache, die
Parole ist raus! Darum geht es doch!)

Das heißt, deshalb gibt es zurückgehende Schülerzahlen. Das wäre vielleicht auch gut gewesen und ein Teil der Wahrheit, die man hier nicht verschweigen sollte.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Realschule plus eröffnet den Schülerinnen und Schülern alle Wege: erfolgreich in die Ausbildung, zur Fachhochschulreife und dann ins Studium.

Mit dem Projekt „Keine/r ohne Abschluss“, das wir demnächst an 13 Realschulen plus haben, schaffen rund 74 % derer, die sonst möglicherweise keinen Abschluss erhalten würden, dank Praxisbezug und individueller Förderung den Abschluss. 90 % davon gehen dann entweder in eine Ausbildung, oder sie gehen weiter in die Schulen. Das ist eine der besonderen Stärken der Realschule plus. Die Landesregierung unterstützt sie nach Kräften.

Lassen Sie mich den gefühlten Wahrheiten vielleicht noch ein paar echte Fakten entgegenstellen: In der Orientierungsstufe haben die Realschulen plus mit 25 Schülerinnen und Schülern die kleinste Klassenmesszahl aller weiterführenden Schulen. Sie haben landesweit die kleinsten Klassen aller weiterführenden Schulen, nämlich zwischen 20 Schülerinnen und Schülern in der Klassenstufe 5 und 23 in der Klassenstufe 10.

Die Schüler-Lehrer-Relation hat sich in den vergangenen zehn Jahren stetig verbessert. Im Schnitt steht eine Lehrkraft für 13 Schülerinnen und Schüler zur Verfügung.

9.500 zusätzliche Stunden, das sind umgerechnet 351 Lehrerstellen, die allein für individuelle Förderung und Sprachförderung zur Verfügung stehen. Das ist ein Alleinstellungsmerkmal der Realschule plus, und das ist ein klares Bekenntnis zu dieser Schulart.

Wir haben die Rahmenbedingungen stetig verbessert. Wir wollen noch besser werden; denn uns ist natürlich aus unseren Gesprächen, aus dem, was wir tagtäglich mit den Schulen in den Schulen erleben, bewusst, die Herausforderungen für die Realschulen plus sind groß. Heterogenität, Integration und Inklusion sind dort Tag für Tag ganz wichtiger Teil der pädagogischen Arbeit. Deshalb gibt es künftig an allen Realschulen plus zusätzlich didaktische Koordinatorinnen und Koordinatoren, und an jeder Realschule plus arbeitet ein Sozialarbeiter oder eine Sozialarbeiterin.

Wir wollen noch besser werden, damit am Ende jeder Schülerin und jeder Schüler, für die oder den die Realschule plus der richtige Weg ist, diesen Weg gehen kann. Dazu stehen wir im engen Kontakt und im engen Dialog mit den Realschulen plus, mit den Eltern und übrigens auch sehr eng mit dem Landeselternbeirat.

Die gestiegenen Anmeldezahlen des vergangenen Jahres stimmen uns zuversichtlich. Ich verspreche allen Eltern und Lehrerinnen und Lehrern, wir werden die Realschule plus weiter stärken. Melden Sie Ihre Kinder an dieser Schulart an, wenn sie am besten zu den Kindern passt. Die Realschule plus ist eine hervorragende Wahl.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Frisch das

Wort.

(Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer,
SPD)

Abg. Michael Frisch, AfD:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was die Ministerin und auch Kollegin Kazungu-Haß eben hier vorgetragen haben, folgt wieder einmal der üblichen Strategie: Wegsehen, ignorieren, relativieren, schönreden. Leistungsdefizite beim Lesen und Schreiben in der Grundschule: Andere sind noch schlechter. – Sinkendes Niveau im Gymnasium: Gibt es nicht. – Stundenausfall und fachfremder Unterricht: Marginal. – Überlastete Lehrer und unzufriedene Eltern: Erfindungen der Opposition. – Von einem Eingestehen der Probleme als notwendige Voraussetzung für deren Lösung sind Ampelfraktionen und Landesregierung Lichtjahre entfernt.

(Ministerpräsidentin Dreyer: Der hat überhaupt nicht zugehört!)

Ich stimme hier dem stellvertretenden Landesvorsitzenden des Verbands Bildung und Erziehung (VBE), Lamowski, zu, wenn er just heute in der Presse beklagt, manchem Kollegen komme die Informationspolitik des Landes „wie die DDR“ vor.

(Abg. Martin Haller, SPD: Keine Vergleiche mit einer Diktatur! Das sind Diktaturvergleiche!)

Wenn er dann wörtlich sagt – ich zitiere den VBE-Landesvizevorsitzenden –:

(Abg. Martin Haller, SPD: Die DDR-Vergleiche können Sie steckenlassen!)

„Nach außen läuft alles bestens, innerhalb des Systems aber gar nichts zusammen.“, dann ist das ist ein erschütternder Befund. Wenden Sie sich an den VBE-Landesvize.

(Beifall der AfD)

Meine Damen und Herren, eine gute Schule muss den unterschiedlichen Begabungen und Neigungen der Schüler gerecht werden. Deshalb lehnen wir alle Arten von Gesamt- und Einheitsschulen ab. Wir sind für mehr Differenzierung

(Beifall der AfD –
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Sehr gut!)

und stützen uns dabei unter anderem auf die Ergebnisse der NEPS-Studie (National Educational Panel Study) des Mannheimer Soziologen Hartmut Esser. Sein Befund ist eindeutig. Wenn Homogenität und strikte Leistungs differenzierung zusammenkommen, profitieren davon gerade die schwächeren Schüler, aber letztlich gewinnen alle.

Liebe CDU, deshalb genügt es nicht, die Folgen von Fehlentwicklungen mit viel Geld zuzudecken. Man muss vielmehr die Probleme an der Wurzel beheben und unser Schulsystem wieder so organisieren, dass es unserer Gesellschaft von Nutzen ist. Dafür brauchen wir eine grundlegende Reform,

stärkere Differenzierung für bessere Leistungen und im Endeffekt mehr Zufriedenheit bei allen. Genau das wollen die Eltern; denn sonst hätten wir nicht diesen unverminderten Ansturm aufs Gymnasium.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Zum Glück wissen Sie auch nicht, was die Eltern wollen!)

Genau das ist auch die Forderung, die von Handwerk und Industrie vehement vorgetragen wird,

(Glocke des Präsidenten)

weil hier die Folgen unserer verfehlten Bildungspolitik am stärksten und am schnellsten zu spüren sind.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Es gibt keine Forderungen nach Wiedereinführung der Hauptschule!)

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

Präsident Hendrik Hering:

Für die SPD-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Kazungu-Haß.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Es gibt beim Handwerk keine Forderung nach Wiedereinführung der Hauptschule! Sie müssen aufhören, selbst zu glauben, was Sie erzählen! –
Zurufe von der CDU)

Abg. Giorgina Kazungu-Haß, SPD:

Drei Punkte möchte ich gerne ansprechen.

(Unruhe im Hause)

– Das ist meine Redezeit.

(Glocke des Präsidenten)

Erstens möchte ich gerne kurz über das Bild der Realschule plus sprechen. Einiges wurde schon gesagt, was an Realschulen plus tatsächlich geleistet wird. Zwei Punkte möchte ich noch nennen – jetzt kommen wir zu den Fakten, ich weiß, das ist für Sie immer anstrengend –: Es gibt an den Realschulen plus die niedrigste durchschnittliche Anzahl an Schülerinnen und Schülern pro Klasse unter allen weiterführenden Schulen. Es sind im Durchschnitt nur 22 Schüler. Ich will nur einmal gesagt haben, dass das mit Sicherheit ein Punkt ist, der die Arbeit an Realschulen plus effektiver machen kann, gerade wenn es eine heterogene Lerngruppe ist.

Die Unterrichtsversorgung ist mit 99,2 % die beste Unterrichtsversorgung unter den weiterführenden Schulen. Das haben Sie vergessen zu sagen. Das wusste ich. Deswegen habe ich es mir aufgeschrieben.

Sie haben völlig vergessen – Kollegin Lerch hat es eben noch einmal gesagt –, dass es auch an den Realschulen plus integrative sowie kooperative Modelle und innere und äußere Differenzierungen gibt. Das heißt, wir haben verschiedene Kurssysteme. Natürlich werden zum Beispiel in den Hauptfächern die Schülerinnen und Schüler mit dem Basisniveau und die Schülerinnen und Schüler, die mehr leisten können, getrennt voneinander unterrichtet. Das haben Sie völlig vergessen. Ich wollte das nur noch einmal erwähnen, weil Sie das eben nicht gesagt haben.

Dann haben Sie eben von den Lehrerinnen und Lehrern gesprochen. Ich möchte nur an eines erinnern: Es gibt auch eine Pflicht zur individuellen Förderung. Die steht im Schulgesetz ganz vorne. Das sollten Sie einmal nachlesen, und Sie sollten darüber nachdenken.

Ganz zum Schluss möchte ich noch etwas sagen: Gerade hat mich ein Schüler angemalt und sich dafür bedankt, dass ich für die Realschulen plus Partei ergriffen habe, weil sich nämlich Schülerinnen und Schüler darüber aufregen, wie über den Ort, an dem sie gelernt haben und an dem sie groß geworden sind, hier gesprochen wird. Das ist ein Menschenbild, das Sie hier produzieren, indem Sie davon sprechen, dass Menschen voneinander getrennt werden müssen,

(Zurufe von der AfD)

damit Sie wissen, wer wo hingehört. Das ist immer Ihr gleiches Thema.

(Abg. Uwe Junge, AfD: Ihr macht Euch nur lächerlich! Euch glaubt kein Mensch mehr!)

Es gibt genügend Menschen, die genau das nicht wollen, die lange gemeinsam lernen wollen und durch ihre Leistungen Chancen zum Beispiel in einem ausdifferenzierten System bekommen.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Ich habe jetzt leider keine Redezeit mehr, aber wenn Sie möchten, erkläre ich Ihnen das noch einmal in Ruhe.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Unruhe bei der AfD)

Präsident Hendrik Hering:

Für die CDU-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Beilstein.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Was seid Ihr so aufgeregt da drüben? – Glocke des Präsidenten)

Abg. Anke Beilstein, CDU:

Ich wiederhole gern an dieser Stelle, dass die CDU-Fraktion hinter der Realschule plus steht

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Das habe ich gemerkt!)

und sie findet, dass dort eine hervorragende Arbeit geleis-

tet wird. Genauso stellt sie aber fest, dass die Unterstützung dafür seitens der Landesregierung mangelhaft ist.

(Beifall der CDU)

Die gesamte Debatte ist entlarvend und zeigt in der Tat wieder einmal Schönfärberei vom Feinsten.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Wo denn?)

Ich erkenne hier durchaus Parallelen zur Thematik des Unterrichtsausfalls. Es ist eben schon gesagt worden, wie der VBE darauf reagiert. Er hat ganz klar gesagt, die 100 %ige Unterrichtsversorgung ist nur ein Luftschloss der Ministerin. In ähnlicher Parallelität läuft das genau hier auch ab.

(Abg. Martin Haller, SPD: Das berühmte Stichprobensystem! Dazu können Sie noch einmal ein paar Ausführungen machen! Das interessiert mich!)

Das „plus“ steht bei den Realschulen plus auf dem Papier, aber es wird der Schule und den Schülern vorenthalten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU)

Mir stellt sich die Frage: Warum ist das so? Vielleicht deshalb, weil die Realschule plus insgeheim ein ungeliebtes Kind ist, wie der Trierische Volksfreund vermuten lässt. Ich meine, es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die IGS auch auf lange Sicht anscheinend in der Poleposition für diese Landesregierung steht und immer bessere Rahmenbedingungen erhält als die Realschule plus.

(Beifall der CDU –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Gibt es dafür Belege?)

Jetzt möchte ich hier in der Tat nicht Schulen gegeneinander ausspielen, aber ich erwarte schlicht und ergreifend eine gleichberechtigte Handhabung bei diesen beiden Schulen. Das ist faktisch nicht der Fall. Es ist zum Beispiel nicht nachvollziehbar, warum sich eine IGS noch immer Schülerinnen und Schüler aussuchen darf und eine Realschule plus nicht.

Auch die reinen Zahlen, wenn man in den Haushaltsplan schaut, was die Planstellen anbelangt, sprechen ihre eigene Sprache. Hier findet ein Verschiebepark statt.

(Zuruf von Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig)

– Frau Hubig, es steht dort schwarz auf weiß, minus 204 Stellen bei den Realschulen plus und bei den IGS Zugänge von 208,5 Stellen. Daran wird klar deutlich, welche Schulart bluten muss.

(Abg. Martin Haller, SPD: Sie können den Haushalt nicht lesen! Das ist das Problem!)

Deswegen sage ich noch einmal ganz klar an dieser Stelle:

(Glocke des Präsidenten)

Wir stehen hinter der Realschule plus, aber wir erwarten auch, dass diese Landesregierung endlich tätig wird und sie mit den notwendigen Ressourcen ausstattet.

(Beifall der CDU)

Präsident Hendrik Hering:

Für die FDP-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Lerch.

Abg. Helga Lerch, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Köbler, noch ein Satz zu Ihnen. Sie haben gesagt, wir wollen längeres gemeinsames Lernen. Wir wollen es nicht, Herr Köbler. Wir können uns einmal über den Punkt unterhalten.

(Unruhe im Hause)

Jetzt komme ich zum pädagogischen Prinzip der Wiederholung. Einige hier haben es noch nicht verstanden: Die durchschnittliche Klassengröße an der Realschule plus ist 22 Schülerinnen und Schüler.

(Unruhe im Hause)

Die Unterrichtsversorgung liegt bei 99,2 %.

(Glocke des Präsidenten)

Dies für alle, die das vergessen haben.

Meine Damen und Herren, ich warne davor, die gleichen Fehler zu machen wie einst bei der Hauptschule. Die Hauptschule – ich sage es einmal so – wurde kaputtgeredet. Sie wurde auch denunziert und öffentlich als „Restschule“ herabgewürdigt.

Wenn jetzt völlig ohne Grund und – ich muss das einfach noch einmal sagen – vor den Anmeldeterminen die Realschule plus degradiert wird,

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Greifen Sie die öffentliche Diskussion auf! Das ist Aufgabe der Politik!)

begibt man sich in ein ganz gefährliches Fahrwasser.

Meine Damen und Herren, es gibt keine Alternative zur Realschule plus. Zumindest habe ich heute noch nichts davon gehört, außer der Rückwärtsgewandtheit, zurück zur Hauptschule. Ich wundere mich, dass Sie nicht gleich „Volksschule“ gesagt haben.

(Zurufe von der AfD)

Die Realschule plus ist eine gute Schule, die unsere Unterstützung verdient.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist der zweite Teil der Aktuellen Debatte beendet.

Ich rufe nun das dritte Thema der Aktuellen Debatte auf:

**Rheinland-Pfalz auf der Überholspur –
Rekordinvestitionen im Bundesfernstraßenbau**
auf Antrag der Fraktion der FDP
– Drucksache 17/8219 –

Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Steven Wink.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Was ist denn eigentlich mit der FDP in Koblenz los?)

Abg. Steven Wink, FDP:

– Was ist mit der AfD los? Wird die noch eingefangen, Herr Paul?

Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Jahr 2018 ist jetzt nahezu abgeschlossen, und man darf festhalten, Rheinland-Pfalz ist das Land der Rekorde.

(Vizepräsidentin Astrid Schmitt übernimmt den Vorsitz –
Zurufe von der CDU –
Abg. Christian Baldauf, CDU:
Schuldenrekord! Investitionsstaurekord!)

Unser Wirtschaftswachstum konnte als das stärkste Deutschlands glänzen, und mit einer Exportquote von 58 % wurde ebenfalls ein neuer Rekord aufgestellt. Das ist eine Riesenleistung aller Unternehmerinnen und Unternehmer in unserem Land.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Aber nicht der Landesregierung!)

Auch durch gute staatliche Investitionen können langfristig der Wohlstand unseres Landes gesichert, Unternehmen der Weg ins Land geebnet und den Menschen neue Möglichkeiten geschaffen werden. In verschiedenen Kontexten spricht man von Standortfaktoren, ob beispielsweise in der Bildung, im Tourismus oder im Breitbandausbau. Aber eines haben diese Themen alle gemeinsam: Es sind extrem wichtige Faktoren für die Attraktivität des Standorts Rheinland-Pfalz.

Eine leistungsfähige Infrastruktur verleiht all diesen Standortfaktoren noch mehr Gewicht. Diese Tatsache wurde auch seitens des Wirtschaftsministeriums und der Ampelkoalition korrekt erkannt. So wurden in der Vergangenheit nicht nur 76 neue Ingenieurinnen und Ingenieure beim LBM eingestellt, sondern im Zuge des Doppelhaushalts weitere Stellen geschaffen. Es wurde also sofort Verantwortung übernommen.

Der LBM verbaute im Jahr 2018 die Rekordsumme von 444,4 Millionen Euro an Bundesautobahnen und Bundesstraßen. Somit waren es im Jahr 2018 rund 40 Millionen Euro

ro mehr als noch ein Jahr zuvor. Es wurde auch mehr geplant und verbaut als in dem hier immer vorgebrachten Hessen. Wir haben es somit nicht nur mit einem Rekordumsatz beim Bundesfernstraßenbau zu tun, sondern mit einem Rekord für unser Land, und wir sind auf einem guten Weg, auch in vielen weiteren Bereichen die Poleposition zu erreichen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Rheinland-Pfalz ist ein moderner Wirtschaftsstandort, der auch in Zukunft durch eine moderne Infrastruktur Vorteile bieten wird. 112,3 Millionen Euro der Mittel flossen in Neubauprojekte. Ein Projekt möchte ich an dieser Stelle erwähnen, weil es eines meiner Herzensprojekte und ein wichtiges Projekt für mich ist, nämlich der Ausbau der B 10. Es ist für die Bürgerinnen und Bürger wichtig, dass der Ausbau stetig weiter vorangetrieben wird, und auch im Bereich Tourismus ist die B 10 für den Pfälzerwald und für die Menschen im Pfälzerwald eine bedeutende Anbindung.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So sieht es aus!)

Auch die Arbeiten auf der A 6 zwischen Kaiserslautern-Ost und Kaiserslautern-West sollen im Jahr 2019 abgeschlossen werden. Der Streckenteil wurde auf sechs Spuren ausgebaut. Ich nenne die A 61 im Hunsrück oder die Hochmoselbrücke.

Diese kleine Auswahl an Projekten verdeutlicht, dass angestoßene Planungen aus dem Vorjahr nahtlos im neuen Jahr weitergeführt werden.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Über 297 Millionen Euro wurden in den Erhalt von Straßen investiert; denn nur ein gut erhaltenes Straßennetz kann den Anforderungen der Zeit gerecht werden. Mit diesen Investitionssummen bewegen wir uns in Rheinland-Pfalz auf einem top Niveau. Weitere 30 Millionen Euro flossen in den Umbau und in den Ausbau von Verkehrswegen, 4,7 Millionen Euro wurden für Radwege aufgewendet.

Das zeigt, dass die Ampelkoalition und auch das Wirtschaftsministerium die Infrastruktur in Rheinland-Pfalz insgesamt im Blick haben.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin mir ziemlich sicher, dass das Wirtschaftsministerium – dies kann ich zumindest für die Ampelkoalition sagen – diesen Weg auch so weitergehen wird.

Summa summarum kann man feststellen, dass der LBM im Vergleich zu 2015 seinen Umsatz im Bundesfernstraßenbau um rund 107 Millionen Euro und damit um rund 32 % gesteigert hat. Hier darf man sagen, das ist eine riesige Leistungsfähigkeit des LBM.

Die Steigerung wurde aber durch die Optimierung zahlreicher Grundvoraussetzungen auch durch unseren Minister Dr. Wissing ermöglicht. Sowohl der LBM als auch das Verkehrsministerium leisten eine hervorragende Arbeit, und

somit bleibt Rheinland-Pfalz das Land der Rekorde.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Oster das Wort.

Abg. Benedikt Oster, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin mir sicher zu wissen, was meine Nachredner von der Opposition gleich für ein Bild von unserer Verkehrsinfrastruktur in Rheinland-Pfalz malen werden.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Die Realität tut weh! –

Abg. Michael Frisch, AfD: Woher wissen Sie das?)

Da wird wieder alles pauschal kritisiert, und es wird versucht, die Mobilität in Rheinland-Pfalz schlechtzureden.

(Zurufe von der AfD)

Sollte ich mich wider Erwarten täuschen, dann entschuldige ich mich für diese Passage. Sollten Sie die Landesregierung loben, dann ziehe ich diese Worte selbstverständlich zurück. Aber ich glaube, dazu wird es nicht kommen.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die heutige Debatte legt erneut Fakten auf den Tisch und macht deutlich, dass es in Rheinland-Pfalz die höchsten Investitionen in der Geschichte des Landes gibt. Nicht nur in den Landesstraßenbau investieren wir Höchstsummen, wie zuletzt in unserem Doppelhaushalt zu sehen, nein, heute können wir anhand der vom Bund zur Verfügung gestellten Zahlen sehen, dass wir auch beim Bundesfernstraßenbau einen Rekordumsatz an den Tag legen.

Es wurde schon gesagt: 444 Millionen Euro haben wir allein auf Bundesstraßen und Autobahnen verplant und verbaut. Dies sind noch einmal 40 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hinter diesen Rekordzahlen stehen aber Menschen, denen man für diese enorme Leistung Danke sagen muss. Ohne die Ingenieure, ohne die Bauzeichner, die Bauwarte und die ausführenden Bauunternehmen würden wir heute nicht mit diesen hervorragenden Zahlen hier stehen. Dies muss man anerkennen. Nur weil diese Unternehmen Hand in Hand zusammengearbeitet haben, können wir diesen Rekord verbuchen. Wir als SPD sagen dazu ein herzliches Dankeschön.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf der Abg. Gabriele Wieland, CDU)

Hinter diesen Rekordzahlen stehen aber auch konkrete Projekte, und hier kann sich jeder eines herausgreifen. Ich nehme mir den Hochmoselübergang heraus. Allein für dieses Projekt fließen insgesamt 483 Millionen Euro nach Rheinland-Pfalz und in die Region. Hier entsteht eine wichtige Verkehrsader von den Beneluxstaaten bis hin zum Rhein-Main-Gebiet, von dem Wirtschaftsimpuls für die Region ganz zu schweigen.

Ein Projekt von europäischer Bedeutung, geplant und gebaut von Rheinland-Pfälzern – darauf können wir stolz sein.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal erwähnen, welchen Kraftakt ein solches Projekt für uns als Bundesland Rheinland-Pfalz darstellt. Was vom LBM in Trier und in persona von Frau Bayer dort seit Jahren geleistet wird, ist hervorragend, und auch an dieser Stelle sagen wir Danke.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich freue mich bereits jetzt darauf, dass wir voraussichtlich noch in diesem Jahr, voraussichtlich im Herbst, den Banddurchschnitt hinbekommen, und dass dann auch endlich Lkw und Autos über diese einmalige Brücke rollen.

Zusammenfassend darf ich sagen, diese hohen Investitionen zahlen sich für die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer, für die heimische Wirtschaft und am Ende für unser aller Mobilität aus.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die CDU-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Wieland.

Abg. Gabriele Wieland, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! „Rheinland-Pfalz auf der Überholspur – Rekordinvestitionen im Bundesfernstraßenbau“.

(Beifall der SPD –
Zurufe von der SPD: Sehr gut! So sieht es
aus! Genauso ist es! Jawohl!)

– Ja, herzlichen Glückwunsch! Herzlichen Glückwunsch Rheinland-Pfalz, aber vor allem Ihnen herzlichen Glückwunsch zu dieser tollen Schlagzeile.

(Zurufe von der SPD: Danke schön! Danke!
Danke!)

Die Frage bleibt: Ist es eine Schlagzeile? Ist es gutes Marketing? Ist es gute Verpackung,

(Abg. Martin Haller, SPD: Es ist alles!)

oder ist es auch guter Inhalt?

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Nein, es ist
der Wunsch des Ministers!)

Deshalb kommen wir zu den Fakten. Es geht um verbaute Bundesmittel im Bundesfernstraßenbau. Anfang des vergangenen Jahres haben wir an dieser Stelle und im Ausschuss heftig über die hohe Summe der nicht abgerufenen Bundesmittel diskutiert. Es ist ein kluger Marketing-Gag, bevor die Opposition nachfragt, ob alle Mittel verbaut sind, schon einmal die Schlagzeile zu schreiben: „Rekordinvestitionen im Bundesfernstraßenbau“. Die Schlagzeile hätte auch heißen können: „Wieder nicht alle Bundesmittel verbaut“.

(Heiterkeit und Beifall der CDU)

Zugegebenermaßen wäre das dem LBM gegenüber etwas übertrieben gewesen; denn bis auf 6 Millionen Euro wurden dieses Mal alle Mittel verbaut. Das ist begrüßenswert.

(Zuruf des Abg. Martin Haller, SPD)

Fast alle, weil 6 Millionen Euro nicht verbaut wurden. 6 Millionen Euro sind 6 Millionen Euro. Aber zunächst einmal ein Dankeschön an den LBM, aber auch – wir weisen oft genug mit dem bösen Finger nach Berlin – ein Dankeschön an den Bund dafür, dass er 450 Millionen Euro zur Verfügung gestellt hat.

(Beifall der CDU)

Nun aber zum Kern. Rekordinvestitionen, so viele Bundesmittel wie nie verbaut, heißt es in der Presse. Entschuldigung, aber das grenzt schon fast an Fake News. Wir haben an dieser Stelle schon des Öfteren betont, wenn Sie von Rekord reden – das ist Mathematik-Grundkurs, das ist Grundkurs Wirtschaftswissen –, sollten Vergleiche immer nur indiziert mit der Kostensteigerung geführt werden.

(Beifall der CDU)

Wenn Sie Mehrjahresvergleiche führen und von Rekord reden, muss man nach meinem Verständnis auch ein Zehnjahres-Gedächtnis haben. Das ist ein ganz einfacher Dreisatz in der Mathematik. Sie schauen im Internet die Indizierung für die Kosten im Straßenbau nach und rechnen hoch, wie hoch die Ausgaben der vergangenen zehn Jahre auf dem heutigen Kostenniveau sind. Dann stellen Sie fest, okay, von 2012 bis 2015 gab es die berühmte Rot-Grün-Delle, damals haben wir den Investitionsstau aufgebaut. Aber in den Jahren 2009, 2010, 2011 wurde unter dem Kostenaspekt mehr verbaut, als wir es im vergangenen Jahr getan haben. Das gehört einfach zur Wahrheit dazu.

(Beifall der CDU)

Apropos Rekord, apropos Überholspur. Wenn Rheinland-Pfalz auf die Überholspur will, reicht es nicht, nur die entsprechende Sportwagenkarosserie auf die Überholspur zu stellen. Wir brauchen auch die entsprechenden PS, wir brauchen genug Benzin, und wir brauchen auch die entsprechenden Fahrkünste. Wenn Rheinland-Pfalz also auf der Überholspur bleiben und dort erfolgreich sein soll, müssen wir über die gesamte Infrastruktur reden. Dann müssen wir auch darüber reden, wie viel ausgegeben wor-

den ist unter Berücksichtigung der Kostensteigerung im Bereich der Landesstraßen, im Bereich der Kreisstraßen, im Bereich der Unterstützung beim Gemeindestraßenbau.

(Beifall der CDU)

Ich bin gespannt, ob wir gleich die Zahlen bekommen, wie unter diesen Gesichtspunkten die Gesamtinvestitionssumme im vergangenen Jahr war. Was ist denn mit den 150 ausstehenden Landesstraßenprojekten? – Zur Überholspur gehört auch, dass wir insgesamt wissen, was noch im Land zu tun ist und wie wir unsere Infrastruktur stark genug machen. Wir müssen Genaueres wissen, damit wir nicht sagen können, 120 Millionen Euro pro Jahr sind jedes Jahr wieder ein Rekord. – Auch das haben wir schon betont: Wenn Sie sagen, die Ausgaben für die Landesstraßen betragen jedes Jahr 120 Millionen Euro, dann bedeutet das unter der derzeitigen Kostensteigerung jedes Jahr 6 Millionen Euro weniger als im Vorjahr. Das kann man nicht oft genug wiederholen.

(Beifall der CDU)

Wenn von Rekord die Rede ist, können wir auch nicht nur in unserem eigenen Sud schwimmen, sondern müssen über den Tellerrand hinaus schauen. Wir müssen dann auch wissen, was andere Bundesländer verbauen. Ich kenne bisher nur Aussagen aus Baden-Württemberg. Dort ist in einer Pressemitteilung bekannt gegeben worden,

(Glocke der Präsidentin)

dass im vergangenen Jahr insgesamt 1,5 Milliarden Euro verbaut wurden, aber dass 70 Millionen Euro mehr an Bundesmitteln abgerufen wurden als zur Verfügung stehen.

(Glocke der Präsidentin)

Noch eine Bitte: Wenn Sie von Überholspur reden, passen Sie auf, dass dieses Bild nicht so verwendet wird, wie wir es oft auf der Autobahn erleben, dass nämlich auf der Überholspur ein Auto steht, das nicht die nötige Fahrkraft hat und die anderen stört.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Bollinger das Wort.

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Laut Auskunft der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage meinerseits verbaute das Land Rheinland-Pfalz im Jahr 2018 444,4 Millionen Euro für den Bundesfernstraßenbau. Damit wurde der Plan fast eingehalten; der Bund hatte dem Land 450 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Über die relativ geringe Planabweichung können wir hinwegsehen; denn wir freuen uns insgesamt über den Aufschwung beim Bundesfernstraßenbau.

Wir haben gegenüber 2017 eine Steigerung der verbauten Mittel um 39,8 Millionen Euro, gegenüber 2015 sogar um 107 Millionen Euro. Diese erfreuliche Entwicklung erkennen wir auch gern als solche an, nehmen für uns als Opposition aber auch in Anspruch, dazu unseren Teil beigetragen zu haben, indem wir dieses Thema immer wieder aufgegriffen haben.

(Beifall der AfD –
Abg. Martin Haller, SPD: Alles klar!)

Meine Damen und Herren, als Opposition ist es auch unsere Aufgabe, den Finger in die Wunde zu legen. Deshalb kommen wir nicht darum hin, darauf hinzuweisen, dass diese Entwicklung anzeigt, aus welchem tiefen Tal wir kommen.

Wir hatten 2011 schon einmal einen Bauumsatz von immerhin 380,8 Millionen Euro, der dann mit dem Amtsantritt der rot-grünen Landesregierung im Jahr 2012 auf 316,7 Millionen Euro abgestürzt ist, um bis 2015 auf sehr niedrigem Niveau zu verbleiben.

Auch Verkehrsminister Dr. Wissing hat zweimal die Latte deutlich gerissen. 2016 mussten 46,2 Millionen Euro an den Bund zurückgegeben werden, weil der LBM nicht die Kapazität hatte, sie zu verbauen. 2017 waren es 28,6 Millionen Euro.

Aus den rot-grünen Jahren und den Jahren 2016 und 2017 besteht ein Nachholbedarf. Der konnte auch 2018 nicht aufgearbeitet werden. Ich erinnere an die vielen Bundesfernstraßenprojekte, die seit Jahren kaum vorwärtskommen, der Lückenschluss der A 1, der sechsstreifige Ausbau des Mainzer Rings, hier insbesondere die A 643, die zweite Rheinbrücke bei Wörth. Die Gründe, warum es bei diesen Projekten nur schleppend vorangeht, sind vielfältig und schon mehrfach diskutiert worden. Auch aus unserer Sicht ist ein weiterer Ausbau der Planungskapazitäten beim LBM einer von mehreren Hebeln.

Ein weiterer wichtiger Hebel liegt darin, Planungsverfahren zu vereinfachen. Das Land hat in diesem Bereich zugegeben nur wenige Handlungsspielräume. Es geht hier vor allem um Bundesrecht und EU-Recht.

Auch über das Verbandsklagerecht von Umweltverbänden müssen wir diskutieren. Das beschäftigt uns auch beim Thema „Fahrverbote“.

Meine Damen und Herren, es klang eben schon an, real betrachtet haben wir das Investitionsniveau von 2011 noch nicht erreicht. Die Straßenbaukosten sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen, nach Daten des Statistischen Bundesamts seit 2011 um über 21 %. In heutigen Straßenbaupreisen wurden also 2011 bereits 461 Millionen Euro verbaut. Wir hatten damit 2018 keineswegs mit 444,4 Millionen Euro „Rekordinvestitionen“, wie es die FDP behauptet, sondern gerade einmal das Basislager erreicht.

Das gibt uns immerhin Gelegenheit, neben den Bundesfernstraßen auch die Landesstraßen vermehrt in den Blick zu nehmen. Hier wartet nach wie vor ein Sanierungsstau von mindestens 970 Millionen Euro. Hinzu kommen einige notwendige Neubauprojekte, an prominentester Stelle die

Mittelrheinbrücke. Ich möchte, dass die jüngsten Verwirrspiele der CDU im Rhein-Hunsrück-Kreis, die jetzt noch einmal über den Standort der Brücke diskutieren will, vom Landtag eindeutig zurückgewiesen werden.

(Beifall der AfD)

Vor allem von der CDU-Fraktion erwarte ich ein klares Bekenntnis zur Brücke am seit Langem geplanten Standort.

(Beifall der AfD)

Herr Dr. Wissing, finanziell hat Ihnen die Ampelkoalition aber beim Thema „Landesstraßenbau“ etwas die Hände gebunden; denn unsere Anträge, die Mittel für das Straßenbauprogramm des LBM deutlich auszuweiten, wurden in den Beratungen zum Doppelhaushalt 2019/2020 leider abgeschmettert. Die zugebilligten Erhöhungen für den Landesstraßenbau gleichen noch nicht einmal die Preissteigerungen aus.

Vom erbarmungswürdigen Zustand der kommunalen Straßen brauchen wir gar nicht zu reden. Hier hat unsere Große Anfrage ergeben, dass nicht zuletzt aufgrund der mangelnden Unterstützung des Landes der Gesamtwertzustand der Kreisstraßen zu über 50 % mit der Note 3,5 oder schlechter bewertet wird, davon über 35 % mit 4,5 oder schlechter, also „mangelhaft“.

Zum Zustand der Gemeindestraßen gibt es keine Erkenntnisse, zumal nur ein geringer Teil der Gemeinden auf unsere Große Anfrage geantwortet hat. Angesichts der im Vergleich noch einmal prekäreren Situation der Gemeinden ist davon auszugehen, dass der Zustand der Gemeindestraßen noch einmal schlechter als der Zustand der Kreisstraßen ist.

(Glocke der Präsidentin)

– Frau Präsidentin, ich komme zum Ende.

Wir als AfD freuen uns darüber, dass die Mittel für den Bundesfernstraßenbau im vergangenen Jahr fast vollständig abgerufen wurden. Das kann aber nur ein erster Schritt auf dem Weg zu einer soliden Verkehrspolitik sein.

Ich danke für die geneigte Aufmerksamkeit.

(Beifall der AfD)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Abgeordnete Blatzheim-Roegler.

Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mehr Mobilität und weniger Verkehrsbelastung für alle, das muss das Ziel verantwortlicher Verkehrspolitik sein. Dem fühlt sich die Landesregierung verpflichtet.

Der Bundesverkehrswegeplan, so wie er vom Bundestag

verabschiedet wurde und wie er den Ländern zur Umsetzung auferlegt wird, lässt allerdings meines Erachtens Zweifel offen, ob die Mittel genau dort eingesetzt werden, wo sie Mensch, Klima und Umwelt tatsächlich entlasten.

Wir in Rheinland-Pfalz wollen die Stärken aller Verkehrssträger optimal ausnutzen und miteinander verknüpfen. Das sehe ich beim Bundesverkehrsminister noch lange nicht. Dazu gehört die Planung des Bundesverkehrswegeplans, wie der Verkehr in Deutschland insgesamt laufen soll. Dazu gehören auch die Rolle der klimafreundlichen Schiene und ein zügiger Ausbau des Schienennetzes.

Beim Letzteren, bei der Schiene, ist Rheinland-Pfalz vom Bundesverkehrsminister hängen gelassen worden. Keines der von uns angemeldeten Projekte ist in den Plan aufgenommen worden, noch nicht einmal die überparteilich und von mehreren Bundesländern – egal welcher Regierungscouleur – geforderte Alternativtrasse zur Mittelrheintrasse.

Was der tägliche und der nächtliche Lärm für die Menschen, die Entwicklungsmöglichkeiten im Mittelrheintal bedeuten, konnten wir noch einmal anschaulich in der letzten Sitzung der Enquete-Kommission „Tourismus RLP“ von Willi Pusch – er ist Antibahnlärmaktivist und Mitglied im Beirat „Leiseres Mittelrheintal“ – hören, als es darum ging, wie sich der Bahnlärm auf die Entwicklung und auf die BUGA im Mittelrheintal auswirken wird.

An dieser Stelle möchte ich der Landesregierung und insbesondere dem Verkehrsminister ausdrücklich danken, dass er es geschafft hat, die Machbarkeitsstudie zu einer Alternativtrasse zumindest im Ranking hochzupushen, und gleichzeitig danke ich ihm und seinem Staatssekretär Becht für ihr Engagement im Beirat „Leiseres Mittelrheintal“, immer zum Wohle der Menschen, die dort leben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei SPD und FDP)

Wir Grüne haben nie einen Hehl daraus gemacht, dass wir uns vom Bundesverkehrswegeplan eine Weiterentwicklung zum Bundesnetzwegeplan gewünscht hätten, der darauf abzielt, die Verkehrsprobleme tatsächlich zu lösen. Dazu gehört die konsequente Überprüfung von Alternativen. Dazu gehört ein realistischer Blick auf den Bundesverkehrswegeplan 2030; denn dort ist – Sie können es gerne nachlesen – von vornherein angelegt, dass mehr als die Hälfte der Investitionen, die im vordringlichen Bedarf sind, nach dem Plan erst nach 2030 umgesetzt werden. Die Verkehrsprobleme von heute werden dadurch nicht gelöst.

Nun ist der Bundesverkehrswegeplan ein Bundesplan, wie der Name schon sagt. Die Länder sind mehr oder weniger gezwungen, die Projekte umzusetzen. Das hat Rheinland-Pfalz schon erfahren. Das Verkehrsressort wendet viel Kraft auf, um den Vorgaben des Bundes zu entsprechen. Allein die erfolgreiche Akquise der rar gesäten Ingenieure und Straßenbaufachleuten ist ein sichtbarer Erfolg des Verkehrsministers.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
vereinzelt bei SPD und FDP)

Man wundert sich, dass es dem Bund offenbar nicht ge-

lingt, genügend Fachpersonal zu gewinnen, um seine Hausaufgaben zu machen, sei es beim Schienenausbau oder beim Ausbau der Moselschleusen. Hier werden wir in Rheinland-Pfalz geradezu sträflich behandelt.

Die Landesregierung hat sich darauf verständigt, alle Mobilitätsträger beim Ausbau von Kapazitäten zu stärken. Wir tun das zum Beispiel mit dem Rheinland-Pfalz-Takt auf der Schiene, den straßengebundenen Buskonzepten im ländlichen Raum oder im Umland von Oberzentren.

Beim Landesstraßenbau erlebe ich eine verantwortungsvolle, transparente und im Hinblick auf Umweltauswirkungen maßvolle Vorgehensweise. Beim Radwegebau wurden die Mittel erhöht. Dort geht es voran mit der Umsetzung. Natürlich wünschen wir uns schöne und breite Radpendlerwege mit Überholspur.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei SPD und FDP)

Wirkungsvoller für eine flüssigere und verkehrssichere Mobilität – davon bin ich überzeugt – sind jenseits eines Bundesverkehrswegeplans der verantwortungsvolle und maßvolle Umgang mit den Ressourcen. Rheinland-Pfalz tut da, was es kann.

Mehr in der zweiten Runde.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei SPD und FDP)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatsminister Dr. Wissing das Wort.

Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein moderner Wirtschaftsstandort braucht eine moderne Infrastruktur. Die schaffen wir gegenwärtig in Rheinland-Pfalz. Wir haben dazu die Voraussetzungen geschaffen, indem wir neue Stellen im Ingenieurbereich für den LBM vorgesehen haben und die sie besetzen konnten. Quasi ist jede Woche im vergangenen Jahr ein Straßenbauingenieur eingestellt worden. An den Zahlen sieht man jetzt sehr gut, dass sich das bemerkbar macht.

Im Jahr 2015 waren es noch 337 Millionen Euro Bundesmittel, die verbaut wurden. Dann gibt es die Steigerung von 2016 auf 2017 von 356 Millionen Euro auf 404 Millionen Euro. Jetzt sind es 444,4 Millionen Euro. Das sind nominelle Rekordsummen. Es ist erfreulich, dass uns das gelungen ist.

Wir kommen in Rheinland-Pfalz im Infrastrukturausbau massiv voran. Wir haben nahezu 500 Baustellen im vergangenen Jahr eingerichtet.

Bei allen Versuchen der Opposition zu behaupten, hier würde sich nichts tun, wissen die Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz natürlich, dass die vielen Baustellen ein Zeugnis davon ablegen, dass massiv Infrastruktur auf

Vordermann gebracht, ausgebaut und der Investitionsstau abgebaut wird. Das geschieht mit unglaublichem Fleiß der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LBM, bei denen ich mich hier herzlich bedanke.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

In drei Jahren ist es gelungen, die Investitionen um 107 Millionen Euro zu steigern. Das sind 32 %. Der Landesbetrieb leistet hervorragende Arbeit. Ich will an dieser Stelle sagen, diese Bundesmittel, die wir verbauen, verbauen wir nicht nur auf Kosten des Bundes, sondern bezüglich der Planung legt das Land einige Millionen Euro drauf; denn der Bund erstattet uns nicht die vollen Planungskosten, sodass wir zusätzlich zu den Mitteln, die wir für den Landesstraßenbau in die Hand nehmen, natürlich auch noch Mittel in die Hand nehmen, um die Bundesfernstraßenmittel zu verbauen. Wir haben deshalb die Mittel für externe Ingenieurleistungen von 23 Millionen Euro im Jahr 2015 auf inzwischen 36,5 Millionen Euro im neuen Haushaltsplan gesteigert. Das zeigt, hier wird kräftig bei den Verkehrsinfrastrukturinvestitionen zugelegt.

Ich verstehe, dass die Opposition kritisiert, aber manchmal habe ich bei Ihrer Kritik den Eindruck, wenn ich über das Wasser gehen könnte, würden Sie sagen, der kann nicht einmal schwimmen.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei aller Freude über den Infrastrukturausbau bringt dieser auch große Herausforderungen mit sich. Die Baustellen sind ein Problem; denn die Bürgerinnen und Bürger können sich nicht unendlich viele Baustellen vorstellen, ich auch nicht. Wir wissen, dass solche Baumaßnahmen Verkehrsbehinderungen mit sich bringen, die für die Wirtschaft eine Belastung sind. Gegenwärtig sind wir an einem Punkt angelangt, an dem wir uns mehr Baustellen nicht leisten können. Wir fahren wirklich Oberkante.

Die Zahl der Baustellen ist ein begrenzendes Element. Aber auch hier ist die Landesregierung nicht untätig. Wir haben schon im Jahr 2016 angefangen, ein digitales Baustellenmanagement aufzubauen. Wir werden als einziges Bundesland – es gibt kein weiteres Bundesland, das das bisher hat – im Jahr 2019 das Baustellenmanagement digital organisieren. Die kommunalen Gebietskörperschaften und das Land werden die gesamte Baustellenplanung mit digitaler Technik machen. Wir werden den Kommunen dafür eine eigens für das Land Rheinland-Pfalz entwickelte Software kostenlos zur Verfügung stellen. Damit wird das Baustellenmanagement effizienter. Das ermöglicht uns Baustellen mit weniger Verkehrsbehinderungen, da diese zielgenauer und die Umleitungen besser zu organisieren sind. Wir werden die daraus generierten Daten den privaten Navigationssystemen kostenlos zur Verfügung stellen.

Damit sind wir beim Management von Infrastrukturausbau das modernste Bundesland. Auch darauf sind wir stolz, meine Damen und Herren.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Es ist zu Recht gesagt worden, dass nicht nur die Straße im Fokus des Infrastrukturausbaus steht, sondern viele andere Bereiche auch. Ich bin dankbar, dass die Wasserstraße erwähnt worden ist. Wir sind nach wie vor darauf angewiesen, bei allem, was wir als Land leisten – auch wenn wir so gut beim Infrastrukturaufbau vorankommen –, dass der Bund seine Hausaufgaben macht.

Ich will an der Stelle noch einmal daran erinnern, dass wir dringend die Rheinvertiefung bei St. Goar brauchen, um unsere Wasserstraße Rhein zu ertüchtigen. Wir haben in diesem Jahr erlebt, was das bedeutet. Wenn wir in Rheinland-Pfalz so engagiert sind und dem Bund zeigen, dass es geht, bitte ich Sie alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, mich dabei zu unterstützen, den Druck auf den Bund weiter zu erhöhen. Dieser Stillstand beim Ausbau der Wasserstraße Rhein durch die Bundesregierung muss beendet werden, und zwar so schnell wie möglich.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal dem Landtag herzlich dafür danken, dass er auch unserem Vorschlag gefolgt ist, die Ingenieurstellen beim LBM im neuen Doppelhaushalt nochmals weiter aufzustocken. Wir haben Rekordsummen verbaut, aber wir ruhen uns darauf nicht aus. Wir bereiten uns technologisch mit digitaler Technik, aber auch mit zusätzlichen Haushaltsmitteln darauf vor, unsere Arbeit noch intensiver fortzusetzen. Wir bleiben ehrgeizig und ambitioniert, weil wir für das Land erfolgreich bleiben wollen.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die FDP-Fraktion spricht der Abgeordnete Wink.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Der geht jetzt übers Wasser!)

Abg. Steven Wink, FDP:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das eine oder andere darf ich hier noch einmal relativieren. Es wurde angesprochen, dass wieder zu wenig Geld abgerufen wurde. Man kann es einmal in Relation setzen: Es waren 1,5 %. Normalerweise, durch Kapazitäten beim Personal, durch die Witterung und durch weitere Kapazitäten, liegt die Schwankungsbreite, wenn man ein bisschen technisch wird, bei 5 %. Das heißt also, dass die ganzen Maßnahmen, die man eingeleitet hat, schon so weit geschafft sind, dass man das um 3,5 Prozentpunkte noch weiter mindern kann. Es wurde dennoch mehr Geld als in der Vergangenheit ausgegeben. Wenn man den Weg weitergeht, wird man das auch in Zukunft schaffen.

Ich darf es noch einmal erwähnen: Im Haushalt wurden und werden mit den 76 neuen Stellen die Planungskapazitäten weiter erhöht. Wir wissen alle, dass es den Flaschenhals auch in der Bauwirtschaft gibt, die momentan eben

nicht alles an Geld abnehmen kann, was man ihr gerne geben würde.

Frau Kollegin Wieland, sehen Sie es mir nach, aber ich finde es schon fragwürdig, wenn man von einer Partei hier im Land kritisiert wird, die im Bund in dem Bereich Verantwortung trägt und es nicht schafft, eine Handvoll Ingenieure für Wasserstraßen an Land zu ziehen. Und ich finde es fragwürdig – Sie mussten jetzt ins Rennen gehen –, wenn Sie das hier kritisieren. Wenn ich mir die Westerwälder Zeitung vom 26. Januar mit der Überschrift „Montabaur wird nicht alle Pläne umsetzen können“ anschau, dann werden Sie darin scharf kritisiert dafür, dass Sie zu viel Geld auf der hohen Kante liegen haben. Und warum? Weil Ihnen Personal und Kapazitäten in der Bauwirtschaft fehlen. Das ist komisch; gerade Sie nämlich müssten die Steigerung in der Planungskapazität des Landes hier an dieser Stelle loben.

(Beifall der FDP und bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Dann sind wir am Ende dieses Tagesordnungspunkts angekommen.

Ich darf jetzt **Punkt 2** der Tagesordnung aufrufen:

Vom Landtag vorzunehmende Wahlen:

- a) Wahl eines ordentlichen berufsrichterlichen und eines stellvertretenden berufsrichterlichen Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz**
Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags
– Drucksache [17/7763](#) –

Wir wählen also ein ordentliches und ein stellvertretendes berufsrichterliches Mitglied jeweils für die Dauer von sechs Jahren. Die Amtszeit beginnt am 7. Februar diesen Jahres. Der Wahlvorschlag dazu liegt vor. Ich darf um ein Handzeichen bitten, wenn Sie diesem Wahlvorschlag zustimmen! – Das ist, wenn ich das richtig sehe, einstimmig der Fall. Für Gegenstimmen und Enthaltungen ist kein Raum. Dann darf ich mich ganz herzlich bedanken. Diesem Wahlvorschlag wurde also mit der nötigen Zweidrittelmehrheit zugestimmt.

Ich rufe auf:

- b) Wahl eines ordentlichen Mitglieds des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz**
Wahlvorschlag des Ältestenrats des Landtags
– Drucksache [17/8224](#) –

Auch hier wählen wir ein ordentliches Mitglied auf die Dauer von sechs Jahren, beginnend mit der Amtszeit am 7. Februar. Ich darf fragen, wer diesem Wahlvorschlag, der Ihnen vorliegt, zustimmt! – Danke schön, das ist einstimmig der Fall. Keine Möglichkeit für Gegenstimmen und Enthaltungen. Auch diesem Wahlvorschlag wurde mit der nötigen Zweidrittelmehrheit zugestimmt.

Ich rufe auf:

c) Wahl einer schriftführenden Abgeordneten

Wahlvorschlag der Fraktion der AfD

– Drucksache 17/8179 –

Wer diesem Wahlvorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen! – Auch das ist einstimmig der Fall. Vielen Dank. Damit sind wir am Ende dieses Tagesordnungspunkts.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Demokratie macht Schule: Rheinland-Pfalz stärkt
Demokratiebildung, Erinnerungskultur und
europäisches Miteinander**

Regierungserklärung von Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig

Für die anschließende Aussprache haben die Fraktionen eine Grundredezeit von 25 Minuten vereinbart. Frau Staatsministerin Dr. Hubig, bitte schön.

Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Wie könnte man eine Regierungserklärung zur Demokratiebildung an diesem Tag, an dem vor 86 Jahren die Nationalsozialisten die Macht übernahmen, anders beginnen als mit der Erinnerung? Mit der Erinnerung an das, was Henriette Kretz vor 72 Stunden in diesem Hause so bewegend geschildert hat – was sie überlebt hat, aber Millionen andere Menschen nicht? Mit der Erinnerung an Trauer und Scham und mit der Verantwortung, die daraus erwächst? – Man könnte es nicht. Man könnte es nicht, weil die Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus für uns immerwährende Ermahnung und Verpflichtung sind und bleiben.

Es ist mir eine besondere Ehre, dass Frau Kretz, die im Moment noch im Foyer, aber bald, denke ich, auf der Tribüne ist, heute erneut zu uns gekommen ist, nachdem sie am Sonntag ein so eindrückliches Zeugnis wider das Vergessen abgelegt hat.

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben aus der Erinnerung und im Bewusstsein der immerwährenden Verantwortung die Grundwerte unserer Demokratie geschaffen: die Unantastbarkeit der Menschenwürde, die Unumstößlichkeit der Menschenrechte, die Freiheit des Individuums, die immer auch die Toleranz verlangt.

Wer versucht, den „Quantensprung in der Menschheitsgeschichte des Bösen“ – wie die Erinnerungsforscherin Aleida Assmann den Holocaust bezeichnet – zu relativieren und zu verharmlosen und die Nazi-Diktatur zu einem Detail der Geschichte zu machen, dem sei gesagt: Demokratie und Erinnerung sind in unserem Land untrennbar miteinander verbunden.

(Beifall der SPD, der FDP, des BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der
CDU)

Der Holocaust ist der lange Schatten, der über unserer Geschichte liegt und der uns für alle Zeit Auftrag sein muss und sein wird: zu erinnern und nie wieder zuzulassen. Für uns bedeutet das: Wir müssen die demokratischen Grundwerte unseres Grundgesetzes kompromisslos verteidigen, aktiv leben und entschlossen stärken gegen all das, was sie bedroht. Diese Bedrohung hat ganz konkrete Namen: Extremismus und Populismus, Rassismus und Nationalismus, Antisemitismus und Antiziganismus, Menschenfeindlichkeit und Chauvinismus – und jede Form der Missachtung freiheitlich-demokratischer Regeln des Zusammenlebens, egal aus welchen Gründen und aus welcher Richtung.

Die Kinder und Jugendlichen von heute sind die Gesellschaft von morgen. Sie werden dieses Land in 10, 15 und 20 Jahren tragen. Gemeinsam mit ihren Eltern wollen wir sie dabei unterstützen, mündige Bürgerinnen und Bürger zu werden. Wenn wir wollen, dass auch sie die Chance haben, in einer freien und gerechten Gesellschaft zu leben, dann müssen sie den Wert von Demokratie kennen. Sie müssen lernen und selbst erleben, wie Demokratie funktioniert, wie ein demokratisches Miteinander, respektvoller Umgang und gegenseitige Achtung funktionieren – und wie unverzichtbar sie sind.

Wir als Landesregierung wollen unsere Lehrkräfte und unsere Schülerinnen und Schüler in ihrem Engagement für die Demokratie bestärken. Wir wollen sie gerade in diesen Zeiten ermuntern und unterstützen, ihren Weg weiter zu gehen, aber auch neue Pfade zu beschreiten.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dafür haben wir im Bildungsministerium ein Gesamtkonzept für die schulische Demokratiebildung erarbeitet. Wir nehmen dabei drei Aspekte in den Blick. Erstens: das Erinnern an die Verbrechen der Nazi-Diktatur und das historisch-kritische Bewusstsein für unsere Geschichte und die Lehren, die daraus für das Heute und Morgen zu ziehen sind. Zweitens: das Lernen und Leben von Demokratie in unserer Gegenwart; und drittens: unser europäisches Miteinander.

Warum ist es so wichtig, gerade diese drei Aspekte in unseren Schulen zu stärken? Weil unsere Schulen ein, ja der zentrale Ort sind, an dem Demokratie gelernt und gelebt wird. Und was mich heute zuversichtlich stimmt, ist, welches großes Engagement für die Demokratie ich bei meinen Besuchen in den Schulen immer wieder vorfinde.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist es!)

Ich kann Ihnen heute klar sagen: Für jeden, der auf einer Demonstration irgendwo in Deutschland fremdenfeindliche oder antisemitische Parolen skandiert, gibt es in Rheinland-Pfalz Schülerinnen und Schüler, die sich mit ihren Lehrkräften jeden Tag gegen Rassismus und Antisemitismus einsetzen.

Für jeden, der im Internet Hass postet, gibt es in Rheinland-Pfalz Schülerinnen und Schüler, die sich in ihren Schulen,

in ihrer Region und im Rahmen von Schüleraustauschen für Toleranz und Vielfalt einsetzen, und das auch in immer mehr Europaschulen und „Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage“.

Und für jeden, der glaubt, das Holocaust-Mahnmal sei ein „Denkmal der Schande“, gibt es unzählige Schülerinnen und Schüler in unserem Land, die Gedenkorte besuchen, Stolpersteine verlegen und mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sprechen. Sie alle geben uns Zuversicht, und sie alle wollen wir mit unserem Konzept unterstützen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich Ihnen unser Maßnahmenpaket erläutern. Wir werden damit mehr als 4 Millionen Euro jedes Jahr zusätzlich in die Demokratiebildung investieren. Es ist eine Investition in die Zukunft unserer freiheitlichen Demokratie.

Ich möchte mit der Erinnerungskultur beginnen: Schon heute spielt die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus eine zentrale Rolle in unseren Schulen: In den Lehrplänen ist sie fest verankert. Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte engagieren sich in zahllosen Projekten, fahren zu Gedenkstätten und Erinnerungsorten und setzen sich weit über den Unterricht hinaus ein. Ab Klassenstufe 9 sieht der Lehrplan in jedem Schuljahr einen Unterrichtstag als Demokratietag vor, der explizit auch Gedenktag sein kann. Auf all diesem Bestehenden bauen wir mit unseren Maßnahmen auf.

Im vergangenen Jahr hat uns bundesweit die Frage beschäftigt, ob Schülerinnen und Schüler im Laufe ihrer Schulzeit wenigstens einmal einen Gedenkort besuchen sollen, der an die Verbrechen des Nationalsozialismus erinnert. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Antwort auf diese Frage nur „Ja“ lauten kann. So wichtig das historische Lernen im Klassenzimmer ist, so wichtig ist auch das unmittelbare Erleben. Wer Hinzert und Osthofen, Buchenwald oder Auschwitz besucht oder Zeitzeuginnen und Zeitzeugen hört, gewinnt viel tiefere und unmittelbare Eindrücke. Wir alle haben es am Sonntag eindrucksvoll erlebt.

Wir müssen es den Schülerinnen und Schülern immer wieder neu ermöglichen, sich mit dem monströsen Zivilisationsbruch auseinanderzusetzen, der in ihrem Land vor nicht einmal drei Generationen begangen wurde. Wir müssen verdeutlichen und erfahrbar machen, welchen Wert unsere Demokratie darstellt und welche Errungenschaft sie ist. Die Schülerinnen und Schüler müssen lernen, was Henriette Kretz hier so erschütternd und eindringlich beschrieben hat: dass es jedem und jeder so gehen kann und Gewissheiten von einem Tag auf den anderen wegbrechen können, ohne dass man sich irgendetwas hat zuschulden kommen lassen. All das müssen wir besonders denen vermitteln, die sich heute fragen, warum sie nach so vielen Jahren noch gedenken sollen, und jenen, deren eigene Familiengeschichte in Deutschland nicht in diese Zeit zurückreicht.

Wir sind das – das ist meine tiefe Überzeugung – auch den Menschen schuldig, die damals stigmatisiert und ermordet wurden: als Juden, Sinti und Roma, politisch Andersden-

kende, wegen ihrer Homosexualität, einer Behinderung, einer psychischen Erkrankung oder aus ganz anderen, willkürlichen Gründen. Wir sind es ihnen schuldig, sie als einzelne Persönlichkeiten mit individuellen Geschichten in die Gegenwart zurückzuholen und sie nicht als Zahl in einer Statistik verschwinden zu lassen.

Deshalb soll sich jede rheinland-pfälzische Schülerin und jeder rheinland-pfälzische Schüler im Laufe des Schuljahres wenigstens einmal unmittelbar mit dem Erinnern beschäftigen: Sie sollen eine Gedenkstätte oder einen anderen Lernort besuchen oder sich mit dem intensiv befassen, was Zeitzeugen, ihre Kinder und Enkel direkt oder aufgezeichnet berichten. Diesen Auftrag werden wir zum neuen Schuljahr in einer Richtlinie festschreiben und zusammen mit den Schulen umsetzen.

Wir werden zweitens auch die Rahmenbedingungen für solche schulischen Vorhaben verbessern. Wir werden die Mittel deutlich erhöhen und neue Unterrichtsmaterialien zur Verfügung stellen. Fahrten fördern wir dabei zu einer breiten Anzahl von Gedenkorten, auch über die KZ-Gedenkstätten hinaus. Die Verbrechen des Nationalsozialismus können so im Unterricht umfassend thematisiert werden. Wir werden außerdem die Unterstützung unserer Gedenkstätten für die Arbeit mit Schulen ausbauen und Osthofen mit einer zusätzlichen Lehrkraft verstärken.

Wir werden drittens zum nächsten Schuljahr eine neue zentrale Servicestelle für schulische Zeitzeugen- und Gedenkarbeit im Pädagogischen Landesinstitut einrichten. Sie steht allen Lehrkräften beratend, vernetzend und mit neuen Unterrichtsmaterialien zur Seite und baut auf die Zeitzeugenkoordinierungsstelle auf. Mit ihr war Rheinland-Pfalz schon vor zehn Jahren einer der Vorreiter unter den Ländern.

Gedenkstättenbesuche und moderne Zeitzeugenpädagogik werden wir, viertens, verpflichtend in der Lehrkräfteausbildung verankern. Schon heute besuchen viele Anwärterinnen und Anwärter im Rahmen der Ausbildung Gedenkorte. In Zukunft werden alle angehenden Lehrkräfte aller Lehrämter während ihrer Ausbildung eine Gedenkstätte wie Hinzert oder Osthofen oder andere vergleichbare außerschulische Lernorte besuchen.

Welche Wirkung von Gedenkorten ausgeht, haben die meisten von uns selbst erlebt. Ich durfte im vergangenen Jahr während meiner Israel-Reise für die Kultusministerkonferenz die Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem besuchen. Es war ein Besuch, der mich tief bewegt hat, weil es diese Gedenkstätte in unvergleichlicher Weise schafft, der fürchterlichen Zahl von 6 Millionen entrechteter und ermordeter Juden individuelle Gesichter und Persönlichkeiten und damit ihre Würde zurückzugeben.

Die Kooperationsvereinbarung, die ich dort für Rheinland-Pfalz unterzeichnet habe, ermöglicht solche Besuche nun auch rheinland-pfälzischen Lehrkräften im Rahmen von Fortbildungen. Im nächsten Monat wird die erste Gruppe nach Israel aufbrechen, und schon jetzt finden Fortbildungen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Yad Vashem in Rheinland-Pfalz statt.

(Beifall der SPD, des FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Fuhr, SPD: Sehr gut!)

Auch die Vereinbarung mit der Bethe-Stiftung, für die wir sehr dankbar sind, die für Schülerinnen und Schüler Gedenkstättenbesuche in Polen, zum Beispiel in das ehemalige deutsche Konzentrationslager Auschwitz fördert, schreiben wir fort. So werden wir die Erinnerung an die Schoah im Bewusstsein auch der künftigen Generationen lebendig halten und nach vorne gewandt Lehren ziehen.

Nicht zuletzt müssen wir uns mit aller Kraft für die Bekämpfung des Antisemitismus in unserer Gesellschaft einsetzen – des alten wie des neuen. Rheinland-Pfalz ist das erste Bundesland, das mit Dieter Burgard einen Antisemitismusbeauftragten eingesetzt hat. Und auch in unseren Schulen müssen unsere Lehrkräfte kompetent einschreiten können, etwa wenn Schülerinnen und Schüler das Wort „Jude“ als Schimpfwort gebrauchen.

Die Fortbildungsangebote zur Prävention von und zum Umgang mit Antisemitismus werden die verschiedenen pädagogischen Fortbildungsinstitute in Rheinland-Pfalz deshalb noch einmal deutlich ausbauen.

Auch mehr Wissen über das Judentum brauchen wir in unserer Gesellschaft. Dafür bietet beispielsweise das Pädagogische Landesinstitut in Kooperation unter anderem mit den SchUM-Städten künftig mehr Fortbildungen an.

Nach 2009 und 2015 wird das Bildungsministerium im Jahr 2020 zudem wieder einen Schüleraustausch mit Israel durchführen, den wir danach alle zwei Jahre anbieten wollen. Daran können Schülerinnen und Schüler aus ganz Rheinland-Pfalz teilnehmen. Es geht ums Brückenbauen und Verstehenlernen auch für die künftigen Generationen. Das ist mir ein persönliches Anliegen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich damit zur zweiten Säule unseres Gesamtkonzepts kommen: einer umfassenden Demokratiebildung, die auf Wissen ebenso wie Werte und Handeln abzielt; denn eine der größten Bedrohungen für unsere Demokratie ist die Gleichgültigkeit. Zu oft wird die Demokratie, werden die Grundrechte heute als etwas Selbstverständliches hingenommen. Wir wissen aber aus unserer eigenen Geschichte, dass das nicht so ist.

Auch die friedliche Revolution vor 30 Jahren und die Überwindung der SED-Diktatur führen uns das in diesem Jahr besonders vor Augen. Gerade von Rheinland-Pfalz sind in der Demokratiegeschichte immer wieder wichtige Impulse ausgegangen, wie etwa das Hambacher Fest.

Unsere Schülerinnen und Schüler sollten wissen, unter welchen Opfern und gegen welche Widerstände in unserem Land immer wieder für Freiheit und Demokratie gekämpft worden ist. Sie sollten wissen, dass wer Nationalismus und Spaltung predigt, wer Vorurteile gegen Minderheiten schürt, gewiss kein Anrecht auf die historischen Symbole von Einigkeit und Recht und Freiheit hat.

(Beifall der SPD, der FDP, des BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, bereits zum Schuljahr 2016/2017 haben wir die Lehrpläne der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer neu erarbeitet und die Demokratiekompetenz in den Mittelpunkt gerückt.

Mit dem Landesdemokratietag des Bündnisses „Demokratie gewinnt“ haben wir zudem ein bundesweit einzigartiges Forum zum Austausch in der Demokratiebildung mit vielen bedeutenden Partnern. Derzeit wird die Einrichtung einer Geschäftsstelle für dieses Bündnis vorbereitet. Dieses Forum werden wir gemeinsam weiter stärken und ausbauen, ebenso wie die Zusammenarbeit mit dem Landtag, der eine ganz wesentliche Rolle bei der Demokratiebildung für unsere Kinder und Jugendlichen spielt. Das großartige neue Besuchsprogramm für Grundschülerinnen und Grundschüler ist nur ein Beispiel dafür.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insgesamt können über den Unterricht hinaus in den kommenden beiden Jahren im Bildungshaushalt jeweils 700.000 Euro für die Demokratiebildung ausgegeben werden, doppelt so viel wie noch vor drei Jahren. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bei den Regierungsfractionen von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedanken.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Haben
wir gern gemacht!)

– Ich finde, dazu kann man sich auch applaudieren.

Zentral ist für mich, das Demokratielernen in der Schule grundsätzlich zu stärken. Dafür werden wir das tun, worüber wir hier schon häufig diskutiert haben: Wir werden die Sozialkunde ab dem Schuljahr 2020/2021 sukzessive um insgesamt zwei Wochenstunden ausbauen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

Der Sozialkundeunterricht soll künftig ein Jahr früher mit einer Stunde einsetzen, in der Regel also in der 8. Klasse, und er soll in der letzten Klassenstufe, also der 9. oder 10. Klasse, künftig mit zwei statt einer Stunde unterrichtet werden.

Entsprechend werden wir auch im Fach Gesellschaftslehre den Anteil der politischen Bildung stärken. Wir werden außerdem sicherstellen, dass auch in der Oberstufe alle Schülerinnen und Schüler das Fach Sozialkunde belegen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit weiten wir die Demokratiebildung in der Schulzeit deutlich aus. Jede Schülerin und jeder Schüler in Rheinland-Pfalz wird dann im Laufe der Sekundarstufe I rund 70 Stunden Sozialkunde zusätzlich haben. Rund 50 Planstellen werden wir dafür zur Verfügung stellen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Das dürfte kein Thema sein, das müsste selbstverständlich sein!)

Zweitens werden wir die bestehenden Lehrpläne in der Sekundarstufe I anpassen und die Lehrpläne aller gesellschaftswissenschaftlichen Fächer in der Oberstufe grundlegend überarbeiten und modernisieren. Auch hier ist mehr Demokratiebildung der Grundsatz.

Die neue Servicestelle für Zeitzeugen- und Gedenkarbeit am Pädagogischen Landesinstitut, von der ich vorhin schon sprach, ergänzen wir um eine Servicestelle für Demokratiebildung. Sie ist der zentrale Ansprechpartner für unsere Lehrkräfte zu allen Fragen rund um Fördermöglichkeiten, Fortbildungen, Beratung, für neue Unterrichtsmaterialien und die Vernetzung mit außerschulischen Partnern, wie etwa der Landeszentrale für politische Bildung.

Weil Demokratiebildung sich nicht allein im Wissen erschöpft, tragen wir in Rheinland-Pfalz dafür Sorge, dass sie von Anfang an immer auch Persönlichkeitsentwicklung ist. Wir werden deshalb in einer weiteren Maßnahme die vielfältigen und erfolgreichen Präventionsprogramme, die es heute schon gibt, beispielsweise zu Extremismus, Gewalt und Antisemitismus, intensivieren.

Diese Programme stärken die allgemeine Demokratiekompetenz und die Persönlichkeit der Schülerinnen und Schüler. Sie helfen ihnen dabei, resilient und selbstbewusst gegen Extremismus und Populismus zu werden.

Meine Damen und Herren, um der Frage vorzugreifen: Diese Programme dienen, wie alles, was ich Ihnen heute vorstelle, nicht nur der Prävention von Rechtsextremismus, sondern jeder Form von Radikalismus, auch religiösem oder linkem Extremismus. Keine Form des Extremismus ist mit unserem Grundgesetz vereinbar.

(Beifall der SPD, FDP, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr richtig!)

Aber gerade an diesem geschichtsträchtigen Tag gilt mein ganz besonderer Dank den Menschen in unserem Land, die sich gegen Rechtsextremismus einsetzen. Allein den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ tragen bei uns heute schon 140 Schulen, über 100 mehr als vor zehn Jahren, und in diesem Jahr kommen noch weitere dazu.

Über diese Entwicklung freue ich mich außerordentlich, und ich danke der Landeszentrale für politische Bildung sehr herzlich, dass sie diese Schulen betreut. Ich bin stolz, selbst Patin einer Schule ohne Rassismus und mit sehr viel Courage zu sein, nämlich des Kant-Gymnasiums in Boppard.

Meine Damen und Herren, wir werden auch die Partizipationsmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern noch einmal deutlich stärken. Demokratie muss in der Schule nicht nur gelernt, sondern auch von Anfang an gelebt werden.

Das geschieht nicht nur in unseren 39 Modellschulen für

Partizipation und Demokratie, sondern überall, zum Beispiel in Klassenräten und Schülerparlamenten und durch die Schülervertreterinnen und -vertreter.

Die Mitbestimmungsrechte der Schülerinnen und Schüler werden wir in einer Schulgesetznovelle, die wir noch in diesem Jahr in den Landtag einbringen werden, ausweiten.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weil bei all dem unsere Lehrerinnen und Lehrer die wichtigsten Botschafterinnen und Botschafter unserer Demokratie sind, ist es selbstverständlich entscheidend, sie durch Aus-, Fort- und Weiterbildung optimal zu unterstützen. Die Studienseminare arbeiten aktuell an einem Maßnahmenpaket für eine verstärkte Demokratiebildung, und das Pädagogische Landesinstitut hat als einen Schwerpunkt des Fortbildungsprogramms auch die Demokratiebildung gewählt.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, diese Maßnahmen sind für mich die bildungspolitischen Antworten auf den wachsenden Extremismus, Populismus und Nationalismus. Aber noch etwas ist für mich von entscheidender Bedeutung: dass wir für unsere Kinder und Jugendlichen konkret bewusst und erfahrbar machen, welchen unschätzbaren Wert Europa darstellt.

(Beifall der SPD, der FDP, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Ich werde deshalb meine KMK-Präsidentschaft im nächsten Jahr unter das Leitthema „Europa“ stellen.

Seit sieben Jahrzehnten leben wir dank der Idee Europa in Frieden, Freiheit und Wohlstand, und Europa hat uns nach dem furchtbaren Zivilisationsbruch wieder in die Weltgemeinschaft aufgenommen. Damit hat Europa schon ganz an seinem Anfang mehr für uns getan, als wir jemals für Europa tun können.

Das europäische Miteinander ist seit jeher eine der Grundfesten der Bundesrepublik und unseres Bundeslandes an der Grenze zu Frankreich, Belgien und Luxemburg. Wir verstehen es als inklusiv, nicht als exklusiv: Man kann Rheinland-Pfälzerin sein und Deutsche und Europäerin – so formuliert es immer unsere Ministerpräsidentin.

(Präsident Hendrik Hering übernimmt den Vorsitz)

Schon heute nehmen Rheinland-Pfalz und unsere Partnerregion Bourgogne-Franche-Comté in der Bildungs Kooperation eine Vorreiterrolle im deutsch-französischen Tandem ein. Auch bei der gemeinsamen Lehrkräfteausbildung mit unserer Partnerregion in Frankreich, beim Programm wie „Lerne die Sprache des Nachbarn“, Projekten der Großregion wie SESAM'GR und vielen mehr steht das europäische Miteinander während der gesamten Bildungskette in Rheinland-Pfalz im Fokus von der Kita bis in den Beruf.

So steigt die Zahl der Schulen in Rheinland-Pfalz, die Begegnungen im Rahmen von Erasmus+ organisieren, seit Jahren an. Rheinland-Pfalz gehört schon heute zu den

Spitzenreitern im Ländervergleich, und das wollen wir fördern und ausbauen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So
machen wir das!)

Deshalb erhöhen wir, erstens, die Mittel für den Schüleraustausch. Unser Ziel ist es, dass es jedem rheinland-pfälzischen Schüler und jeder rheinland-pfälzischen Schülerin mindestens einmal im Schulleben ermöglicht wird, Gleichaltrigen im Ausland zu begegnen oder sie hier kennenzulernen.

Auch die EU stellt Mittel in ihrem Erasmus+-Programm zur Verfügung. Die Antragstellung ist für die Schulen oft aufwendig. Deshalb werden wir sie, zweitens, gemeinsam mit dem Pädagogischen Austauschdienst und dem Bundesinstitut für Berufsbildung bei der Antragstellung ganz gezielt beraten und unterstützen.

Wir werden, drittens, anknüpfend an das deutsch-französische Doppelabitur AbiBac, das AzubiBacPro für die berufsbildenden Schulen einführen.

(Beifall der SPD, der FDP, des BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der
AfD –

Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

Dieses Zertifikat wird sowohl berufsbezogene französische Sprachkenntnisse als auch den interkulturellen Kompetenzerwerb während der beruflichen Ausbildung bestätigen und setzt neue Anreize zur deutsch-französischen Begegnung gerade auch für Auszubildende.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr
gute Idee!)

Viertens werden wir das Netzwerk der Europaschulen von derzeit 55 in unserem Land weiter ausbauen. Fünftens wird es eine neue Koordinierungsstelle „Europa“ im Europahaus Bad Marienberg geben. Sie wird sowohl zentrale Servicestelle für die Netzwerkschulen als auch für alle anderen am Thema „Europa“ interessierten Schulen sein – mit dem Ziel, den Austausch weiter zu intensivieren und stärker zu vernetzen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren Abgeordnete, das ist unser Maßnahmenpaket für die Demokratiebildung in unseren Schulen. Mir ist wichtig, dass alle Kinder und Jugendlichen durch unmittelbares Erleben die Bedeutung unserer Demokratie verstehen – an Gedenkorten oder mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, beim Schüleraustausch, in Schülervertretungen oder Klassenräten. Für das Verstehen brauchen sie ein Fundament an Wissen, das durch eine Ausweitung des Sozialkundeunterrichts gestärkt wird.

Die Lehrerinnen und Lehrer wollen wir bei ihrer wichtigen Aufgabe unterstützen: In der Ausbildung, indem sie künftig alle einen Gedenkort besuchen und erleben; bei ihrer Arbeit durch neues Unterrichtsmaterial und Fortbildungen sowie durch drei zentrale Service- und Anlaufstellen, die

für alle Schwerpunkte unseres Gesamtkonzepts – das Erinnern, die Demokratiebildung und Europa – neu eingerichtet werden.

Alle diese Überlegungen bauen auf den bisher schon erfolgreichen Maßnahmen auf, natürlich auch auf der Demokratiepädagogik in unseren Kitas, die die Erzieherinnen und Erzieher dort ebenfalls mit großem Engagement leben und die ich deshalb nicht unerwähnt lassen möchte.

Hervorragend ist auch die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit zur Demokratiebildung. Auch sie befähigt junge Menschen zu Selbstbestimmung, verantwortlichem Handeln und sozialem Engagement.

Meine Damen und Herren, der heutige Tag mahnt und erinnert uns daran, die Demokratie nicht für selbstverständlich zu halten. Jede Generation muss sich neu darauf vereinbaren, sie neu erlernen, leben und verteidigen. Kaum ein anderer Tag könnte uns deutlicher daran erinnern, dass gerade die Länder es sind, die mit der Bildungshoheit, die ihnen das Grundgesetz aus gutem Grund zuschreibt, hier in besonderer Verantwortung stehen; denn der 30. Januar ist auch der Tag, an dem die Nationalsozialisten ein Jahr nach der Machtübernahme die Landesparlamente abgeschafft und die Gleichschaltung der Länder vollzogen haben.

Wenn heute manche die Vergangenheit relativieren und demokratische Werte untergraben und das europäische Friedensprojekt von Nationalismus bedroht wird, müssen wir dem mit wachsamem Blick und klarem Handeln begegnen. Unsere Antwort darauf muss mehr Demokratiebildung sein, die das bestehende große Engagement unterstützt und wachsen lässt.

Das tun wir mit unserem Gesamtkonzept. Wir tun dies zusammen und mit der breiten Unterstützung vieler Partner in unserem Land und mit der Unterstützung dieses Parlaments, das sich mit seinen eigenen erfolgreichen Projekten und in Kooperation mit den Schulen für die Demokratiebildung stark macht.

Ich möchte deshalb zum Abschluss dem Landtag, dem Landtagspräsidenten und allen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern ganz herzlich danken, die sich in unseren Schulen und außerhalb, ehrenamtlich oder beruflich, aber immer aus tiefer Überzeugung für die Demokratie engagieren. Wegen all dieses Engagements sind wir heute zuversichtlich.

Vielen Dank.

(Anhaltend Beifall der SPD, der FDP und
des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Hendrik Hering:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, es ist uns allen eine besondere Freude und Ehre, dass wir heute die Zeitzeugin unserer Gedenkveranstaltung vom 27. Januar, Frau Henriette Kretz, erneut bei uns begrüßen dürfen.

(Beifall im Hause)

Frau Kretz, Ihre eindrucksvolle und bewegende Rede ist uns allen unvergessen. Sie sind ein sehr eindrucksvoller Beleg dafür gewesen, wie wichtig Zeitzeugen sind. Für Ihre außergewöhnliche Persönlichkeit spricht auch, dass Sie spontan gesagt haben, einer Debatte, in der es um Erinnerungskultur geht, will ich beiwohnen und sie mir anhören.

Ich habe viele, viele Rückmeldungen erhalten mit dem Inhalt, das ist mit die beeindruckendste Rede gewesen, die ich je in meinem Leben gehört habe. – Frau Kretz, dafür noch einmal vielen, vielen Dank.

(Beifall im Hause)

Ich möchte mich auch bei denen bedanken, die uns das ermöglicht haben und Frau Kretz bei ihrer wichtigen Arbeit, die sie äußerst engagiert in Schulen macht, begleiten: den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Maximilian-Kolbe-Werks und insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Bistum Mainz, unter anderem Frau Steiner. Ihnen vielen Dank für die ganz wichtige Arbeit!

(Beifall im Hause)

Wir kommen damit zur Aussprache. Beginnen wird für die CDU-Fraktion deren Vorsitzender Herr Baldauf.

Abg. Christian Baldauf, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zumindest zwei Worte auch zu Ihnen sagen, liebe Frau Kretz. Sie haben vor nicht allzu langer Zeit in diesem Landtag fast eine Stunde lang eine hervorragende Rede gehalten, die uns alle sehr, sehr beeindruckt hat. Mir ist vor allem in Erinnerung geblieben, dass Sie Ihre Rede damit begonnen haben zu sagen, Sie seien kein Opfer.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Kretz, ich kann es nur feststellen, Sie sind ein wahrlich großes Vorbild für alle uns Demokraten. Ich wünsche Ihnen von Herzen Glück, Gesundheit und Gottes Segen für Ihre Arbeit. Ich ziehe den Hut vor Ihnen und vor dem, was Sie leisten.

Vielen, vielen Dank.

(Beifall im Hause)

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Dr. Hubig, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier das erste Mal in seinem neuen Amt im Bundestag redete, erzählte er eine beeindruckende Geschichte: von einer Begegnung mit dem früheren israelischen Präsidenten Schimon Peres. Beide hatten an einer Veranstaltung mit Studenten teilgenommen.

Eine junge Frau sprach anschließend Herrn Peres an und fragte, was denn seiner Meinung nach die Zukunft bringe. Diese sei, so Peres, wie ein Kampf zweier Wölfe: Der eine ist das Böse, ist Gewalt, Furcht und Unterdrückung; der andere ist das Gute, ist Frieden, Hoffnung und Gerechtigkeit. – Die junge Frau wollte nun wissen, wer denn gewinne. Daraufhin lächelte Peres und sagte: Der, den Du fütterst. –

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Geschichte versinnbildlicht, worauf es in einer Demokratie ankommt: Mache etwas aus der Freiheit, die Du hast. Jeder einzelne Bürger hat es selbst in der Hand, die Zukunft zu gestalten. Demokratie steht und fällt mit diesem Engagement.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei FDP
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie ist ein Haus, das nie ganz fertig wird. Sie verändert sich. Sie kann an vielen Stellen unter Druck geraten. Wir erleben das im Moment in einer Zeit der Umbrüche, in einer Kultur, die immer mehr zerrissen, anstrengend und unruhig ist, in der Fakten an Wert verlieren, Extremismus, Hass, Hetze und Antisemitismus zunehmen, rechte, linke, fundamentalistische und antieuropäische Parolen gehört werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit ihrer Regierungserklärung spricht die Bildungsministerin ein Thema an, das wichtige Diskussionen in unserer Gesellschaft aufnimmt, und ich begrüße, wenn wir heute Demokratiebildung, Erinnerungskultur und europäisches Miteinander gemeinsam im Plenum diskutieren.

Viele Menschen suchen nach Orientierung. Hier kann Politik wichtige Weichen stellen. Eine davon ist eine gute und gelingende Bildungspolitik.

Wer weiß, wie man sich in einer Demokratie bewegen und sich einbringen kann, wer die Geschichte, die Traditionen und die Werte des Landes, unserer Heimat versteht, wer gesellschaftliches Handeln in einen europäischen Kontext stellen kann, wird es leichter haben in einer Welt, die sich immer schneller dreht, Halt zu finden.

Deshalb ist es der CDU-Landtagsfraktion ein wichtiges Anliegen, Bildungsprozesse ganzheitlich zu denken und die Gedenkkultur im Unterricht zu stärken, gerade weil wir aus unserer Geschichte lernen müssen, einer Geschichte, die niemals in Vergessenheit geraten darf, vor allem vor dem Hintergrund, dass heute in Teilen unserer Gesellschaft der Antisemitismus, der Hass auf Juden und jüdisches Leben, wieder zunimmt.

Der Kampf gegen Antisemitismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, nicht allein eine staatliche. Intoleranz und Judenfeindlichkeit begegnen uns in vielfältiger Form. Wir dürfen sie nicht zulassen.

(Beifall im Hause)

Innenpolitisch nicht, wenn wir uns wieder parlamentarisch darüber auseinandersetzen müssen, welchen Stellenwert der Holocaust in der deutschen Geschichte hat. Ich erinnere nur an das sogenannte Denkmal der Schande eines Herrn Höcke und die „Vogelschiss“-Aussage eines Herrn Gauland.

Zwischenstaatlich nicht, wenn andere Länder ihre israelfeindliche Politik über Umwege auch bei uns etablieren wollen. Ich erinnere nur an das Beförderungsverbot von Israelis durch arabische Airlines.

Gesellschaftlich nicht, wenn jüdische Bürger wieder Op-

fer von Gewalt auf der Straße werden, sich nicht trauen, die Kippa aufzusetzen, wenn jüdische Schüler gemobbt werden und sich neben dem alten Antisemitismus eine islamistische Judenfeindschaft breitmacht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, niemand, schon gar nicht in Deutschland, sollte im öffentlichen Raum Gewalt fürchten müssen.

(Beifall im Hause)

Wir dürfen nicht zulassen, dass – wie in Frankreich geschehen – jüdische Mitbürger zu Tausenden das Land verlassen. Die CDU-Landtagsfraktion wendet sich gegen jede Form von Antisemitismus. Wir sind zugleich dankbar, dass es nach der nationalsozialistischen Diktatur und dem Holocaust wieder jüdisches Leben und jüdische Kultur in Rheinland-Pfalz gibt.

Wir begreifen den Einsatz gegen jede Form von Antisemitismus als bürgerschaftliche Pflicht, als Aufgabe jedes Einzelnen. Im Februar 2018 brachte meine Fraktion daher den Antrag „Antisemitismus entschlossen bekämpfen“ ein, der im Juni 2018 zu einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weiterentwickelt wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben eine sehr gute Diskussion und einen offenen Austausch über die Fraktionsgrenzen hinweg geführt. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es war wichtig, an dieser Stelle den grundlegenden parlamentarischen Konsens sichtbar zu machen. Deshalb haben wir auch den Antrag der Regierungsfractionen im Rahmen der Haushaltsberatungen zum Thema „Gedenkkultur“ ausdrücklich unterstützt. Genauso begrüßen wir die daraus folgenden Ansätze, die Sie heute vorgestellt haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich zitiere: Der Weg zum Grundgesetz führt durch die Hölle der Konzentrationslager. – Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung.

Wer sich der Vergangenheit erinnern und sie als Mahnung in die Zukunft tragen will, der muss vor allem eines tun: das Geschichtsbewusstsein der jungen Generationen stärken. Vergangenes Jahr wurde im Auftrag der Körber-Stiftung eine Untersuchung durchgeführt, inwieweit Schüler überhaupt etwas mit Auschwitz verbinden. Nur rund 60 % nahmen eine richtige Zuordnung vor. Eine Zahl, die erschreckt, wenn vier von zehn Schülern mit Auschwitz nichts anfangen können, Tendenz steigend.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer Demokratie stärken will, der muss den Geschichtsunterricht, der muss den Sozialkundeunterricht stärken,

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und zwar nicht nur pro forma, sondern in ausreichender Zahl auf dem Stundenplan und mit genug Fachlehrern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist wichtig, die Fächer Geschichte und Sozialkunde auch tatsächlich zu erteilen. Viele werden es nicht wissen, aber in den Gesamtschulen und in vielen Realschulen plus gibt es bereits keine Sozialkunde und auch keine Geschichte mehr. Auf Betreiben der Landesregierung werden diese Fächer schrittweise unter dem Dach der Gesellschaftslehre zusammgeführt. Wenn es schlecht läuft, muss ein Erdkundelehrer historische und sozialkundliche Inhalte vermitteln.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Verwischung von Unterrichtsfächern führt langfristig zu ihrer Auflösung und ist sicherlich kein Beitrag zur Ausbildung von Erinnerungskultur und auch keine sinnvolle Demokratiebildung.

(Beifall der CDU und der AfD)

Frau Ministerin, Geschichtsunterricht muss wieder als Fach erkennbar werden. Motivierter Lehrer sind entscheidend für einen guten Unterricht und damit für den Lernerfolg der Schüler. Auf ihre Methodik, ihr Verhalten und ihre inhaltliche Kompetenz kommt es an.

Je komplexer das Fach, desto wichtiger ist ein pädagogischer, methodischer und didaktischer Zugang, der eigens auf das Fach ausgerichtet ist. Dies können nur Fachlehrer leisten, die in ihrem Studium und in ihrem Vorbereitungsdienst entsprechend ausgebildet wurden.

Die CDU-Landtagsfraktion tritt deshalb entschieden dafür ein, nicht vom Fachlehrerprinzip abzurücken,

(Beifall der CDU und bei der AfD)

weder in der Lehrerbildung noch im konkreten Schulalltag. Viel zu oft werden Gesellschaftslehre, Geschichte und Sozialkunde in Rheinland-Pfalz fachfremd unterrichtet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, manchmal ist Oppositionsarbeit wirklich das Bohren dicker Bretter. 2010 haben wir den Antrag „Sozialkundeunterricht stärken – politisches Interesse fördern“ in den Landtag eingebracht. Das war vor acht Jahren. Darin fordern wir ausdrücklich eine Ausweitung des Sozialkundeunterrichts im Hinblick auf die Jahrgangsstufen sowie im Stundenumfang.

Zuletzt haben wir diese Forderung vergangenes Jahr mit unserem Antrag „Sozialkundeunterricht intensivieren – politische und ökonomische Bildung endlich stärken“ bekräftigt. Ich kann nur sagen: Endlich, Frau Ministerin, nach vielen Jahren, haben auch Sie eingesehen, wie wichtig unsere Impulse sind!

(Beifall der CDU)

Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie setzen die Demokratieerziehung nicht erst in der Schule, sondern bereits in den Kindertagesstätten an, dort, wo ohnehin viel zu schultern ist. Die Diskussionsveranstaltungen der vergangenen Monate zu Ihrer geplanten Kita-Novelle führen das lebhaft vor Augen.

In diese Situation hinein wollen Sie einen weiteren Schwerpunkt legen, die Demokratiebildung. Doch für die rund 2.500 Kindertagesstätten haben Sie für diesen Schwer-

punkt gerade einmal 65.000 Euro veranschlagt. Wissen Sie, was 65.000 Euro auf die 2.500 Kitas und 160.000 Kita-Kinder in Rheinland-Pfalz umgerechnet bedeuten?

Das sind 40 Cent pro Kind im Jahr. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist wieder ein Pilotprojekt, das gut klingt, aber in der Praxis wenig bewirken wird und von den vielen Kernproblemen der Kindertagesstätten ablenkt.

(Beifall der CDU)

Aus einer Studie des Berliner Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen geht hervor, dass Schüler in Rheinland-Pfalz in den Bereichen Zuhören, Rechtschreibung und Lesekompetenz Defizite aufweisen und im Bundesdurchschnitt schlecht abschneiden. Jedes fünfte Kind verlässt die Grundschule ohne ausreichende Lese- und Schreibkenntnisse, was bedeutet: Es versteht nicht, welche Inhalte Sätze und Texte haben.

Damit – das ist mein eindringlicher Appell – dürfen Sie sich, Frau Ministerin Hubig, darf sich die Landesregierung, Frau Ministerpräsidentin, nicht zufriedengeben.

(Beifall der CDU)

„Wer nichts weiß, muss alles glauben“, so Marie von Ebner-Eschenbach. Wer nicht lesen und verstehen kann, der kann sich nur sehr schwer eine begründete Meinung bilden, Argumente hören, sich auch Zeit für einen zweiten und dritten Gedanken nehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Bildung ist der Schlüssel für das Heranwachsen kritischer, mündiger Bürger.

(Beifall des Abg. Michael Frisch, AfD)

Deshalb ist eine solide Bildungspolitik – von der ersten Grundschulklasse an – das Fundament für unsere demokratische Gesellschaft. Doch genau hier versagt die Landesregierung.

„Herrscht an Grundschulen im Land der Notstand?“ titelte heute Morgen die Rhein-Zeitung. Unterbesetzte Sekretariate, fehlender Unterricht, zu wenige und zu überforderte Lehrer, zusammengelegte Gruppen – Realität in vielen Klassenzimmern. Derweil Sie, Frau Ministerin Hubig, Zahlen schönrechnen.

(Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Das ist unverschämt!)

Ich zitiere: „Die 100-prozentige Unterrichtsversorgung ist nur ein Luftschloss der Ministerin“, so der Verband Bildung und Erziehung.

(Beifall der CDU –
Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Ist das jetzt ein Beweis?)

Der Verband Bildung und Erziehung stellt fest – Sie können das sehr gerne richtigstellen, Frau Ministerpräsidentin,

(Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Das kann die Bildungsministerin machen!)

nur ist es einfach Fakt an den Schulen –: Der Unterricht fällt aus.

Das ist ein für Kinder wie Eltern, aber auch für unsere Gesellschaft unhaltbarer Zustand – so meine ich –, wenn es genau dort schiefläuft, wo es um die Grundlagen geht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Europa ist unsere Zukunft und unsere Friedensgarantie. Der Blick zurück zeigt, dass es die europäische Einigung vermocht hat, aus Feindschaft diesseits und jenseits des Rheins eine enge deutsch-französische Freundschaft wachsen zu lassen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD:
Umgekehrt!)

Auf der anderen Seite ermöglicht Europa Freiheiten: Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Freizügigkeit für Personen, Waren, Kapital, sich in benachbarten Ländern problemlos niederzulassen oder Arbeit in Luxemburg, Frankreich, Belgien oder den Niederlanden anzunehmen. Ein Vorteil, den viele Tausende jeden Tag nutzen und vor dem sich viele Engländer im Moment fürchten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Vorteile des gemeinsamen Europas müssen wir für die Bürger sichtbar machen. Hier sollte Schule ansetzen. Es geht nicht nur darum, das europäische Miteinander zu lernen. Es geht darum, dass Kinder und Jugendliche dieses Miteinander spüren und erleben dürfen.

(Beifall der CDU)

Deshalb ist es so wichtig, Gelegenheiten der europäischen Begegnung und damit die Voraussetzung für eine Verständigung im wahrsten Sinne des Wortes zu schaffen.

Da ist es kein gutes Zeichen, dass sowohl in Deutschland als auch in Frankreich die Sprachfähigkeit in der Sprache des Nachbarn tendenziell sinkt.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Oh je, das habe ich auch schon einmal gehört!)

Da ist es kein gutes Signal, wenn die FDP-Fraktion im Land Spanisch als zweite Fremdsprache stärken will, was automatisch nur auf Kosten des Französischen gehen kann.

(Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP: Ach ja!)

Und ich frage: Ist es nicht an der Zeit, die Schulen wieder stärker zu motivieren, den europäischen Austausch zu fördern, damit noch mehr junge Menschen Begegnungen mit Gleichaltrigen aus anderen Ländern erleben?

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Spanien gehört doch auch zu Europa!)

Seit 1993 hat sich hier in Rheinland-Pfalz kaum etwas bewegt. Die Zeiten haben sich zwar erheblich verändert, aber die Verwaltungsvorschrift und die Bezuschussung des Schüleraustausches sind 25 Jahre alt, stammen also noch aus dem letzten Jahrtausend.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Das tun wir alle, die allermeisten von uns stammen aus dem letzten Jahrtausend!)

Wie ambitionslos die Landesregierung in den vergangenen Jahren war, zeigt ein Blick in den Haushalt: 2009 waren für den Schüleraustausch 250.000 Euro veranschlagt. 2019, also zehn Jahre später – mit allen damit verbundenen Kostensteigerungen für einen Schüleraustausch –, sind für denselben Posten nur noch 156.800 Euro eingeplant, trotz Rekordsteuereinnahmen. Eine Kürzung von fast 40 %! Frau Ministerin Hubig, wie erklären Sie diese Zahlen?

Noch etwas ist nicht transparent: Sie verkünden heute endlich, dass Sie die Mittel für Schüleraustausche erhöhen wollen – was wir ausdrücklich begrüßen –, aber warum nennen Sie uns in Ihrer Regierungserklärung keine konkreten Zahlen?

(Beifall der CDU)

Das druckfrische Haushaltsgesetz, das erst vor wenigen Wochen verabschiedet wurde, sieht lediglich eine Fortschreibung der Mittel vor.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Antrag der CDU-Fraktion „Die Zukunft Europas gestalten – Europa im Leben der Menschen erfahrbar machen – Die Sprache des Nachbarn lernen“ steckt seit fast einem geschlagenen Jahr im Ausschuss fest.

(Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Weil Ihr ihn vergessen habt!)

In dem Antrag setzen wir uns dafür ein, die europäische Freundschaft gerade junger Menschen zu unterstützen. Wir fordern, den Aufbau einer grenzüberschreitenden Schule für Rheinland-Pfalz nach dem Vorbild des Schengen-Lyzeums in Perl gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn voranzutreiben.

Baden-Württemberg und das Saarland haben es vorge-macht. Sie haben bereits binationale Schulen in ihren Grenzregionen eingerichtet. Es ist ein starkes Zeichen für Europa, wenn Schüler von beiden Seiten der Grenze gemeinsam in einer Schule lernen. Rheinland-Pfalz ist das bisher nicht gelungen.

(Beifall der CDU)

Frau Ministerin, erklären Sie doch heute, ob Sie ein solches Projekt einer grenzüberschreitenden Schule angehen wollen! Bisher bleiben Sie bei diesem Thema erstaunlich leise. Wenn Ihnen die Stärkung der europäischen Verbundenheit für unsere Schüler wirklich wichtig ist, werte Mitglieder der Landesregierung, dann fordere ich Sie auf, stimmen Sie unserem Antrag zur Stärkung der europäischen Bildung zu!

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Ministerin Hubig, gerade haben Sie gesagt: „Wir müssen verdeutlichen und erfahrbar machen, welchen Wert unsere Demokratie darstellt und welche Errungenschaft sie ist.“ Genau, Frau Ministerin. Deshalb sind Personen, die demokratische Grundsätze in Frage stellen, nicht preiswürdig.

(Beifall und Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD: Genau richtig!)

Ich glaube leidenschaftlich an die Zukunft der europäischen Idee, aber sie manifestiert sich nicht im Abgesang auf die Nationen. Die europäische Integration, die EU als Staatenverbund, ist ein großer Segen für uns,

(Zuruf des Abg. Michael Frisch, AfD)

ein Gewinn, den wir nicht hoch genug halten und wertschätzen können. Wir dürfen diese Errungenschaften gerade in Zeiten, in denen Europa, unser Miteinander, an vielen Stellen und von vielen Seiten unter Druck gerät, nicht gefährden.

Europa – dieses kurze Wort ist eine große Antwort auf vielfältige Fragen der Zukunft. Kein europäischer Nationalstaat kann für sich die großen Schwierigkeiten der Gegenwart und Zukunft allein lösen, die wirtschaftlichen Herausforderungen durch China, Russland, Indien, die USA, Brasilien und viele mehr bestehen. Und kein Land allein kann die enormen ökologischen Probleme, den Klimawandel, bewältigen. All das schaffen wir nur gemeinsam.

(Beifall der CDU)

Dort, wo Nationalstaaten wirkungsvoller und bürgernäher agieren können, muss sich Europa zurücknehmen, um dort umso kraftvoller auftreten zu können, wo nur der Kontinent als Ganzes zu einer vernünftigen Lösung in der Lage ist.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Europa braucht neues Selbstbewusstsein. Lassen Sie uns Leidenschaft aufbringen für unsere Überzeugungen und Grundsätze, die Gewissheit, Teil eines Ganzen, eines Mit-einanders zu sein. Das ist es, was wir jungen Menschen in einer Gesellschaft, die sich fragmentiert und individualisiert, von Anfang an mitgeben müssen, ist, Teil einer Nation zu sein, Teil Europas, mit gemeinsamer Geschichte, gemeinsamen Wurzeln, gemeinsamen Zielen und gemeinsamen Werten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Holocaust bleibt unsere moralische Verpflichtung, Europa unsere Zukunft und die Demokratie der Rahmen unseres Zusammenlebens.

Herzlichen Dank!

(Anhaltend starker Beifall der CDU)

Präsident Hendrik Hering:

Wir dürfen weitere Gäste im Landtag begrüßen: die Blas-kapelle aus Mutterstadt – herzlich willkommen –,

(Beifall im Hause)

und Mitglieder des AfD-Kreisverbandes Donnersberg, herzlich willkommen!

(Beifall der CDU und der AfD)

Für die SPD-Fraktion spricht die Abgeordnete Brück.

Abg. Bettina Brück, SPD:

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Ministerin Dr. Hubig! Es hätte wohl keinen besseren Termin für eine solche Regierungserklärung zum Thema „Demokratie macht Schule“ geben können als heute, drei Tage nach der Gedenksitzung mit den tief berührenden Worten von Henriette Kretz, die uns alle als Zeitzeugin nachhaltig beeindruckte,

(Beifall der SPD und bei FDP und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

heute, am 30. Januar, 86 Jahre nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten und der damit verbundenen Umwandlung der jungen und damals brüchigen parlamentarischen Demokratie der Weimarer Republik in eine Diktatur mit abscheulichem Ausmaß an Rassenwahn, Verfolgung, Ausgrenzung, Entrechtung und Vernichtung.

Es ist ein starkes Zeichen, dass wir heute klar und deutlich formulieren, in unseren Schulen angesichts der spaltenden Tendenzen in Deutschland und Europa die Demokratiebildung weiter stärken zu wollen, die Erinnerungskultur wachzuhalten und Europa noch intensiver erfahrbar machen zu wollen.

Ich möchte meine Ausführungen unter das Zitat des amerikanischen Philosophen und Pädagogen John Dewey stellen: „Demokratie muss in jeder Generation neu geboren werden, und Bildung ist ihre Hebamme.“ Das ist ein schönes Bild und ein treffender Vergleich; denn dieser Satz vergegenwärtigt, dass Demokratie mehr ist als nur eine Regierungsform.

Demokratie ist zugleich eine Gesellschaftsform und eine Frage, wie wir miteinander umgehen wollen, wie wir das Bewusstsein in unserer Gesellschaft bilden. Es zeigt aber auch, dass wir Demokratie nicht als selbstverständlich ansehen dürfen, wir uns jeden Tag neu um ein demokratisches Miteinander bemühen müssen und es dazu Wissen und Haltung bedarf. Damit kann man nicht früh genug beginnen. Wir beginnen in der Kita.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb gehören die drei Themen auch untrennbar miteinander verbunden.

Erstens ist die Erinnerung an das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte als Mahnung wachzuhalten, damit sich die Gräueltaten des Holocausts niemals wiederholen. Geschichtsrevisionistische Aussagen à la Höcke oder Gauland gehören nicht dazu. Da bedarf es klarer Abgrenzung auch von manchem hier aus diesem Hause.

Das zu erkennen, ist die große Aufgabe, die wir als Gesellschaft in unseren Schulen haben und darüber hinaus den Schülerinnen und Schülern beibringen müssen.

Zweitens müssen wir gerade jetzt, wo die Spaltung der Gesellschaft von mancher Seite voranzutreiben versucht wird, Demokratiebildung stärken, um eine Haltung zu verinnerlichen, die sich an Menschenwürde, Menschenrechten und Chancengerechtigkeit orientiert und ein kritisches

Urteilsvermögen dafür fördert, rassistische und menschenverachtende Tendenzen rechtzeitig zu erkennen und ihnen mutig und entschieden entgegenzutreten.

Wie die Hebamme sich um die werdende Mutter und das Kind kümmert, Tipps und Hilfen gibt, geben unsere Schulen ihren anvertrauten Schülerinnen und Schülern Unterstützung für die demokratische Gesellschaft. Und das tun sie sehr engagiert.

Übrigens, Schülerinnen und Schüler anzustiften, Lehrkräfte zu denunzieren, ist keine Maßnahme der Demokratiebildung, ganz im Gegenteil!

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein „Lehrerpranger“, den auch die AfD in Rheinland-Pfalz ins Auge gefasst hat, ist geschichtsvergessen, ist Zeugnis eines befremdlichen Freiheitsbegriff, zutiefst antidemokratisch und zerstört das Vertrauensverhältnis, das zwischen Schülern und Lehrern notwendig ist, damit gute Bildung gelingt.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Aber Hetze
gegen die AfD in den Schulen ist okay!)

Deshalb werden wir auch alles tun, damit organisierte Denunziation weder an Schulen noch sonst wo in unserem Land eine Chance bekommt.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drittens müssen wir den europäischen Gedanken vertiefen und Europa im praktischen Leben erfahrbar machen, um den Wert friedlicher Konfliktlösungen, Gemeinschaft über Nationen hinweg, Frieden und Freiheit zu erlernen. Dafür benötigen wir entsprechend nachhaltige Bildungsangebote zur Teilhabe an unserer demokratischen Gesellschaft. Die Lage unseres Landes in der Grenzregion zu unseren europäischen Nachbarn bietet dazu eine hervorragende Ausgangsposition.

Wir fangen bei diesen drei Punkten nicht bei null an. Schon seit vielen Jahren gibt es an unseren Schulen sehr gute Angebote der demokratischen Bildung. Engagierte Lehrerinnen und Lehrer nehmen eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe wahr, unsere Kinder zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern zu erziehen, die weit über das reine Vermitteln von Wissen hinausgeht. Demokratie ist dabei immer auch eine Grundhaltung, die in der gesamten Schulgemeinschaft gelebt werden muss und nicht nur ausschließlich in einzelnen Unterrichtsfächern vermittelt wird.

Wer zum Beispiel einmal den Demokratietag besucht hat, der erlebt, wie Schülerinnen und Schüler für Demokratie glühen, der kann vielfältige Programme, Modelle und Ideen selbstbewusster junger Menschen erleben, die ansteckend wirken. Diese Vernetzung ist gut und stärkt die handelnden Akteure.

Im nächsten Schritt müssen wir aus meiner Sicht auch diejenigen Schulen von den Best Practice-Beispielen profitieren lassen, die sich erst auf den Weg machen. Der Auftrag an unsere Schulen, dass jede Schülerin und jeder

Schüler mindestens einmal während der Schulzeit eine der Gedenkstätten oder Gedenkorte besucht oder mit Zeitzeugen gesprochen haben soll, ist für uns besonders wichtig und richtig. Deshalb begrüßen wir es, dass über eine neue Richtlinie die heute schon bestehenden Möglichkeiten für schulische Projekte vergrößert werden.

Viele von uns haben es schon selbst im Parlament mehrfach erlebt. Wenn Zeitzeugen von ihren schrecklichen Erlebnissen erzählen, prägt sich das ins Gedächtnis. Das ist etwas anderes, als es im Geschichtsbuch nachzulesen.

Der Einsatz für unsere Demokratie beginnt bei der Erinnerungskultur, also dem Umgang der Gesellschaft, aber auch jedes Einzelnen mit seiner Vergangenheit und seiner Geschichte.

Angesichts des Holocaust-Gedenktags am vergangenen Sonntag hat uns Frau Henriette Kretz mit ihrem ergreifenden Zeitzeugenbericht noch einmal sehr verdeutlicht, dass wir auch in der heutigen Zeit wachsam sein müssen, Unrecht erkennen und nicht verharmlosen, nicht wegschauen oder schweigen dürfen und handeln müssen. Unsere Demokratie muss wehrhaft sein.

Deshalb begrüßen wir Sozialdemokraten, dass die Landesregierung die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus noch stärker in der Demokratiebildung verankern möchte. Hinzert, Dachau, Lidice, drei Orte als Beispiel für etliche Orte, die mir persönlich tief im Gedächtnis sind. Dachau besuchte ich als junge Frau, Lidice im letzten Jahr mit dem Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur. Hinzert liegt nicht weit von meinem Heimatort entfernt. Es ist im Verhältnis zu anderen Gedenkorten nur eine relativ kleine Gedenkstätte, bei der ich aber bei jedem Besuch immer wieder von Neuem von der Unmenschlichkeit des Naziregimes berührt bin.

Fassungslos gemacht hat mich bei meinen bisherigen Besuchen in KZ-Gedenkstätten wie Dachau, Lidice und Hinzert, mit welcher Akribie diese Vernichtungsmaschinerie funktioniert hat. Die Frage, wie es sein kann, dass die Nazis in Lidice ein ganzes Dorf systematisch ausgelöscht haben, in Dachau zu stehen und nicht glauben zu können, dass Menschen zu solch einem millionenfachen Mord fähig sind, all das bringt mich immer wieder zu der Frage: Warum hat es so wenige gegeben, die Widerstand geleistet haben?

Es bestürzt mich, dass immer noch nicht alle Menschen aus meiner Region in Hinzert gewesen sind, um sich mit unserer Vergangenheit auseinanderzusetzen.

Wer einmal in KZ-Gedenkstätten wie Osthofen oder Hinzert war, der wird den unvorstellbaren Zivilisationsbruch nie wieder vergessen. Deshalb müssen wir auch heute noch dafür sorgen, dass sich die junge Generation mit unserer deutschen Geschichte auseinandersetzt, damit sie sich nie wieder wiederholt.

(Beifall der SPD, der CDU, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang finden wir die Möglichkeit des Schüleraustauschs mit Israel und die Fortbildungsmög-

lichkeiten für Lehrerinnen und Lehrer im Rahmen einer Studienreise nach Israel, die Shoah und deren Auswirkungen bis heute zu thematisieren, für extrem sinnvoll.

Auch innerhalb von Rheinland-Pfalz wird in diesem Bereich viel getan. Dass die pädagogische Gedenkarbeit in den Schulen auch personell mit einer Servicestelle im Pädagogischen Landesinstitut unterstützt wird, stärkt unsere Lehrkräfte ebenso wie die verpflichtende Aufnahme des Themas in die Lehramtsausbildung aller Lehrämter.

Folgerichtig ist es, sich auch in den Schulen gegen jegliche Form von Antisemitismus zu stellen und den Lehrkräften Fortbildungsmöglichkeiten anzubieten. Mit Dieter Burgard haben wir in Rheinland-Pfalz den bundesweit ersten Antisemitismusbeauftragten, der auch in Schulen mit dem Thema der Präventionsarbeit unterwegs ist.

Um unseren Schülerinnen und Schülern noch mehr Informationen über das Judentum und jüdisches Leben zu vermitteln, können wir auch mit den vielen ehrenamtlichen Organisationen zusammenarbeiten. In Laufersweiler im Hunsrück gibt es zum Beispiel eine ehemalige Synagoge, in der der Förderverein gezielt Programme für Schulklassen, Gruppen, aber auch für neu zugewanderte Menschen anbietet, um Antisemitismus vorzubeugen.

Dort ist außerdem das Forst-Mayer Studien- und Begegnungszentrum für das Landjudentum angesiedelt, in dem wir vieles lernen können.

Wir müssen die vielfältigen Angebote der pädagogischen Gedenkarbeit allen Schulen zugänglich machen, um unsere Schülerinnen und Schüler zu befähigen, Verantwortung für eine menschliche und demokratische Zukunft zu übernehmen und gegen nationalistische und rassistische Aussagen gewappnet zu sein.

Wir als Parlamentarier sollten auch weiterhin als gute Vorbilder vorneweg gehen. Ich rege zum Beispiel an, dass wir bald eine Sitzung des Bildungsausschusses in einer unserer KZ-Gedenkstätten in Osthofen oder Hinzert abhalten, um vor Ort zu erfahren, welche Bildungsangebote dort am besten angenommen werden.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu Beginn habe ich auf die vielen Aktivitäten in der Demokratiebildung hingewiesen, die viele Schulen schon machen. Weil wir das für wichtig halten, haben wir Koalitionsfraktionen den Haushaltsansatz für diese Projekte im vorigen und im laufenden Doppelhaushalt massiv auf jetzt 700.000 Euro pro Jahr erhöht. Zu guten und wirkungsvollen Projekten gehören auch die Schulklassenprogramme hier im Landtag. Wie wegweisend es ist, diese auch für die Grundschulen anzubieten, hat der Evaluationsbericht dazu gezeigt. Landtagspräsident Hendrik Hering hat damit eine wichtige Lücke geschlossen. Wir bekennen uns dazu, dies weiter auszubauen.

Unser Schülerlandtag ist beispielgebend für Partizipation. Die Schülerinnen und Schüler geben uns wertvolle Hinweise, was ihnen politisch wichtig ist. Wir können gegenseitig voneinander lernen.

Wir haben im Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass wir Demokratiebildung noch weiter stärken wollen. Die Diskussion, den Sozialkundeunterricht auszubauen, führen wir schon seit vielen Jahren, auch schon länger als seit 2010, und zwar nicht nur hier im Hause. Vielmehr zeugen etliche Schülerlandtagsanträge und Diskussionen mit der Landes- schülervertretung und Jugendverbänden davon.

Die Frage, was man denn anstelle von Sozialkunde streichen sollte, ist nicht einfach zu beantworten. Ministerin Hubig hat deshalb heute mit ihren Vorschlägen, den Sozialkundeunterricht um zwei Wochenstunden auszubauen, einen bedeutsamen Akzent gesetzt, den entscheidenden in dieser Frage. Wir wollen alle jungen Menschen für mehr Politik und politische Zusammenhänge begeistern.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Die muss man ja alle zum Jagen tragen! Sie kommen ja nicht selbst drauf!)

Mit dem neuen Konzept bieten sich nun viele Möglichkeiten. Wichtig ist auch, dass in der Oberstufe alle Schülerinnen und Schüler Sozialkunde haben müssen. Bisher war das je nach Fächerkombination nicht der Fall. Ich habe gerade erst vor zwei Wochen mit Schülerinnen und Schülern eines Gymnasiums diskutiert, die die alte Regelung vollkommen zu Recht kritisiert haben.

Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass im Rahmen der pädagogischen Freiräume und des Einsatzes der Profilstunden noch viel mehr möglich ist. Ich kenne zum Beispiel eine Realschule plus, die über diesen Weg bereits jetzt durchgängig Sozialkunde von Klasse 5 bis Klasse 10 anbietet. Der Sozialkundeunterricht und die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer sind wichtig, weil man hier Raum hat, gesellschaftliche Prinzipien und Fragen zu diskutieren, zum Beispiel Kinderarmut oder Sicherheit und Frieden.

Oder man kann bei einer Teilnahme an einer Gemeinderatssitzung oder an einer Plenarsitzung hier im Landtag lernen, wie politische Kompromisse entstehen, beim Thema „Wahlrecht“ mit Kumulieren und Panaschieren demokratische Mitwirkungs- und Entscheidungsrechte lernen oder die politischen Beteiligungsmöglichkeiten im Internet untersuchen, samt der Frage, was denn Meinungsbildung und was Manipulation ist, um nur einige Beispiele zu nennen.

Unsere Schulen sind längst Orte der politischen Bildung, in denen Demokratie gelebt und erfahrbar gemacht wird. Wenn junge Menschen an diesen Freitagen für Klimaschutz, gegen Plastikmüll und Kohleverstromung auf die Straße gehen, dann ist das zunächst einmal ermutigend. Es zeigt, dass sie sich politisch und demokratisch engagieren und die Welt zum Positiven gestalten wollen. Das werden wir als SPD aufnehmen.

Ein grundlegendes Verständnis demokratischer Prozesse und die Möglichkeit, selbst teilzuhaben, sind der wirksamste Schutz gegen Politikverdrossenheit und Extremismus. Wir dürfen dabei aber auch nicht außer Acht lassen, dass schon ganz viel an unseren Schulen geschieht.

Wie Frau Ministerin und viele andere in diesem Hause auch, habe ich die große Ehre, an zwei Schulen in meinem Landkreis Patin für „Schule gegen Rassismus – Schule mit

Courage“ zu sein, an einer der beiden gemeinsam mit den Kolleginnen Elfriede Meurer und Jutta Blatzheim-Roegler. Es ist großartig, was die Schülerinnen und Schüler dort an Aktionen zur gegenseitigen Achtung, Vielfalt und Toleranz auf die Beine stellen. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir im Doppelhaushalt der Landeszentrale für politische Bildung eine Erhöhung für mehr Personal zur Betreuung der Schulen in diesem Netzwerk gegeben haben.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ziel muss es sein, dass alle weiterführenden Schulen unabhängig von der Schulart in diesem Programm mitmachen und Schulen gegen Rassismus und mit viel Courage werden. Was sich in der Schulzeit ins Unterbewusstsein einprägt, prägt die Haltung für das ganze Leben.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Genau darum geht es! – Zuruf des Abg. Matthias Joa, AfD)

Mit der Ausweitung der Stundentafel und der aktiven Unterstützung der Lehrkräfte durch das Pädagogische Landesinstitut wird noch mehr an Inhalten möglich sein. Gleichzeitig bieten wir dadurch 50 zusätzliche Planstellen für Sozialkunde an, ein nicht unwesentlicher Faktor für unsere Lehrkräftesituation.

Hinzu kommt, dass wir die Änderung des Schulgesetzes vereinbart haben, um Schülerrechte noch deutlicher zu stärken, Klassenräte, Schülerparlamente und Schülervertretungen in allen Schulen zu etablieren. Die theoretische Wissensvermittlung wird so mit praktischem Erfahren erlebbar.

Für uns Sozialdemokraten geht Demokratiebildung und demokratisches Handeln auch schon in der Jugendzeit über die Schule hinaus; denn Demokratie muss in jeder Generation neu geboren werden. Wir stehen ausdrücklich für das Wahlalter mit 16, weil wir Partizipation und die Bedürfnisse der Jugendlichen ernst nehmen. Wir wollen junge Menschen für Politik begeistern und frühzeitig in Entscheidungsprozesse einbinden, um so Demokratie wirklich zu leben.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir fördern über die Erhöhung der Stundenzahl für Sozialkunde hinaus eine aktive Demokratiearbeit auf allen Ebenen, angefangen mit der Kita, über die Grundschule, bis zum Schulabschluss. Auch im außerschulischen Bereich, bei den Jugendverbänden und über entsprechende Programme in den kommunalen Gebietskörperschaften wie zum Beispiel der Spielleitplanung, können sich Jugendliche engagieren und aktiv einbringen.

Wir werden hier im Parlament weiter darum werben, die Zweidrittelmehrheit für die notwendige Verfassungsänderung zum Wahlalter zu bekommen.

Liebe CDU, geben Sie sich einen Ruck! Die jungen Leute denken da schon viel progressiver. Trauen Sie ihnen etwas zu! Seien auch Sie Hebamme für das Wahlalter 16 in

Rheinland-Pfalz!

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Michael Frisch, AfD: Brauchen Sie
neue Wähler?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir über Demokratie sprechen, ist das auch immer untrennbar mit dem europäischen Gedanken verbunden. Seit über 70 Jahren sichert uns Europa Frieden und Freiheit. Verbinden wir die beiden Enden Gedenk- und Erinnerungsarbeit und Demokratiebildung in einem praktisch erfahrbaren, politisch überregionalen Umfeld. Es waren unsere europäischen Nachbarn, die uns nach dem katastrophalen Zivilisationsbruch des Zweiten Weltkriegs wieder als gleichberechtigt in die Staatengemeinschaft aufgenommen haben.

Mit dem weiteren Engagement in europäischer Bildung an unseren Schulen wird das Gesamtkonzept der Landesregierung rund. Demokratie in Deutschland, Demokratie in Rheinland-Pfalz sind ohne Europa nicht denkbar. In Zeiten besonderer Herausforderungen, neu aufkommender nationalistischer Tendenzen kommt dem Erlebarmachen grenzüberschreitender Zusammenarbeit und dem Zusammenhalt über Landesgrenzen hinweg besondere Bedeutung zu. Europa muss im praktischen Leben der Menschen ankommen.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass die gemeinsamen Bemühungen in der grenzüberschreitenden Bildung im sprachlichen, interkulturellen wie auch beruflichen Bereich gestärkt und ausgebaut werden sollen. Auch hier müssen Demokratie und Toleranz immer wieder neu gelernt werden.

Ich kann mich noch an die Grenzkontrollen zu Luxemburg und Frankreich erinnern, wenn wir früher sonntags einen Familienausflug gemacht haben oder zum Schüleraustausch gefahren sind. Es ist nicht selbstverständlich, dass wir ohne Grenzkontrollen reisen oder ohne Visum eine Arbeit in einem unserer Nachbarstaaten annehmen können. Als Mitglied im Interregionalen Parlamentarierrat treiben wir seit Jahren auch die grenzüberschreitende Berufsausbildung in der Großregion voran. Das bringt Vorteile für jede Region: für die, die händeringend Fachkräfte suchen, genauso wie für die, die von hoher Jugendarbeitslosigkeit betroffen sind.

Grundvoraussetzung für jedes Miteinander ist, dass man sich versteht. Deshalb ist es gut – gerade bei Französisch als der Sprache des Nachbarn –, von der Kita bis zur Berufsausbildung die sprachliche Bildung zu vertiefen, mehr zu machen, europäische Austauschprojekte wie Erasmus+ oder SESAM'GR, Schüleraustausche und Begegnungsprogramme auszubauen, die Förderung zu verbessern und zu vereinfachen.

Gerade in unserer Region helfen französische Sprachkenntnisse für die weitere berufliche Bildung sehr. Es ist daher zu begrüßen, dass es das AbiBac, also die Möglichkeit, deutsches und französisches Abitur gleichzeitig zu erwerben, auch für berufsbildende Schulen als AzubiBac geben soll und die Europaschulen ausgeweitet und mit einer Koordinierungsstelle unterstützt werden sollen.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Gegenseitiges Verständnis funktioniert nur, wenn wir unsere gegenseitigen Kulturen kennen. Das geht nur im Austausch miteinander.

Jedes Parlament in Europa sollte seinen Beitrag dazu leisten, den europäischen Gedanken weiterzutragen, und Basis guter Verständigung sein. Es liegt an uns, unseren Kindern, Schülerinnen und Schülern und allen Bürgerinnen und Bürgern glaubhaft deutlich zu machen, dass Europa ein Kontinent der Chancen und der Zukunft ist. Das fängt mit dem Erlernen und Erleben demokratischer und solidarischer Strukturen in der Schule an.

„Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Tyrannei auf.“ So steht es auf einem Transparent in der Landtagsverwaltung. Ein starkes und treffendes Bild. Ministerin Hubig hat mit dieser Regierungserklärung sehr klar herausgehoben, dass Rheinland-Pfalz sich der besonderen Herausforderung der Demokratiebildung in hervorragender Weise stellt, von der Kita bis zu den berufsbildenden Schulen, im Gesamtkontext politischer Bildung mit vielen Partnern in allen Bereichen der Gesellschaft, den Anforderungen der heutigen Zeit über Grenzen hinweg angemessen.

Wir sind davon überzeugt, dass wir unsere Demokratiebildung immer weiterentwickeln müssen, um Antworten auf die Fragen der Zeit zu geben. In diesem Sinne soll gute und beitragsfreie Bildung immer Hebamme demokratischer Strukturen sein.

Ich sage für die SPD-Fraktion allen an Demokratiebildung Beteiligten, den Lehrkräften, den Erzieherinnen und Erziehern und außerschulischen Partnern: Vielen Dank für Ihr unermüdliches Engagement bei der Vermittlung unserer Demokratie.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sehr gut!)

Präsident Hendrik Hering:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, passend zum Thema begrüße ich als Gäste im Landtag den Freundschaftskreis Bingen Bingerbrück – Venarey-les-Laumes, der erst kürzlich sein 50-jähriges Jubiläum der Städtepartnerschaft gefeiert hat. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die AfD-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Paul.

Abg. Joachim Paul, AfD:

Sehr verehrtes Präsidium, sehr verehrte Kollegen! Ich werde zur Demokratiebildung sprechen und mein Kollege Martin Schmidt zur Erinnerungskultur und Europa.

Demokratiebildung, was ist das, was sollte es sein? Neh-

men wir die Begriffe „Bildung“ und „Demokratie“ genauer in den Blick.

Zur Bildung: Fast allen Bildungstheorien ist zu entnehmen, das reflektierte Verhältnis zu sich, zu anderen und zur Welt sei ihr wesentliches Merkmal. Elementarkompetenzen der Bildung sind Wissen, Denken und Kommunizieren. Unter Denken versteht man unterschiedliche Strategien des Erkenntnisgewinns wie Lösen von Problemen, Beschreiben, Erklären und Interpretieren. Solides Wissen ist ein Fundament, auf dem der gebildete Mensch seine Gedanken reflektieren, zum Beispiel in Beziehung mit der Vergangenheit setzen kann.

Wie ist es an unseren Schulen um das Wissen bestellt? Aufschluss darüber gibt der „Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung“, ein Ergebnis insbesondere eines Projekts der Kultusministerkonferenz und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Es sollen schon in der Grundschule – ich zitiere – „grundlegende Kompetenzen für eine zukunftsfähige Gestaltung des privaten und beruflichen Lebens, für die Mitwirkung in der Gesellschaft und die Mitverantwortung im globalen Rahmen“ erworben werden.

Grundschüler, die – wie wir wissen – in viel zu hohem Maß Probleme mit dem Lesen, dem Schreiben und dem Rechnen haben, sollen demnach ohne ausreichende Vorkenntnisse den Klimawandel oder alternative Möglichkeiten der Energiegewinnung behandeln. Jetzt kommt das Entscheidende: Es geht in diesem Lernbereich Globale Entwicklung, so wird freimütig eingeräumt, „weniger um Wissensvermittlung als um handlungsorientierte Lernprozesse in Projekten, Rollenspielen und Begegnungen“.

Gerade weil das reichlich unbestimmt, ja diffus klingt, liegt für uns ein Anfangsverdacht vor. Ist Wissen nachrangig? Geht es in erster Linie um Haltung, vielleicht sogar um die angeblich „richtige“ Haltung?

Wir hören von Schulen im Land, UNESCO-Schulen, die viel für den internationalen Austausch leisten. Das begrüßen wir. Irritierend ist aber oftmals das mitgelieferte Material voller Verlautbarungen, voller Losungen. Die Schule solle Ungleichheit bekämpfen. UNESCO, das sei eine Haltung, steht mahnend am Schwarzen Brett.

Dass Haltung im Begriff ist, Wissen den Rang abzulaufen, führt uns jüngst das „Schulschwänzen für das Klima“ vor Augen, das von Ihren Parteigenossen geradezu bejubelt wird, Frau Ministerin. Wo für den guten Zweck geschwänzt wird, ist Kevin Kühnert nicht weit. Warum sich mühsam durch den Nachmittagsunterricht oder Fachliteratur quälen oder sich in Hausarbeiten mühselig mit einem Thema auseinandersetzen? Haltung zeigen, das ist doch das Gebot der Stunde.

(Beifall der AfD –
Abg. Michael Frisch, AfD: So ist es!)

Zudem springen noch einige gute Bilder für das Medium Instagram heraus. Runde Sache, das denkt sich so mancher Kevin.

An dieser Stelle darf ich auch an den von der Landesre-

gierung so bejubelten Sternmarsch Neuwieder Schulen erinnern: Mobilisierung für die Buntheit und – seien Sie doch ehrlich – für ein linkes Weltbild; und das auf Kosten des Regelunterrichts. Losungen, Verlautbarungen gab es an diesem Tag viele, Debatten keine einzige.

Ich verhehle nicht, dass mir als Schüler die Entscheidung zwischen einem Marsch für das eine oder andere oder dem Lateinunterricht leichtgefallen wäre.

Wir haben übrigens zum „Schulschwänzen für das Klima“ einen Antrag in den Bildungsausschuss eingebracht. Wir sind gespannt, ob sich die Landesregierung die Bewertung der bayerischen SPD-Fraktion zu eigen macht. Der Landtagspräsident hat sich ja schon positiv geäußert.

(Beifall der Abg. Helga Lerch, FDP)

Ein weiteres interessantes Beispiel: „Kinder im Landtag: Nachhaltige Lernerlebnisse von Grundschulkindern?“, so lautet der Abschlussbericht zur Evaluation der neuen Besuchsprogramme des Landtags Rheinland-Pfalz für die Grundschulen, der am letzten Donnerstag im Familienausschuss besprochen wurde. Auf Seite 3 dieses Abschlussberichts ist zu lesen: „Vor diesem Hintergrund möchte der Landtag Rheinland-Pfalz seine Angebote für Grundschulkindern, die bislang nur in Form von Pilotprojekten durchgeführt werden, weiterentwickeln.“

Das kann man machen. Aber merkwürdig finden wir es schon, dass an den Grundschulen demokratische Bildung und Sozialkunde, obwohl es dort ein solches Fach überhaupt nicht gibt, gestärkt werden soll, während man an IGS und Realschule plus an der Gesellschaftslehre festhält und ein eigenes Fach Sozialkunde bis zur 10. Klasse weiter ablehnt. Wir wollen den umgekehrten Weg gehen. Wir wollen die Grundschulen nicht überfrachten. Wir wollen volle Konzentration auf Lesen, auf Rechnen, auf Schreiben, und zwar mit schöner lesbarer Handschrift. Wir halten das für einen Wert an sich.

(Beifall der AfD)

Wer das gut beherrscht und dazu über eine bemerkenswerte Sprachweite verfügt, kann auch später vernünftig mit einem Tablet umgehen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Wie Herr Bollinger!)

Wir setzen uns an den weiterführenden Schulen hingegen für einen guten Sozialkundeunterricht ein, der von einem studierten Fachlehrer erteilt wird.

Deshalb haben wir im Sommer 2017 im Plenum den Antrag „Gesellschaftslehre durch Sozialkunde, Erdkunde und Geschichte ersetzen“ eingebracht. Darin fordern wir, das Fach Gesellschaftslehre zum schnellstmöglichen Zeitpunkt an den rheinland-pfälzischen Gesamtschulen und Realschulen plus durch die Fächer Sozialkunde, Erdkunde und Geschichte zu ersetzen und das Fach Sozialkunde an den rheinland-pfälzischen Gesamtschulen und Realschulen plus in der 9. Klasse zweistündig einzuführen und in der 10. Klasse ebenfalls zweistündig zu unterrichten.

(Beifall der AfD)

Das wurde abgelehnt, obwohl Folgendes festzustellen ist: Wählt man an einer Gesamtschule nach der 10. Klasse Erdkunde als Leistungskurs, so wird man in der gesamten Schulzeit keine einzige Stunde im Fach Sozialkunde gehabt haben. Für die AfD-Fraktion steht fest: Für den Erwerb solider Grundkenntnisse über unsere parlamentarische Demokratie ist ein differenzierter Unterricht der Fächer Sozialkunde, Erdkunde und Geschichte am besten geeignet. Davon rücken wir auch nicht ab.

(Beifall der AfD)

In einem Antrag der Ampel-Parteien wird stattdessen stolz verkündet, dass man die Maßnahmen der Demokratiebildung in Schulen stärkt und dafür den entsprechenden Haushaltsansatz schon im Jahr 2017 auf 600.000 Euro pro Jahr erhöht hat. Das ist nicht effektiv. Es ist vielmehr eine Verschwendung von Steuergeldern.

(Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer,
SPD)

Wir brauchen keine Haushaltsposten „Demokratiebildung in Schulen“. Wir brauchen guten Unterricht. Sozialkunde als eigenständiges Fach, das ist der Schlüssel.

(Beifall der AfD –
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Sehr gut!)

Sehr geehrte Frau Ministerin Hubig, Sie haben viel von der Stärkung des Sozialkundeunterrichts gesprochen. Das begrüßen wir ausdrücklich. Ich habe aber vergeblich auf die Ankündigung gewartet, das Fach Gesellschaftslehre durch differenzierten Unterricht in Sozialkunde, Erdkunde und Geschichte zu ersetzen. Ich frage Sie daher: Sehen Sie hierin keinen Widerspruch? Auf der einen Seite Demokratieerziehung und Menschenrechtsbildung in der Kita, Landtagsprojekte in der Grundschule. Auf der anderen Seite an IGS und Realschule plus bis zur 10. Klasse kein eigenständiges Fach Sozialkunde. Oder steht für Sie das eigenständige Fach Sozialkunde der Vermittlung einer Haltung im Weg?

(Vizepräsidentin Astrid Schmitt übernimmt
den Vorsitz)

Zum zweiten Begriff „Demokratie“: Darunter sollten wir insbesondere Folgendes verstehen: einen freien Wettbewerb der Meinungen und der politischen Kräfte, unabhängige Medien, die kritisch die Arbeit der Regierenden begleiten und nicht genehm sind, Pressefreiheit, Gewaltenteilung. Kurz gesagt: Demokratie ist ein Regelwerk. Wer sich an die Regeln hält, wer die Regeln akzeptiert, der ist Demokrat. Dieses Wissen muss im Sozialkundeunterricht gelehrt und transportiert werden.

(Beifall der AfD)

Bei der sogenannten Demokratiebildung – gelegentlich wird auch der Begriff „Demokratieerziehung“ verwendet – darf es aber nicht darum gehen, Meinungen und Positionen ohne Debatte in gute und schlechte zu sortieren. Hier muss es um die Erklärung der Spielregeln gehen, nicht um das Eintrichtern bestimmter Haltungen.

(Beifall der AfD)

Wir stellen fest: Netzwerke wie „Demokratie leben!“, „Demokratie und Courage“ oder „Schule ohne Rassismus“ ergreifen zu oft einseitig Position für bestimmte politische Überzeugungen

(Abg. Alexander Schweitzer und Michael
Hüttner, SPD: Gegen Rassismus!)

und grenzen andere aus. Hinter schön klingenden Formulierungen verbirgt sich in der Realität oft eine knallharte parteipolitische Agenda.

(Beifall der AfD –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ja, ja!
Antirassismus ist das! Was ist denn Ihr
Vorschlag?)

Weltoffenheit, Vielfalt, Toleranz, Kampf gegen Ungleichheit sind häufig genug nur Chiffren für links-grüne Ideologie.

(Beifall bei der AfD –
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Sie sind
ganz rot im Gesicht! Das passt gar nicht zu
Ihnen!)

Ich stelle für meine Fraktion fest: Man ist kein schlechterer Demokrat, wenn man die seit 2015 anhaltende Politik der offenen Grenzen und der Massenzuwanderung kritisiert und beendet sehen möchte.

(Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer,
SPD –
Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Man ist kein schlechterer Demokrat, wenn man den radikalen politischen Islam als Bedrohung unserer Gesellschaft betrachtet und eindämmen will.

Man ist kein schlechterer Demokrat, wenn man davon ausgeht, dass es zwei angeborene natürliche Geschlechter gibt und die Genderideologie ablehnt.

Man ist kein schlechterer Demokrat, wenn man nicht die EU für Europa hält und keinen Brüsseler Zentralstaat wie Herr Menasse will.

(Beifall der AfD –
Zuruf des Abg. Alexander Schweitzer, SPD)

– Herr Schweitzer, ich habe Rederecht. Das ist so in der Demokratie.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: So ist
es! Das Rederecht wendet sich gerade
gegen Sie! Jeder hört Ihnen zu! –
Zuruf des Abg. Michael Hüttner, SPD)

In diesem Zusammenhang ist die Kindergartenbroschüre „Ene, mene, muh – und raus bist du!“ der Amadeu Antonio Stiftung entlarvend. Dass diese berüchtigte Stiftung mit einer gelernten Stasispitzelin an der Spitze linkes Propagandamaterial produziert, ist nicht weiter überraschend, erschreckend ist allerdings die Förderung durch das Bundesfamilienministerium und die Antwort der Landesregierung auf unsere Anfrage. Ich zitiere: „Die vorliegende Broschüre (...) sensibilisiert für die Wahrnehmung gruppenbezogener

Menschenfeindlichkeit und eignet sich für die Information und den Diskurs pädagogischer Fachkräfte aus Kindertagesstätten.“

Dass diese Broschüre des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert wird, kann man nur als Tiefpunkt bezeichnen. In dieser Kitabroschüre, vom Bundesfamilienministerium gefördert und von der Landesregierung mit einem Persilschein ausgestattet, wird nicht nur unverhohlene Stimmung gegen die stärkste Oppositionspartei gemacht, nein, mehr noch, Mädchen, die Zöpfe tragen, Jungen, die auf ihren Körper achten, sind verdächtig, ihre Eltern könnten ja völkischem Gedankengut anhängen, so die Stiftung.

(Abg. Uwe Junge, AfD: Hört, hört!
Wahnsinn, Wahnsinn!)

Das ist absurd, ja, das ist verrückt, aber es führt uns eine gesellschaftliche Stimmung vor Augen, die unsere Freiheit gefährdet.

(Beifall der AfD –
Zuruf des Abg. Michael Hüttner, SPD)

Opposition in einer Demokratie – da war doch was. Die Opposition ist in einer Demokratie legal, sie hat Rederecht. In einer Diktatur hingegen ist sie illegal. Sie ist ein wichtiger Teil der Demokratie. Sie erfüllt nämlich den Auftrag – den zentralen Auftrag –, die Regierung zu kontrollieren, und dazu gehört auch die Bildungspolitik, Frau Ministerin,

(Beifall der AfD)

und auch dann, wenn die Schüler vor den Abschlüssen stehen.

Deshalb sollte man hellhörig werden, wenn man Mitglieder und gewählte Abgeordnete ächten will, ihnen also die Rechte abspricht. Hass und Hetze gegen die Opposition, das verbindet man gewöhnlich mit totalitären Regimen. Wir fragen: Leben die Parteien, die sich für die Demokratiebildung so stark machen, auch die Demokratie vor?

(Abg. Michael Frisch, AfD: Gute Frage!)

Ralf Stegner, SPD-Vize wie Frau Dreyer, ruft dazu auf, das Personal der Opposition zu attackieren, was dann auch leider immer wieder geschieht, auch hier in Rheinland-Pfalz, vom Brandanschlag bis zum Überfall mit körperlicher Gewalt.

(Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Jetzt geht es aber echt ein bisschen zu weit! –
Abg. Michael Frisch, AfD: Das geht nicht zu weit!)

Wenn die Haltung über Wissen um die Bedeutung demokratischer Standards triumphiert, wird es gefährlich – für uns, aber irgendwann für uns alle. Demokratische Standards, die einmal für den „guten Zweck“, für die „gute Haltung“ abgeräumt worden sind, lassen sich eben nicht mehr so einfach wiederherstellen.

Aus all dem wird deutlich, dass es sich bei dem Begriff „Demokratiebildung“ oft genug um eine Verschleierung dessen handelt, was wirklich dahintersteckt – die Verteidigung

der Deutungshoheit, der Machterhalt und die Bekämpfung eines konservativen Weltbilds, das stört.

(Beifall der AfD –
Abg. Michael Frisch, AfD: Genau so ist es!)

Einen weiteren Hinweis hat die Ministerpräsidentin selbst geliefert, als sie in diesem Monat die Zuckmayer-Medaille an Robert Menasse verliehen hat – ein schockierender Fehlgriff, der gerade auf den Bildungsbereich in negativer Weise ausstrahlt.

In seiner Streitschrift „Der Europäische Landbote“ aus dem Jahr 2012 bedauert Menasse, dass – ich zitiere – massenhaft nationalistische Anti-Europäer in ihren Nationalstaaten ins Europäische Parlament gewählt werden und es dadurch immer wieder zur unproduktiven Auseinandersetzung der europäischen Parlamentarier kommt, Seite 83.

Also: Haltung statt Demokratie, Haltung statt Wahlen, Haltung statt Diskussion und geistiger Auseinandersetzung; denn die ist ja unproduktiv. Es ist unproduktiv, meint Herr Menasse, wenn man mit Andersdenkenden spricht. Das muss man sich vorstellen, und dieser Mann hat hier einen Preis bekommen.

Daran ändert auch Menasses Bekenntnis, dieses künftige nachnationale Europa solle ein demokratisches Europa sein, nichts; denn Menasse fordert in der Tat die vorübergehende Abschaffung der Demokratie. Er will unser gegenwärtiges Demokratiemodell dem Untergang weihen – Originalzitat. Man müsse sich mit dem Gedanken anfreunden – ich zitiere Menasse –, „die Demokratie erst einmal zu vergessen, ihre Institutionen abzuschaffen, soweit sie nationale Institutionen sind, und dieses Modell einer Demokratie, das uns so heilig und wertvoll erscheint, weil es uns vertraut ist“ und weil es vor Ort funktioniert, „dem Untergang zu weihen. Wir müssen stoßen“ – das ist alles Menasse –, „was ohnehin fallen wird, wenn das europäische Projekt gelingt. Wir müssen dieses letzte Tabu der aufgeklärten Gesellschaften brechen: dass unsere Demokratie ein heiliges Gut ist.“

Dieser Mann hat einen Preis in Mainz verliehen bekommen.

(Abg. Manfred Geis, SPD: Viele Preise!)

Das ist ein Skandal.

(Beifall und Zuruf von der AfD)

Die Botschaft ist klar: Um einen erstrebenswerten Endzustand zu erreichen – also Menasses diffus gefährliche neue Demokratie; ein Konzept bleibt er schuldig –, sind erst einmal alle Mittel recht. Unser gegenwärtiges Demokratiemodell darf also abgeräumt werden. Das erinnert fatal an die zahlreichen totalitären Experimente in der Vergangenheit. Um eine gute Sache voranzutreiben, sind offenkundig alle Mittel recht, also auch die vorübergehende Abschaffung der Demokratie in unserem föderalen System.

Wir sagen, nein, das wollen wir nicht. Wer unser Demokratiemodell dem Untergang weihen will, ist ein Feind unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und als Träger eines Preises völlig ungeeignet.

(Beifall der AfD)

Um eine gute Sache voranzutreiben – bleiben wir noch kurz bei Menasse –, ist also selbst das Fälschen von Zitaten, das Erfinden von Ereignissen erlaubt. Dann gelten Fake News auf einmal als engagiertes Streiten und als eine Bereicherung der Debatte, wie uns die Frau Ministerpräsidentin erklärte.

Wie gesagt, es geht um Haltung. Wenn man auf der richtigen Seite steht, dann scheint wohl jedes Mittel recht. Diese Haltung kritisieren wir. Auf derartige Preisverleihungen und eine solche Demokratiebildung, die im Zwielficht einer Haltung steht, können wir getrost verzichten. Wir sagen, mehr Wissen, mehr Haltung bedeutet mehr Demokratie.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die AfD-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Schmidt das Wort.

(Abg. Martin Louis Schmidt, AfD: Ich wollte in der zweiten Runde reden!)

– Mir wurde signalisiert, dass das so gewünscht ist. Herr Schmidt, Ihnen steht eine Redezeit von 12 Minuten zur Verfügung.

Abg. Martin Louis Schmidt, AfD:

Frau Präsidentin, werte Kollegen! Was wir heute mit Blick auf unsere deutsche Geschichte vor allem brauchen, lässt sich in drei zentralen Punkten zusammenfassen:

Erstens die gemeinschaftliche Annahme unserer ganzen Nationalgeschichte von den Anfängen bis in die Gegenwart mit all ihren Höhen und Tiefen, zweitens das Bekenntnis zur kollektiven Verantwortung für unsere Geschichte und zugleich zur Ablehnung von Kollektivschuld, ganz gleich ob in Bezug auf das deutsche Volk oder auf andere Völker,

(Beifall der AfD)

drittens das kontinuierliche Bemühen von Schulen, Medien, der Politik und anderen öffentlichkeitswirksamen Akteuren um eine Verankerung historischer Ereignisse und Prägungen im Bewusstsein möglichst aller Teile der Bevölkerung, insbesondere der nachwachsenden Generationen.

Wir müssen, um Gegenwart und Zukunft meistern zu können, einen identitätsstiftenden Anschluss an unsere Vergangenheit finden – wissensbasiert und zugleich gefühlbetont, und zwar auch, indem wir einen ähnlichen Weg beschreiten, wie in Dr. Peter Waldmann am 15. Januar hier im Landesmuseum in Mainz so treffend beschrieben hat.

Für die Mainzer jüdische Gemeinde und das aschkenasische Judentum insgesamt betonte Herr Dr. Waldmann die außerordentliche Bedeutung des großen Kulturerbes der SchUM-Städte Speyer, Worms und Mainz. Angesichts gebrochener Traditionen und gewaltsam abgerissener Kon-

tinuitäten sowie größerer Migrationsbewegungen müsse man den Blick auf die gesamte Geschichte im Herzen Europas lenken, also auch und gerade bis zurück ins Mittelalter schauen.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Dr. Waldmann verwies hier, um bei seinem konkreten Beispiel zu bleiben, auf die vor allem aus wirtschaftlichen Gründen in den 90er-Jahren zahlreich ins Land gekommenen sogenannten jüdischen Kontingentflüchtlinge aus den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion und deren Integrationsschwierigkeiten in den bestehenden jüdischen Gemeinden.

Die sich zum Weltkulturerbe anschickenden SchUM-Städte sind zugleich ein wichtiger Baustein für das Haus der deutschen Geschichte in seiner Gesamtheit. Sie gehören, damit unser historisches Fundament nachhaltig trägt, ebenso dazu wie die mit der kommenden Landesausstellung in Erinnerung gerufenen Glanzzeiten der staufischen und salischen Kaiser.

Zweifellos haben in diesem jahrhunderteübergreifenden historischen Bau Johannes Gutenberg, Friedrich Wilhelm Raiffeisen oder auch Karl Marx ihren Platz.

Am 27. Januar und am heutigen 30. Januar tritt selbstverständlich die Erinnerung an das Grauen von Auschwitz und die verhängnisvollen Folgen der nationalsozialistischen Machtübernahme vor 86 Jahren in den Vordergrund, während dann im Laufe des Jahres, etwa am 17. Juni oder am 13. August, die Bewusstmachung der kommunistischen Unrechtsregime in besonderer Weise präsent sein sollte.

Alle Opfer sind es wert, dass man sich ihrer erinnert, damit ihre Leiden nicht ganz umsonst waren und sie nicht in irgendwelchen völlig anonymen Statistiken entschwinden.

(Beifall der AfD)

Das gilt für die unermesslichen Qualen in den Konzentrationslagern der Nazis, es gilt für die Massenverbrechen im sowjetischen Gulag, die Untaten in den Stasi-Gefängnissen von Hohenschönhausen oder Bautzen sowie für viele andere Zivilisationsbrüche rund um unseren Globus und zu allen Zeiten der Menschheitsgeschichte.

Der Besuch von Gedenkstätten oder gezielte Schülerreisen zur Förderung der Völkerverständigung, etwa nach Israel, Polen oder Frankreich, sind und bleiben wichtig. Heute noch lebende Zeitzeugen sind vielleicht sogar noch bedeutsamer, weil sie eine unmittelbare, eine authentische und emotionale Brücke zur jüngeren Geschichte bilden.

Ihre zutiefst traurigen Erzählungen, aber auch andere, schöne Momente kollektiven Glücks, herausragende Persönlichkeiten und weithin ausstrahlende historische Stätten gehören zu einem ganzheitlichen deutschen und nicht nur deutschen Geschichtsverständnis unabdingbar dazu.

(Beifall der AfD)

Ebenso zählen die 2019 mit großen Jahrestagen anstehenden Erinnerungen an die nationalkonservative Erhebung

des 20. Juli 1944 gegen das verbrecherische Hitlerregime und an den Mauerfall von 1989 dazu. Gerade der 9. November 1989 eignet sich in hervorragender Weise als deutscher und europäischer Gedenktag, wurde doch durch den Fall der Mauer die Teilung Deutschlands und Europas beendet. Es ist der Tag der Befreiung für ganz Europa, einer Befreiung von Diktatur und totalitären Ideologien.

(Beifall der AfD)

Wir als AfD begrüßen es sehr, wenn die Bundeswehr am 23. Mai anlässlich des 70. Jahrestags unseres Grundgesetzes ein öffentliches Gelöbnis vor dem Hambacher Schloss plant und damit wertvolle Traditionslinien der deutschen und gerade auch der rheinland-pfälzischen Geschichte miteinander verknüpft;

(Beifall der AfD)

denn Hambach und das Jahr 1832 stehen schließlich für die Symbiose aus Freiheit, Demokratie und Vaterlandsliebe. Apropos Vaterlandsliebe: In der rheinland-pfälzischen Verfassung heißt es in Artikel 33: „Die Schule hat die Jugend (...) zur Liebe zu Volk und Heimat (...) zu erziehen.“

(Beifall der AfD)

Liebe Frau Ministerin Dr. Hubig, von Heimatliebe habe ich in Ihrer Rede allerdings leider nichts gehört.

Doch erweitern wir jetzt gemeinsam unseren Blick auf die Geschichte. Um erinnerungspolitisch ein wahrhaft gesamteuropäisches Bewusstsein zu erreichen, müssen die Länder im Westen des Kontinents endlich gedanklich auf die Mittel- und Osteuropäer zugehen. Sie müssen bereit sein, ihnen zuzuhören und ihre Geschichte und Geschichten verstehen zu wollen. Der in so manchen Köpfen unterschwellig leider noch immer fortbestehende Eiserne Vorhang sollte endlich vollends gelüftet werden.

(Beifall der AfD)

Der ungarische Historiker Dr. Krisztián Ungváry hat völlig recht, wenn er darauf hinweist, dass Europa eine doppelte Vergangenheit hat und der Westen nur einen Teil der Totalitarismen des 20. Jahrhunderts erlebte. Er beklagt: „Leider haben westliche Intellektuelle mehr Deutungshoheit über die Geschichte und zeigen manchmal zu wenig Sensibilität für die Opfer des Kommunismus. Ein Demokrat müsste aber die gleiche Distanz zu allen Diktaturen behalten. Die Versuche, eine europäische Erinnerung zu schaffen, ohne die Interessen der Osteuropäer zu berücksichtigen, empfinde ich als geistige Kolonisation.“

(Beifall der AfD)

Deshalb hat das Aufstellen einer riesigen Marx-Statue in Trier die Mittel- und Osteuropäer stark irritiert. Der Marx-Kult im vergangenen Jahr hat Europa erinnerungspolitisch nicht versöhnt, sondern gespalten. Dies zeigte sich bei den Reisen des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur nach Mittelböhmen und des Ausschusses für Bildung nach Estland mehr als deutlich.

Der Ausschuss für europäische Angelegenheiten des

tschechischen Parlaments verabschiedete sogar eine Resolution, in welcher dem in Trier am 4. Mai 2018 als Festredner aufgetretenen EU-Kommissionspräsidenten Junker mangelnde Sensibilität und eine Verspottung der historischen Erfahrungen der ost- und mitteleuropäischen Länder vorgeworfen wird.

Gerade die Veranstaltungen am 4. und 5. Mai 2018, an denen eine Reihe hoher Vertreter der Landesregierung teilnahmen, schlugen in Europa hohe Wellen und warfen ein schlechtes Licht auf Rheinland-Pfalz. Es mangelt gerade bei der regierungstragenden SPD-Fraktion ganz offensichtlich an Mitgefühl für unsere Nachbarn. Man hat den Eindruck, dass Sie, liebe angeblich so weltoffenen Genossen, überhaupt nicht in der Lage sind, über den eigenen ideologischen Tellerrand hinauszublicken.

(Beifall der AfD)

Das zeigte sich in trauriger Deutlichkeit am 22. November 2018 im Ausschuss für Bildung. Als unser Abgeordneter Joachim Paul im Zuge einer Diskussion über islamistische Umtriebe darauf hinwies, ihm sei nicht bekannt, dass sich die Behörden in Ungarn, Polen, Slowenien oder der Slowakei mit solchen Phänomenen auseinandersetzen müssten, wurde ihm seitens der SPD entgegnet: Da will ja auch keiner hin. –

(Zuruf von der SPD –
Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Hört, hört!)

Das ist also das Bild, das die SPD von unseren europäischen Nachbarn zeichnet, wobei unsere rheinland-pfälzischen Partnerregionen Opolen in Schlesien und Mittelböhmen inbegriffen sind.

(Zuruf des Abg. Michael Hüttner, SPD)

Ich sage Ihnen hier und heute mit aller Deutlichkeit: So etwas ist verletzend, engstirnig und in keiner Weise europäisch gedacht.

(Beifall der AfD)

Im Gegensatz zu einem derart beschränkten Horizont will ich festhalten, dass wir als Alternative für Deutschland gegen die EU in ihrer jetzigen Form sind und erheblichen und dringenden Reformbedarf sehen. So sehr wir jedoch gegen eine zentralistische, hyperbürokratische, bürgerferne und tendenziell undemokratische EU sind, so sind wir für das echte Europa.

(Beifall der AfD)

Die AfD tritt selbstbewusst für das Europa der Vaterländer ein, ein Europa, das durch seine landwirtschaftliche und sprachlich-kulturelle Vielgestaltigkeit begeistert, das fasziniert durch seine reiche Geschichte, seine nationale und regionale Vielfalt, ein Europa der gemeinsamen Erinnerung und Werte. Dieses Europa gilt es heutzutage zu verteidigen und ihm eine glückliche Zukunft zu sichern, eine Zukunft ohne unkontrollierte, vollends aus dem Ruder laufende Massenzuwanderung aus fremden Kulturräumen und ohne islamistischen Terror,

(Beifall der AfD)

eine Zukunft ohne Juncker, Macron und Merkel, ohne extreme Zentralisten aller Couleur und ohne jene ideologisch Verblendeten oder einfach naiven Claqueure des Establishments, ganz gleich ob sie nun rote Schals tragen oder vorgeblich den „Puls Europas“ erfühlen.

(Beifall der AfD)

Dieses Europa und nicht das real existierende EU-Europa muss in Gegenwart und Zukunft seinen internationalen Einfluss daraus gewinnen, seine Kräfte zu bündeln, ohne die Besonderheiten der vielen Glieder übermäßig zu vereinheitlichen. Beim Verweis auf die hehren Güter der Subsidiarität und einer möglichst dezentralen Bürgermitbestimmung bekennen wir uns als AfD zu Einigkeit und Recht und Freiheit. Wir bekennen uns zu demokratischer Selbstbestimmung, Demokratiebildung und Erinnerungskultur sowie zur Besinnung der Deutschen auf ihre besondere Aufgabe als Land der Mitte und der christlich-abendländischen Völkerfamilie.

(Zuruf von der SPD: Oh je!)

Unser Grundgesetz betont neben den Menschenrechten und den unveräußerlichen Werten der Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetz die freie Selbstbestimmung des deutschen Volkes. Es ist durchdrungen von den geschichtlichen, ja auch ethnisch-kulturellen Bezügen zu jenen Menschen, die schon länger hier leben, nämlich als gewachsene, von guten und schlechten Zeiten des gemeinsamen Erlebens zutiefst geprägte Kulturgemeinschaft.

(Zuruf des Abg. Michael Hüttner, SPD)

Darüber hinaus ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker samt der Kategorie des Ethnokulturellen ein integraler Bestandteil des Völkerrechts.

(Zuruf des Abg. Michael Hüttner, SPD)

Als solches begründet es ganz wesentlich die Arbeit der Vereinten Nationen

(Glocke der Präsidentin)

– ich komme zu Ende –, der OSZE und anderer wichtiger internationaler Organisationen. Wer diese Rechtsgüter infrage stellt, handelt gegen das Völkerrecht,

(Abg. Michael Frisch, AfD: So ist es!)

das selbstverständlich auch für den EU-Apparat in Brüssel gilt und ebenso für nationale Regierungen und Gerichtshöfe aller Art.

(Glocke der Präsidentin)

– Mein letzter Satz. Ob diese letztgenannte kritischen Bewertung in den rheinland-pfälzischen Schulen vor dem Hintergrund des Gebots der Meinungsvielfalt und einer vitalen Diskussionskultur gebührend Berücksichtigung findet? Ich habe da meine Zweifel.

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

(Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Die „letzten Sätze“ haben eine ganz schöne Länge!)

Abg. Martin Louis Schmidt, AfD:

Wir sind gespannt und hoffen auf die Zukunft.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die FDP-Fraktion erteile ich der Abgeordneten Lerch das Wort.

(Abg. Helga Lerch, FDP, überreicht den Abgeordneten der AfD-Fraktion das auf dem Rednerpult liegende Manuskript von Abg. Martin Louis Schmidt, AfD –

Abg. Joachim Paul, AfD: Vielleicht sollte man es direkt dem Innenminister zur Begutachtung geben! –

Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Gute Idee! –

Weitere Zurufe aus dem Hause)

Abg. Helga Lerch, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wer im Brockhaus unter dem Stichwort „Demokratie“ nachschlägt, erhält dort folgende Information: Staatsform, die in der klassischen Staatsformenlehre, besonders der Antike, als Alternative zur Monarchie und zur Aristokratie gesehen wurde, heute jedoch vor allem als Gegensatz zur Diktatur begriffen wird. –

Meine Damen und Herren, Geschichte wird jedoch erst verständlich, begreifbar und authentisch, wenn menschliche Schicksale diese lebendig machen. Eine Definition im Brockhaus prägt sich nur schwerlich in unser Gedächtnis ein, aber ein Leben, das die Höhen und Tiefen unserer Existenz in Verbindung mit historischen Gegebenheiten bringt, bleibt haften. Dies gilt im besonderen Maße, wenn es sich um Biografien handelt.

Mein Großvater, Jahrgang 1895, erlebt als Junge in seiner Familie mit zwölf Geschwistern das Kaiserreich. Als junger Mann, der das Leben noch vor sich hat, wird er im Ersten Weltkrieg durch einen Kopfschuss schwer verwundet. Er wird Zeit seines Lebens unter der Verletzung und ihren Folgen leiden. Er heiratet zur Zeit der Weimarer Republik und wird, bereits 50 Jahre alt, im Zweiten Weltkrieg wieder an die Front geschickt. Meine Oma hatte öffentlich gegen Hitler gewettert, und wenige Tage später kam der Einberufungsbescheid.

Ein Leben, das durch zwei Kriege geprägt war, ein Mensch, der durch zwei Kriege gezeichnet war. Aufbegehren, demonstrieren, Recht einklagen: für die Generation meiner

Großeltern Theorie – oder mit drastischen Folgen verbunden.

Die junge Demokratie der Bundesrepublik tut sich anfangs schwer. Zerstörung, Tod und Schuld sind allgegenwärtig. Das Trauma des Krieges zeichnet die Menschen. Diejenigen, die den Krieg überlebt hatten, sind verängstigt. Das Dach über dem Kopf, das Essen für den nächsten Tag und ein warmes Zimmer im Winter sind die großen Herausforderungen.

Für meine Generation und diejenigen danach sind dies alles Erzählungen, aber sie sind durch Eltern und Großeltern zumindest noch präsent. Doch dann, wenn die Familien die historische Erlebenswelt nicht mehr kennen, kommt der Schule allergrößte Bedeutung zu. Das Geschichtsbuch kann dabei eine Grundlage schaffen, aber das geschriebene Wort bleibt hinter der erlebten Wirklichkeit zurück.

Wir konnten dies am vergangenen Sonntag anlässlich des Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus hautnah erleben. Henriette Kretz nahm uns in ihre Welt mit, eine Welt, die sie als Kind erlebt hatte und die uns noch heute das Schaudern lehrt. Meine Damen und Herren, deshalb ist es richtig, Zeitzeugen in den Unterricht einzuladen. Ihre ganz persönliche Geschichte wird den Schülerinnen und Schülern im Gedächtnis bleiben.

Zeitzeugen setzen darüber hinaus mit ihrem Einsatz ein Zeichen der Versöhnung. Sie wollen Schülerinnen und Schüler motivieren, sich für eine friedliche Zukunft einzusetzen. Mit den Zeitzeugen wird Geschichte „heruntergebrochen“, um einen Ausdruck zu wählen, den Parlamentspräsident Hering am vergangenen Sonntag verwendete.

Gleiches gilt für die sogenannten außerschulischen Lernorte. Wer einmal die Verbrennungsöfen in einem KZ gesehen hat, wird diese niemals mehr vergessen. Gedenkorte sind mehr als der Begriff suggeriert. Wir gedenken der Menschen, die dort Leid erfahren haben oder starben. Diese Orte bleiben aber nicht nur in unserem Gedächtnis. Sie brennen sich in unsere Seelen. Gerade junge Menschen saugen die Botschaften auf und verinnerlichen sie.

Deshalb ist es ein guter und richtiger Weg, wenn heute im Rahmen einer Regierungserklärung der Vorschlag unterbreitet wird, dass jeder Schüler und jede Schülerin im Lauf der Schulzeit mindestens einmal mit einem Gedenkort in Kontakt kommen soll oder mit einem Zeitzeugen sprechen kann.

Die Verankerung in allen Phasen der Lehrerbildung ist eine Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung, und auch in diesem Punkt wird die Regierungserklärung dem gerecht. Die entsprechende Servicestelle beim Pädagogischen Landesinstitut und damit ein wichtiger Baustein zur Demokratie und Werteerziehung wird ausgebaut.

Meine Damen und Herren, dem Sozialkundeunterricht kommt im Rahmen der Demokratieerziehung herausragende Bedeutung zu, und ich bin froh, dass jetzt der Stundenanteil an Sozialkunde endlich erhöht wird. Bereits am 1. August 2018 erschien in der Allgemeinen Zeitung ein sechsspaltiger Artikel, in welchem ich ausführte, weshalb wir eine Stärkung des Sozialkundeunterrichts an unseren

Schulen brauchen. Damals schrieb die Allgemeine Zeitung: „Bildungsministerin lehnt Stärkung des Sozialkundeunterrichts ab. (...) Das Nein aus Mainz ist eine DIN-A4-Seite lang.“

Ich bin froh, dass mit der heutigen Regierungserklärung Einsichten in Notwendigkeiten dokumentiert werden. Ohne ein solides Fundament an politischem Wissen bleiben Kenntnisse an der Oberfläche. Es gilt immer noch der Satz, ich sehe nur, was ich weiß. Der Verpflichtung der Durchgängigkeit ist dabei besonderes Augenmerk zu schenken: Von der 8. respektive 9. Klasse an müssen Geschichte und Sozialkunde durchgängig unterrichtet werden. Die sogenannte Zubringerlösung ist definitiv zu wenig.

Die Entscheidung, Sozialkunde aufzustocken, kommt dennoch spät. Aktuell diskutieren die Schülerinnen und Schüler eher auf der Straße als im Unterricht, weil es im Sozialkundeunterricht dafür wenig Raum und Zeit gibt. Der Stoff steht im Mittelpunkt. „Fridays For Future“: Dafür gehen die jungen Menschen auf die Straße, auch in Mainz, und zeigen damit ihr Interesse und ihre Betroffenheit politischen Fragestellungen gegenüber, die ganz konkret ihre Zukunft betreffen.

(Beifall der Abg. Jutta Blatzheim-Roegler,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mir stellt sich die Frage, ob die Exekutive in dieser konkreten Frage des Sozialkundeunterrichts eher reagiert anstatt zu regieren. Neben der Sozialkunde müssen aber auch andere Fächer ihren Beitrag leisten. Viele Schulen haben ein Wertekonzept oder Leitbild erarbeitet. In der Klassenleiterstunde kommt der Klassenrat zum Tragen.

Da ich heute im Landtag rede, möchte ich nicht versäumen, an die Angebote des Landtags für Schulklassen zu erinnern, die nach einem erfolgreichen Start für Grundschulen nunmehr deutlich ausgeweitet werden sollen.

Meine Damen und Herren, politische Zusammenhänge werden nur dann verstanden, wenn unsere Schülerinnen und Schüler sie einordnen können. Wir gehen oftmals von unserem Verständnis aus und vergessen dabei, dass die Generationen nach uns durch eine andere Erlebens- und Lebenswelt geprägt wurden. Krieg findet woanders statt, Frieden ist selbstverständlich, und in der Demokratie kann man es sich gemütlich einrichten.

Ich überspitze bewusst, um deutlich zu machen, dass Demokratie hart erarbeitet wurde und immer wieder gelebt werden muss, um unser Zusammenleben in Freiheit und Frieden zu garantieren. Der Blick aus dem eigenen Fenster – um noch einmal eine Formulierung des Präsidenten vom vergangenen Sonntag zu verwenden – ist dabei von allergrößter Wichtigkeit, weil unsere eigene Lebenswirklichkeit davon berührt wird.

Ein Baustein dieses Friedens in Freiheit ist und bleibt Europa. Dabei spielen für uns als Rheinland-Pfälzer die Beziehungen zu unserem Nachbarland Frankreich eine besondere Rolle. 56 Jahre nach der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags durch Adenauer und de Gaulle unterzeichneten im Krönungssaal des Aachener Rathauses Macron und Merkel jetzt einen Nachfolgevertrag. Dies ist ein starkes

politisches Bekenntnis zu guten nachbarschaftlichen Beziehungen.

Der symbolträchtige Ort Aachen, von wo aus einst Karl der Große das Frankenreich regierte, war mit Bedacht gewählt. Der Vertrag betont in seiner Präambel, das – ich zitiere – „beispiellose Geflecht bilateraler Beziehungen“, das „auf eine neue Stufe“ gehoben werden soll. Besonders – so wörtlich – „in den Grenzregionen“ soll sich eine neue Dynamik entfalten. Auf die Bildung bezogen bedeutet das die gegenseitige Anerkennung von Schul- und Bildungsabschlüssen sowie die Entwicklung von Programmen zur Förderung der Zweisprachigkeit.

Der rheinland-pfälzische Landtag arbeitet im Europaausschuss und im Ausschuss für Bildung ebenfalls an einem Antrag, der die Sprache des Nachbarn stärken soll. Eine Anhörung im Europaausschuss hat allerdings zu Tage gefördert, dass – so ein Sachverständiger – 70 % der Schülerinnen und Schüler Französisch nach der 10. Klasse komplett abwählen. Die verbleibenden 30 % findet man dann zum größten Teil in Grundkursen.

Herr Baldauf – ich weiß nicht, er sitzt jetzt hinten, er hört mir zu –, Sie formulierten in Anlehnung an unsere Forderung, Spanisch als zweite Fremdsprache in Rheinland-Pfalz anzubieten: Spanisch geht auf Kosten von Französisch. – Wenn ich die Lateiner frage, sagen die mir, Spanisch geht auf Kosten von Latein.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Als zweite Fremdsprache!)

Ich sage Ihnen, auf wessen Kosten das geht. Das geht auf Kosten der Schüler, die aus den 13 anderen Bundesländern zu uns in die Mittelstufe eines Gymnasiums in Rheinland-Pfalz wollen und vom Schulleiter gesagt bekommen, das geht nicht, Du hast die falsche Sprache gelernt. Du brauchst entweder Französisch oder Latein. Das sind Dinge, die auf Kosten von Menschen gehen. Darüber sollten wir uns einmal unterhalten.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Wir sind in Rheinland-Pfalz, Frau Lerch!)

Herr Baldauf, ich darf noch etwas sagen: Wer glaubt, er könne von diesem Pult aus oder als Regierung sagen, wir müssen Französisch in den Schulen stärken, der kann das nicht von oben herab machen. Der muss auch Rahmenbedingungen schaffen, damit die Schüler das akzeptieren und bereitwillig annehmen.

(Zurufe der Abg. Hedi Thelen und Christian Baldauf, CDU)

Das ist das, was wir fordern. Es darf nicht bei wohlgemeinten Erklärungen bleiben,

(Zuruf von der AfD: Wahlfreiheit wird hier falsch gemacht!)

sondern die Jugendlichen müssen gerne die Sprache des Nachbarn lernen.

Übrigens reden wir ganz viel von Europa. Auch Spanisch ist eine europäische Sprache, ganz nebenbei gesagt.

(Beifall des Abg. Thomas Roth, FDP –
Abg. Simone Huth-Haage, CDU: Es ist keine Sprache des Nachbarn!)

Die Verordnung über Klassenfahrten muss unseres Erachtens dahin gehend geändert werden, dass Sprachreisen auch in der Mittelstufe nach Frankreich möglich werden. Wir haben nämlich eine Fahrtenregelung, die Auslandsfahrten in der Mittelstufe nicht vorsieht. Das macht die Sache nicht einfacher. Je früher man anfängt, desto besser.

Dabei muss der Schwerpunkt auf dem Erwerb der Fremdsprache liegen, zum Beispiel durch den Besuch einer Sprachschule oder einer französischen Schule. Je früher wir Schülerinnen und Schüler motivieren, desto nachhaltiger wird die erreichte Sprachkompetenz sein.

(Unruhe im Hause –
Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Geräuschpegel ist relativ hoch. Würden Sie ihn bitte ein bisschen absenken?

Abg. Helga Lerch, FDP:

Auch finanzielle Anreize, zum Beispiel die Erstattung der Fahrtkosten oder Ähnliches, sowie die intensive Förderung von Austauschprogrammen weit über das bestehende Angebot hinaus sind Möglichkeiten, die Akzeptanz des Französischen zu steigern. Eine Anordnung von oben dagegen – ich wiederhole mich –

(Abg. Simone Huth-Haage, CDU: Das ist nicht von oben angeordnet!)

wäre der völlig falsche Weg und führt zu Reaktionen, die niemand von uns will. Man lernt nur dann erfolgreich und mit Freude, wenn dem ein überzeugter Wille zugrunde liegt.

Meine Damen und Herren, wenn wir bildungspolitisch europäisch denken, sollten wir nicht bei Frankreich stehen bleiben. Sprachen öffnen das Tor zur Welt. Deshalb ist jede Sprache, die in der Schule gelehrt und gelernt wird, ein Wert an sich.

Für uns als FDP-Fraktion hat die erweiterte Selbstständigkeit von Schulen auch etwas mit Entscheidungsfreiheit zu tun. Das gilt ebenso hinsichtlich der Entscheidung, welche Sprache zu welchem Zeitpunkt in der jeweiligen Schule angeboten wird. Dass Schulen verantwortungsbewusst mit ihren Freiheiten umgehen, beweist der im letzten Jahr zu Ende gegangene Schulversuch „Erweiterte Selbstständigkeit“. Ich würde es sehr begrüßen, wenn Rheinland-Pfalz diesen Weg, den schon einige Bundesländer gegangen sind, beschreiten würde.

Bevor ich zum Abschluss komme, möchte ich nicht versäumen, auf unsere deutsch-deutsche Geschichte zu verweisen. Die heute 30-Jährigen waren beim Mauerfall gerade geboren. DDR-Geschichte mit all ihren belastenden, einengenden und freiheitsraubenden Ausformungen ist für die junge Generation weit weg. Das Fenster der Geschichte

hat sich 1989 für einen kurzen Moment geöffnet und machte eine friedliche Revolution und die Wiedervereinigung möglich. Die deutsch-deutsche Gegenwart kann jedoch nur verstanden werden, wenn 40 Jahre DDR und der Weg zur Einheit in den Köpfen präsent sind. Erinnerungskultur leistet auch dazu einen wichtigen Beitrag.

(Beifall des Abg. Martin Louis Schmidt, AfD)

Meine Damen und Herren, viele kleine und große Schritte, die wir heute hinsichtlich der Demokratiebildung in unseren Kitas, in den Schulen und anderen gesellschaftlichen Bereichen gehen, führen zu einem Miteinander, das geprägt ist von Toleranz und Vielfalt. Die gelebte Erinnerungskultur ist Mahnung und Ansporn zugleich, damit Diktatur und Unterdrückung keinen Platz mehr finden und ein Leben in einem freiheitlichen, friedlichen Europa eine Zukunft hat.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Martin Louis Schmidt, AfD)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Daniel Köbler das Wort.

Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Kretz, auch ich bin noch ganz angetan von Ihrer Rede am vergangenen Sonntag.

Das hat uns alle wirklich tief beeindruckt. Auch wenn Sie sich selbst nicht als Opfer bezeichnen müssen, ich möchte Ihnen doch sagen: Dass Sie diese Arbeit hier bei uns machen – im Land der Täter, im Land der Mörder Ihrer Eltern, die Sie dies persönlich erlitten haben, das größte, durch nichts zu relativierende Verbrechen der Menschheitsgeschichte –, vor allem die Arbeit mit Schülerinnen und Schülern in unserem Land, ich glaube, dafür kann man gar nicht genug danken, davor kann man gar nicht genug Respekt haben. Vielen Dank dafür, liebe Frau Kretz!

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FDP und des Abg. Uwe Junge, AfD)

Meine Damen und Herren, wir feiern in diesem Jahr 2019 70 Jahre Grundgesetz. Das Grundgesetz buchstabiert das Gründungsversprechen der Bundesrepublik Deutschland aus. Das heißt: Nie wieder – nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg, nie wieder Auschwitz. – Das ist unser Auftrag, der aus dem Grundgesetz erwächst: Die Würde jedes einzelnen Menschen achten, die universellen Menschenrechte für alle durchsetzen und ein friedliches, freiheitliches und demokratisches und soziales Miteinander gestalten. Das ist der Auftrag unserer Verfassung, unserer Demokratie, das ist der Auftrag der Parlamente, aber auch des gesamten Staats, und nicht zuletzt ist das auch der Auftrag unserer Bildungseinrichtungen.

Gerade wir in Deutschland wissen doch, Demokratie ist eine historische Errungenschaft. Demokratie ist kein Naturgesetz oder Zufall, sondern Demokratie ist das Ergebnis menschlichen Handelns, menschlicher Erziehung, menschlicher Vernunft und gemeinsamer Werte. Ja, Demokratie ist das Ergebnis von Haltung.

Das möchte ich ganz deutlich betonen: Demokratie braucht Haltung. Demokratie ist Haltung. Unser Grundgesetz formuliert Haltung.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Das ist ein inhaltsleerer Begriff, das ist formal!)

Demokratie bedeutet die Einhaltung der Menschenrechte. Demokratie bedeutet die Achtung der Würde jedes Einzelnen, und Demokratie bedeutet auch den Schutz von Minderheiten. Deswegen ist Demokratie auch zentrale Aufgabe unserer Kitas, unserer Schulen und der außerschulischen Jugendbildung.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP – Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Da darf Schule nicht unpolitisch sein; überparteilich natürlich, aber Schule ist eben kein politikfreier Raum. Schulen müssen noch mehr zu Bildungsstätten der Demokratie werden. Die Wahl- und Partizipationsforschung zeigt uns, dass die demokratische Teilhabe und das konkrete Wählen gehen unmittelbar mit politischem Interesse zusammenhängen.

Wenn wir eine starke und aktive Demokratie wollen, müssen wir dieses politische Interesse schon früh in unseren Kindern wecken. Deswegen wollen wir die demokratische politische Bildung in allen Bildungseinrichtungen stärken.

Wir erleben in diesen Tagen auch, dass es nicht mehr nur um Politikverdrossenheit geht. Wir erleben auch, wie rassistische, antidemokratische Tendenzen in unserer Gesellschaft immer mehr um sich greifen. Wir erleben, dass menschenfeindliche Parolen und pauschale Verurteilungen von Minderheiten wie zum Beispiel Flüchtlingen oder Menschen anderen Glaubens immer wieder, immer mehr gesellschafts- und parteifähig werden.

Die Achtung Anderer, die Verantwortungsethik, die politische Mündigkeit und Eigenständigkeit sind wesentliche Bausteine eines sozialen Lernens in der demokratischen Gesellschaft.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD – Abg. Michael Frisch, AfD: Der weiß gar nicht, was das ist!)

Gerade in Zeiten von politischem Extremismus, Rassismus, Antisemitismus, Homo- und Transphobie, Antifeminismus und Demokratiefeindlichkeit wird das gemeinsame soziale und demokratische Lernen an unseren Schulen und Kitas noch wichtiger. Der Demokratiebildung kommt dabei eine Schlüsselfunktion zu.

Es ist gerade die Aufgabe von Bildung in einer Demokratie, unsere Kinder und Jugendlichen gegen solche demokratie- und menschenverachtenden Tendenzen starkzumachen.

Demokratieerziehung, Gewalt- und Extremismusprävention sowie die historische politische Bildung mit einer verankerten Gedenk- und Erinnerungskultur an unseren Schulen sind wichtige Maßnahmen; denn – das ist unser Auftrag – Minderheiten und vermeintlich Schwache in unserer Gesellschaft dürfen nie wieder Ziel des Hasses von menschenverachtenden Ideologien sein, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Demokratie lernen und Demokratie leben gehören zusammen. In demokratischen Verhältnissen aufzuwachsen und den respektvollen Umgang miteinander, auch mit anderen Meinungen, als selbstverständlich zu erfahren, ist vielleicht eine der wichtigsten Grundlagen für ein demokratisches Gemeinwesen und für demokratische Einstellungen und Verhaltensweisen.

Aber die Entwicklung demokratischer Handlungskompetenzen erfordert auch das ganz konkrete Wissen über Prinzipien und Regeln, über Fakten und Institutionen unserer parlamentarischen Demokratie. Deswegen braucht es eine Stärkung politischer Grundbildung und auch den Ausbau von Sozialkunde an allen Schulen.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Das sagen wir ja! Das haben Sie abgelehnt!)

Ja, wir wollen mehr Sozialkunde an allen rheinland-pfälzischen Schulen. Das wurde bereits im Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Bürgerbeteiligung“ in der letzten Legislaturperiode entsprechend formuliert. Es wurde festgestellt, dass, um das politische Interesse junger Bürgerinnen und Bürger zu wecken, sie frühzeitig für die Herausforderungen einer freiheitlichen Demokratie sensibilisiert werden sollen und der Erwerb von Fakten und Kenntnissen über unsere Demokratie und unsere Parlamente von entscheidender Bedeutung ist. Deswegen setzen wir uns schon seit Jahren für den Ausbau des Sozialkundeunterrichts an allen Schularten ein.

Es ist gut und richtig, dass Bildungsministerin Dr. Hubig in der Regierungserklärung verkündet hat, dass die Kinder spätestens ab der 8. Klasse in allen Schularten Sozialkundeunterricht bekommen werden, dass in der Oberstufe auch das Fach Sozialkunde gestärkt wird und insgesamt 70 Stunden mehr Sozialkunde in der Mittelstufe für alle Schülerinnen und Schüler gelehrt wird und dafür 50 zusätzliche Stellen zur Verfügung gestellt werden. Das ist ein gutes Signal und ein richtiger und wichtiger Schritt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD und FDP)

Aus gutem Grund ist die politische Bildung an rheinland-pfälzischen Schulen aber nicht nur auf Sozialkunde beschränkt, sondern sie ist – so steht es in der Verfassung und im Schulgesetz – Aufgabe der gesamten Schule. Damit Menschen in unserer Gesellschaft mitwirken, für demokratische Werte eintreten und sich einbringen können, müssen sie nicht nur frühzeitig lernen, sondern auch erleben, wie demokratische Strukturen und Prozesse funktionieren. In dem Punkt spielen als zentrale Orte nicht nur

die Schulen, sondern auch die Kitas eine wichtige Rolle. Mit Demokratiebildung kann man gar nicht früh genug anfangen. Deswegen beginnt in Rheinland-Pfalz das Erlernen von Demokratie schon in den Kindertagesstätten. Demokratieerziehung ist in den Bildungs- und Erziehungsempfehlungen verankert. Sie sind Auftrag und Ziel der Arbeit aller Kitas in unserem Land.

Um diese Bedeutung zu unterstreichen, haben wir bereits im Doppelhaushalt 2017/2018 einen eigenen Haushaltstitel zur Förderung der Demokratieerziehung und der Menschenrechtsbildung ausgewiesen. Das darf dann in der Schule nicht aufhören. Es hört auch in der Schule nicht auf.

Die zahlreichen in Rheinland-Pfalz initiierten Maßnahmen im Bereich der Demokratiebildung, des sozialen Lernens und der Persönlichkeitsentwicklung wie Klassenrat, Schülerparlament, die Arbeit der Schülerinnen- und Schülervertretungen, Gewalt- und Extremismusprävention, Streit-schlichtung, Argumentationstrainings, der Schülerlandtag, unser Schulbesuchstag am 9. November, die Demokratietage, die Gedenkstättenbesuche und die internationalen Schülerbegegnungen und -austausche – all das sind hervorragende Beiträge zur Demokratiebildung im Alltag an unseren Schulen.

Im „Orientierungsrahmen Schulqualität“ sind zur Schulkultur Ziele festgelegt, die für Demokratiebildung grundlegend sind: Teilhabe am Schulleben, das Etablieren einer Feedback-Kultur, Akzeptanz und Toleranz von verschiedenen Meinungen, Traditionen und Lebensweisen sowie die Förderung von Verantwortungsübernahme auch durch Schülerinnen und Schüler. Das ist das Leitbild unserer Schulen in Rheinland-Pfalz.

Die Koordinierungsstelle „Demokratie lernen und leben“ wird nun im Pädagogischen Landesinstitut zu einer Servicestelle „Demokratiebildung“ ausgebaut, um auch diesen Auftrag ganz konkret in den Schulen nachkommen zu können und zu unterstützen. Wir unterstützen das nicht nur politisch, sondern auch finanziell.

Wir haben die Mittel für Demokratiebildung im jetzigen Haushalt verdoppelt. Wir haben die Haushaltsmittel erhöht und die Landesprogramme zu Gewalt- und Extremismusprävention ausgebaut. Wir haben eine zusätzliche Stelle für die Koordination von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ gebildet. Wir haben mehr Mittel für die Demokratieerziehung in den Kitas bereitgestellt. Wir haben das Grundschulprogramm des Landtags, das hervorragend ist, entsprechend finanziert und werden nicht zuletzt auch die Landeszentrale für politische Bildung in ihrer Arbeit weiter unterstützen.

Zudem hat die Ministerin eben gesagt, dass nun mit dem Gesamtkonzept Demokratiebildung zusätzlich 4 Millionen Euro in diesen wichtigen Zukunftsbereich investiert werden. Ich finde, das ist ein ganz wichtiges Signal dafür, dass uns die Demokratiebildung in diesem Land eine ganze Menge wert ist.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Auch eine gute Maßnahme ist, dass die Geschäftsstelle des Bündnisses „Demokratie gewinnt!“ eingerichtet wird. Wir kennen das vom Landesdemokratietag, ein hervorragendes Forum, auf dem innerschulische Demokratiebildung mit außerschulischer Demokratiebildung und Jugendarbeit zusammenkommt. Das ist wirklich eine ganz hervorragende Plattform und ein Forum, das gestärkt wird. Das ist wirklich gut. An der Stelle möchte ich auch sagen, dass die Zusammenarbeit zwischen außerschulischer und innererschulischer Demokratie- und Jugendbildung ein ganz wichtiger Punkt ist. Ich möchte nur beispielhaft die hervorragende Arbeit des Netzwerks für Demokratie und Courage nennen, in dem junge Menschen anderen jungen Menschen beibringen, wie eine demokratische und tolerante Gesellschaft funktioniert und man Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in der Gesellschaft entlarvt.

(Vereinzelt Beifall bei dem BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Michael Frisch, AfD)

Die Kooperation mit außerschulischen Partnern in der Demokratiebildung und Jugendarbeit wird auch deutlich in der Jugendstrategie des Landes „JES! Eigenständige Jugendpolitik – mit PEP vor Ort“, deren Grundziel Partizipation ist, politische Jugendarbeit und Beteiligung zu unterstützen, ganz konkret im Jugendverband, ganz konkret in der Kommune. Dass es jetzt gelungen ist, das Programm mit 1 Million Euro pro Jahr zu unterlegen, zeigt, uns ist die demokratische Bildung in den Schulen wichtig, aber eben auch die tolle und engagierte Arbeit der Projektpartner in der außerschulischen Jugendbildung. Das ist kein Gegenüber, sondern das ist ein gutes und wichtiges Miteinander in unserer rheinland-pfälzischen Bildungsgesellschaft.

Meine Damen und Herren, Demokratie muss Kindern und Jugendlichen an den Schulen nicht nur gelehrt, sondern sie muss auch gelebt werden. Wir freuen uns zu sehen, dass sich viele Schülerinnen und Schüler sehr stark politisch engagieren. Dass gerade viele Schülerinnen und Schüler bei „Fridays For Future“ auf die Straße gehen, um für ihre Zukunft und für Klimaschutz zu demonstrieren, ist ein gutes Zeichen.

(Abg. Dr. Timo Böhme, AfD: Das kann man
auch am Samstag machen! –
Abg. Michael Frisch, AfD: Schule
schwänzen!)

Ich finde, gerade wenn sich junge Leute engagieren und demokratisch beteiligen, ist es auch an uns, das einmal auszuhalten. Das kann nicht immer nur konform mit unseren Regeln usw. sein.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Ach, interessant!
Wenn das andere machen!)

Das muss auch nach vorne gerichtet und darauf ausgerichtet sein, Dinge zu verändern, vielleicht auch manches zu hinterfragen. Demokratinnen und Demokraten sollten so etwas aushalten. Das tun wir auch.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Deswegen wollen wir die Beteiligungsmöglichkeiten der

Schülerinnen und Schüler und der Kinder weiter stärken.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Ist das bizarr! –
Weitere Zurufe von der AfD)

Mit der Novelle des Schulgesetzes werden die Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte der Schülerinnen und Schüler verbindlich gestärkt und ausgeweitet.

(Unruhe im Hause –
Glocke der Präsidentin)

Mit der Novelle des Kindertagesstättengesetzes werden die Beteiligungsrechte der Eltern erstmals gesetzlich implementiert und die demokratische Beteiligung von Kindergartenkindern gesetzlich in Rheinland-Pfalz festgeschrieben. Wie gesagt, man kann nicht früh genug damit anfangen.

Meine Damen und Herren, letztlich kommt es aber darauf an, Demokratie wirklich zu leben und erlebbar zu machen. Wir machen das mit dem Kita-Gesetz. Wir machen das mit dem Schulgesetz. Aber wir wollen ganz konkret sozusagen bei der großen Demokratie, dass junge Menschen früher ihre fundamentalen demokratischen Rechte bekommen und Jugendliche bei uns in Rheinland-Pfalz ab 16 Jahre endlich wählen dürfen. Dafür werden wir uns weiter einsetzen, und wird werden dafür kämpfen, Mehrheiten in diesem Hause zu bekommen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP)

Lassen Sie mich ganz kurz etwas zum Thema „Schüleraustausch“ sagen. Ich finde, das ist ein ganz wichtiger Punkt, um den europäischen Gedanken und die Freundschaft mit unseren Freunden im Ausland zu fördern. Herr Baldauf, Sie haben gesagt, dass der Titel im Haushalt nicht erhöht worden ist. Jetzt sind Sie in der Detaildiskussion nicht so drin. Es ist nicht nur der eine Titel im Haushalt, aus dem Schüleraustausche gefördert werden,

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Das ist klar!)

sondern es sind mehrere Titel.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Dann wird es
aber auch nicht mehr!)

Ich glaube, die Ankündigung, dass das verstärkt werden soll, ist die richtige Ankündigung.

Ich möchte noch eines dazu sagen. Es ist nicht nur eine Frage des Geldes; auch, aber nicht nur. Wir reden morgen noch einmal über das Thema der deutsch-französischen Freundschaft. Ich erlebe, dass das Engagement gerade im Austausch mit Frankreich immer auch auf engagierte Einzelpersonen – Schulleitungen, Lehrkräfte – zurückzuführen ist, die seit Langem über die Grenze hinweg Freundschaften pflegen.

Wenn dann eine engagierte Lehrkraft in Pension geht, wird es insbesondere auf der französischen Seite schwierig, dass diese Freundschaften und Austausch fortgesetzt werden. Aufgrund des Zentralismus ist es in Frankreich gar nicht so einfach – das habe ich erlebt –, einen Nachfolger und Ansprechpartner zu finden. Deswegen ist eine Unterstützung und Serviceleistung, was das Thema „Aus-

tausch“ für die Schulen angeht, um die Kontakte über die Landesebene herzustellen, ein ganz wichtiger Punkt, dem man sich verstärkt widmen soll.

Herr Baldauf, ich komme nun zu dem Thema im Antrag, die Sprache des Nachbarn zu lernen. Sie wissen schon, dass der Antrag nicht deswegen die ganze Zeit in den Ausschüssen liegt, weil man ihn nicht behandeln will, sondern weil die CDU-Fraktion beantragt hat, den Antrag zu vertagen. Anscheinend hat man sich dessen gar nicht mehr so genau erinnert hat, so lange war der Antrag schon im Parlament.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Das ist jetzt aber witzig! Jetzt wollen wir bei Euch mitmachen, und dann beschwert Ihr Euch! Wir können Anträge auch selbst machen!)

Herr Baldauf, Sie sollten auch wissen, wir haben Ihnen, da die Grundintention Ihres Antrages nicht abzulehnen ist, einen Vorschlag unterbreitet, wie wir zu einem gemeinsamen Beschluss im Landtag kommen könnten,

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Dann wird er aufgerufen und fertig! –
Abg. Ralf Seekatz, CDU: Weil Sie es herausgestrichen haben! So ist es!)

den Sie kategorisch abgelehnt haben.

(Abg. Ralf Seekatz, CDU: Stimmt überhaupt nicht!)

Da müssen Sie vielleicht noch einmal Rücksprache mit Ihren Europa- und Bildungspolitikern halten. Wir sind sehr daran interessiert, auch gemeinsam beim Thema

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Aha! Ach so!)

„Europa stärken – die Sprache des Nachbarlandes lernen“ voranzukommen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Aber nur dann, wenn es passt! –
Zuruf des Abg. Ralf Seekatz, CDU)

Aber dann muss die CDU, wenn es ihr so wichtig ist, auch außerhalb von den großen Plenardebatten gemeinsam daran arbeiten. Ich glaube, wenn wir die Sprache des Nachbarn gemeinsam stärken wollen, dann sollten wir uns auch gemeinsam an die Arbeit machen, lieber Herr Baldauf.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und der FDP –
Abg. Christian Baldauf: C'est ça! C'est vrai,
mon champion!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich war während meiner Schulzeit in Dachau und Buchenwald. Ich glaube, jeder von uns hat die gleiche Erfahrung gemacht. Wenn man einen solchen Besuch in einer KZ-Gedenkstätte macht, kommt man hinterher nicht so heraus, wie man hineingegangen ist. Es ist nicht nur erschütternd, es ist auch unheimlich prägend. Deswegen meine ich, dass jede Schülerin und jeder Schüler diese Erfahrung machen sollte. Gerade heute, wo das Gespräch mit Zeitzeugen

immer weniger möglich wird, auch in der eigenen Familie, gerade in Zeiten, in denen wir Menschen haben, deren Eltern und Großeltern zur Zeit der nationalsozialistischen Verbrechen gar nicht in Deutschland gelebt haben, ist es umso wichtiger, dass diese Gedenkstätten besucht werden und Zeitzeugengespräche stattfinden.

Die zwei in Rheinland-Pfalz existierenden staatlichen Gedenkstätten in Osthofen und Hinzert unterbreiten ein umfangreiches Angebot mit allein über 8.000 Schülerinnen und Schülern, die dort jedes Jahr hinkommen. Bisher gibt es viele Angebote und Projekte, aber in den Lehrplänen findet der Gedenkstättenbesuch noch keine explizite Erwähnung. Deswegen ist es sehr gut, dass die Bildungsministerin in der Regierungserklärung angekündigt hat, dass es nunmehr eine Richtlinie und Unterrichtsmaterial geben wird und die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden, und es unser Ziel ist, dass jede Schülerin und jeder Schüler in Rheinland-Pfalz mindestens einmal in der Schulzeit an einem Zeitzeugengespräch teilgenommen oder eine entsprechende KZ-Gedenkstätte besucht hat, damit die jungen Menschen erleben, woher das Gründungsversprechen der Bundesrepublik Deutschland kommt und was es bedeutet: Nie wieder – nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg, nie wieder Auschwitz!

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der SPD und FDP)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Für die CDU-Fraktion hat sich Herr Abgeordneter Brandl zu Wort gemeldet.

Abg. Martin Brandl, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich auch für meine Fraktion ganz herzlich für die gute Debatte bedanken. Ich glaube, es war sehr richtig und wichtig, wie wir von der Gedenksitzung am Sonntag heute den Bogen zur Regierungserklärung geschlagen haben, die sehr wichtige Debatte vom Sonntag und die Impulse von Frau Kretz aufgenommen haben und wie das in Regierungshandeln umgesetzt wird. Ich glaube, das passt und hat noch einmal gezeigt, dass wir gerade als CDU die gemeinsamen demokratischen Grundwerte mit den Regierungsfractionen teilen.

Es ist aber auch so, dass wir als CDU-Fraktion an der Stelle Übereinstimmungen haben, an der der Landtagspräsident während der Haushaltsdebatte seine Vorstellungen formuliert hat, wie Bildung hier im Parlament aussieht. Auch hier haben wir ausdrücklich gesagt, wir stimmen dem zu.

Nichtsdestotrotz hat unser Fraktionsvorsitzender sehr deutlich gemacht, dass wir uns in den Details unterscheiden und an wichtigen Stellen eine andere, eine deutlich besser ausgestattete Bildungspolitik vorstellen. Er hat auch deutlich gemacht, dass wir sehr wohl in einzelnen Fragen eine klar unterschiedliche Haltung haben. Das ist mir wichtig zu betonen, weil ich eben diesen Grundkonsens noch einmal voranstellen will.

Genau deshalb habe ich mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil wir als CDU-Fraktion über einen Vorgang höchst befremdet sind, der sich während dieser Debatte abgespielt hat und den wir wegen der Bedeutung der Debatte erst zum Ende dieser Debatte thematisieren wollen.

Es gab um 16:43 Uhr eine E-Mail des Landtagspräsidenten, eine Presseerklärung, in der er sagt, das Parlament geht Hand in Hand zusammen mit der Regierung, unterstützt also die Regierung in vollem Umfang. Das war um 16:43 Uhr, als der Oppositionsführer noch nicht einmal seine Rede fertig gehalten hatte, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU:
Unglaublich! –

Abg. Christian Baldauf, CDU: Das geht nicht! –

Abg. Dr. Adolf Weiland: Das geht überhaupt nicht! Das hat es noch nie gegeben!

Er war der erste Redner, der sich hier im Parlament äußert hat. Wir sind äußerst befremdet und halten das für einen sehr ungewöhnlichen Vorgang. Das ist ein Vorgang, den wir als Gesamtparlament nicht durchgehen lassen sollten.

Herr Hering, wir haben Sie gewählt. Sie sind auch unser Präsident. Ich glaube aber, es kann nicht sein, dass ein Präsident, bevor eine Debatte richtig angefangen hat und im Parlament gesprochen wurde, für das Parlament spricht und eine Haltung für alle Parlamentarier einnimmt. Meine Damen und Herren, das wollen wir zum Ende der Debatte hier noch einmal klarstellen.

Danke schön.

(Anhaltend starker Beifall der CDU und starker Beifall der AfD)

Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Baldauf, ich denke, wir sollten im Ältestenrat über diese Frage sprechen.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Brandl heißt er!)

Sie haben es im Parlament angesprochen. Ich habe es selbst nicht gesehen und kann dazu jetzt nichts sagen, aber ich denke, es ist angemessen, das im Ältestenrat zu besprechen. Davon gehe ich aus.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Sie trifft es auch nicht!)

– Herr Abgeordneter Baldauf, das zur Debatte.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Es ist zu klären, wer Erklärungen abgibt!)

Ansonsten haben wir eine Geschäftsordnung vereinbart.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Wo sind wir hier?)

Ich denke, es ist richtig, das im Ältestenrat zu besprechen. Ich werde das dem Präsidenten übermitteln, sofern er es nicht gehört hat.

Jetzt zurück zum Tagesordnungspunkt. Gibt es zum Tagesordnungspunkt selbst noch Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann lade ich Sie für morgen früh um 9:30 Uhr zur 74. Plenarsitzung ein. Einen schönen Abend.

Ende der Sitzung: 18:35 Uhr